Hammer Verhältnisse

Eine Analyse zum Radikalismus und sozio-kulturellen Konflikten

Claudia Luzar

Nina Lohmann

Gliederung

1. Einleitung

2. Theoretische Grundlagen

3. Herausforderungen durch den Rechtsextremismus

3.1 Der bewegungsförmige Rechtsextremismus

3.2 Der parteiförmige Rechtsextremismus

3.3 Gewalt und Rechtsextremismus

3.4 Wertevorstellungen in der rechtsextremen Szene

4. Radikalisierungs- und Deradikalisierungsverläufe

5. Konflikte und Potentiale der Bürgergesellschaft

5.1 Soziale und ethnisch- kulturelle Konfliktpotentiale

5.2 Türkischer Nationalismus

5.3 Islamismus und Salafismus

5.4 Bürgerschaftliches Engagement gegen Radikalismus

5.5 Probleme des bürgerschaftlichen Engagements

6. Implikationen für ein Handlungskonzept

1. Einleitung

Dieses Gutachten beruht auf einer Analyse über den Radikalismus, insbesondere dem Rechtsextremismus, sowie sozio-kulturellen Konflikten in der Stadt Hamm. Es stützt sich in erster Linie auf den empirischen Befund, der sich zusammensetzt: Aus 52 qualitativen Interviews und 24 teilnehmenden Beobachtungen aus den Jahren 2013/2014. In den empirischen Befund eingeflossen sind neben den zahlreichen Interviews mit demokratischen Akteuren aus der Stadtgesellschaft auch solche mit rechtsextremen Personen, die noch aktiv sind, und andere, die bereits ihren Ausstieg aus der rechtsextremen Bewegung vollzogen haben. Weiterhin wurden die Netzwerke demokratischer Akteure analysiert und einige Empfehlungen für ein Handlungskonzept gegen demokratiegefährdende Einflüsse in Hamm vorgestellt. Ein zentrales Ergebnis dieser Arbeit ist es, dass der Rechtsextremismus als solcher nicht isoliert betrachtet werden kann, wenn es darum geht, das demokratische Zusammenleben in der Hammer Stadtgesellschaft für alle Bürger langfristig zu sichern. Darin liegt die Aufgabenbeschreibung dieser vorgelegten Arbeit, die von ihren Autoren als erste fundierte Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die demokratische Herausforderung verstanden werden will, einen lösungsorientierten Umgang mit den demokratiegefährdenden Einflüssen in Hamm zu finden, zu dem auch der Rechtsextremismus gehört, aber eben nicht ausschließlich. So stellt etwa auch der radikale Islamismus einen dieser Einflüsse in der Stadt dar. Als Problem wird ferner der türkische Ultranationalismus angesehen, wie der für diese Analyse erhobene empirische Befund zeigt. In der Summe sind es die demokratiegefährdenden Einflüsse einer spezifischen Einwanderungsgesellschaft, die ihr integraler Bestandteil sind, die sich in Hamm zeigen, und die hier nach lokalen Lösungen verlangen. So gehört zu den zentralen Ergebnissen dieser Arbeit, dass der Rechtsextremismus als solcher nicht isoliert betrachtet werden kann, wenn es darum geht, das demokratische Zusammenleben in der Hammer Stadtgesellschaft für alle Bürger langfristig zu sichern, was wiederum die zentrale Aufgabe von Politik darstellt, die dabei wiederum maßgeblich auf die Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure angewiesen ist. Zumal sich die den demokratiegefährdenden Akteuren zu Grunde liegenden und auch anschlussfähigen Einstellungen in der gesamten Stadtgesellschaft häufig aufeinander beziehen und gegenseitig verstärken. Auch das ist eine der Erkenntnisse aus der genauen Betrachtung des Rechtsextremismus in Hamm. Die empirischen Ergebnisse zeigen auf, dass die demokratischen Akteure in Hamm auch ihre lösungsorientierte Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Einflüssen sich nicht nur auf den Rechtsextremismus beschränken muss, so sollte sich demnach auch das künftige Handlungskonzept in eine inhaltlich weiter gefasste Rahmung einfügen.

Demokratieentwicklung ist kein Prozess, der von Wissenschaft oder Politik autoritär durchgesetzt werden kann, sondern braucht Bürger, die sich aktiv für die örtliche Demokratie einsetzen. Diese Studie soll dazu einen Beitrag leisten und Hammer Bürger

motivieren, sich für ihre Stadt zu engagieren, umso radikalen Gruppen möglichst wenig Einflussmöglichkeiten zu geben. Das kann jedoch nur gelingen, wenn ihre Ergebnisse offen und öffentlich debattiert werden. Nicht alle Implikationen für die Praxis sind schon so konkret, dass sie umgehend umgesetzt werden könnten. Dies wäre auch ein anmaßender und respektloser Ansatz gewesen. Umso wichtiger ist die Einbindung möglichst vieler Partner, Akteure und Personen in öffentliche Debatten und Projektentwicklungen, die sich aus dieser Studie ergeben können.

2. Theoretische Grundlagen

Rechtsextremismus

Es gibt keine einheitliche Definition zum Rechtsextremismus. Umso nötiger ist die Klärung des eigenen Verständnisses – auch in Abgrenzung zu alternativen Vorstellungen. In dieser Studie wird eine international anerkannte und sozialwissenschaftliche Definition des Rechtsextremismus von Wilhelm Heitmeyer verwendet (vgl. Heitmeyer 1989, 1992). Er fragt nach den ideologischen Grundlagen und Verhaltensmustern der Gruppe, die er Rechtsextremisten nennt. Im Kern kreisen rechtsextreme Ideologiebausteine wie der Rassismus, Nationalismus oder die Ablehnung schwacher Gruppen um eine Ideologie der Ungleichwertigkeit als Kerngedanke rechtsextremen Denkens (vgl. Heitmeyer 2008). Damit meint Heitmeyer die wahlweise biologistisch oder kulturalistisch begründete Einteilung von Menschen in Großgruppen wie sogenannte „Arier“, „Weiße“ oder „Deutsche“, denen besondere Gruppenmerkmale zugeordnet werden. In diesem Fall z. B. Stärke, Mut, Stolz oder Kampfbereitschaft. So entsteht ein Menschenbild, das klar zwischen Gruppen mit „positiven“ und „negativen“ Eigenschaften unterscheidet. Im historischen Nationalsozialismus fand dieses Denken seine Zuspitzung in der Einteilung der Menschen in „lebenswerte“ und „nicht lebenswerte“ Gruppen. Ein zweites Merkmal des Rechtsextremismus ist nach Heitmeyer die Akzeptanz von Gewalt als legitimes Mittel von politischer und gesellschaftlicher Ordnung. Dies bedeutet nicht, dass alle Rechtsextremisten selbst Gewalt anwenden. Sie akzeptieren jedoch die Gewalt als quasi natürliches Ordnungsprinzip u.a. zur Durchsetzung der eigenen gesellschaftlichen und politischen Vorstellungen. In der bisherigen Forschung werden zwei Wege rechtsextremen Handelns aufgezeigt, die sich nicht monolithisch voneinander abgrenzen lassen. Luzar (2014: 23) fügt noch einen dritten Weg hinzu:

1) Der *parteiförmige Rechtsextremismus*, der sich in demokratisch wählbaren Parteien abbilden lässt und an Wahlerfolgen gemessen wird. Es geht dabei um den „Kampf in den Parlamenten“ und die Agitationsfelder beschränken sich auf die Durchführung des Wahlkampfes, Informationsständen und Demonstrationen und nach einem Einzug in Bezirks-, Landes-, Bundes- und EU-Parlamente auf das Stellen von Anfragen sowie die Arbeit in den Ausschüssen.

2) Der *bewegungsförmige Rechtsextremismus* orientiert sich an außerparlamentarischen Aktivitäten und versucht, eine kulturelle Hegemonie in der Sphäre der Zivilgesellschaft zu schaffen. Gewalt wird als Identifikations- und Machtmoment ausgeübt. Ziel ist dabei die Entwicklung einer persönlichen und lokalen Dominanz in begrenzten sozialen Räumen (z.B. Schulen, Kneipen und weiter gefasst Stadtteilen).

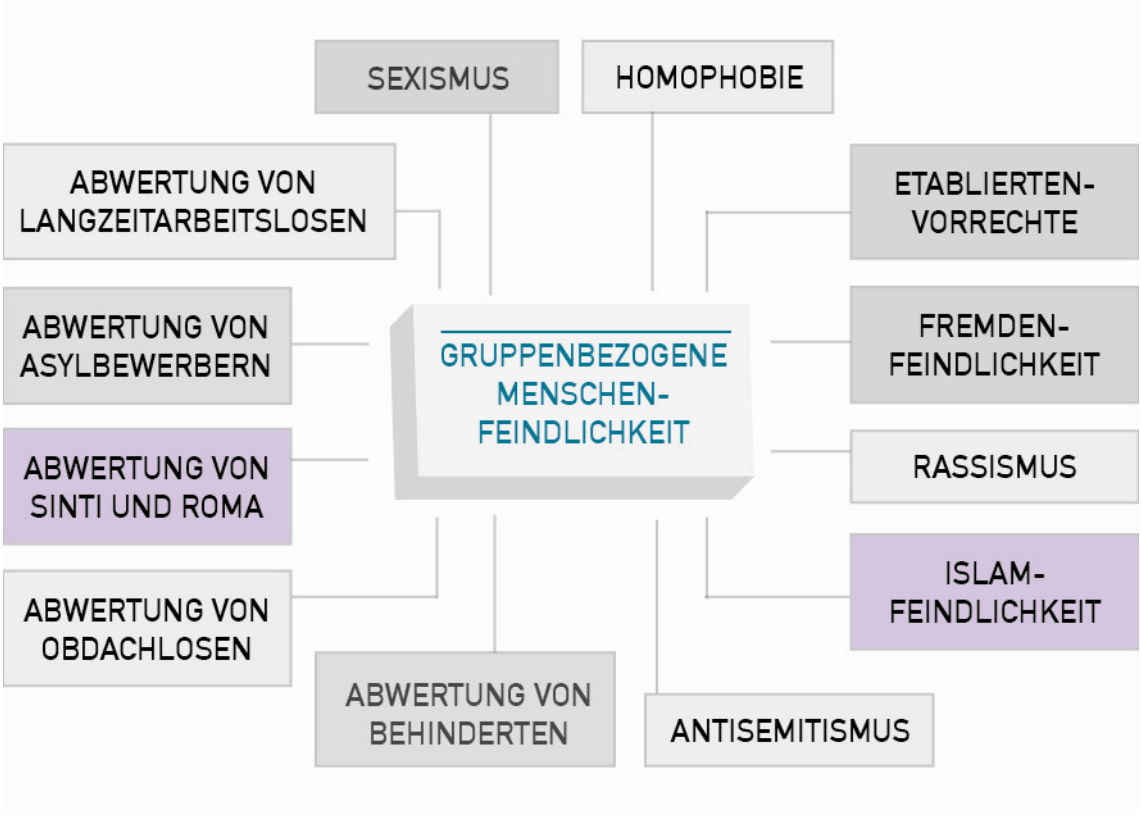
3) *Die rechtsextreme Bewegungspartei* (vgl. Heinrich 2008: 30) ist eine Reaktion auf die in NRW ausgeführten Vereinsverbote gegen diverse Kameradschaften. Bei der Partei „Die Rechte“ wurde beispielsweise durch die massiven Parteieintritte der Mitglieder der verbotenen Kameradschaften eine neue Struktur geschaffen, in der sich bewegungsförmiger sowie parteiförmiger Rechtsextremismus vereint und voneinander profitieren. Die Bewegung spricht vor allen Dingen jüngere Rechtsextremisten durch Demonstrationen und Konzerte an und gleichzeitig garantieren bewegungsförmige Elemente stets neue Impulse für ein durchstrukturiertes und vorgegebenes Verfahren der parlamentarischen Demokratie. In der parteiförmigen Ausprägung können ältere bzw. erfahrene Rechtsextremisten andererseits an Informationen und Diskussionen teilnehmen, die wiederum für die rechtsextreme Bewegung nützlich sind.

In der Studie wird ebenfalls das vierstufige Konzept von Heitmeyer (1999: 72) vorgestellt, das von kurzfristigen bis zu langfristigen Raumordnungsbewegungen gekennzeichnet ist, die sich als Provokationsgewinne (Markieren von Räumen durch Symbole, Plakate oder Sprühereien), über Räumungsgewinne (Verdrängung anderer Gruppen vor Ort z.B. Gaststätten, Jugendzentren), Raumgewinnen (bestimmter Ort gilt als ihr Revier) bis hin zu Normalisierungsgewinnen (keine Problemwahrnehmung vor Ort, Ausgrenzung schwacher Gruppen) erstrecken.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Ein zweiter Kernbegriff dieser Studie ist das Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – kurz GMF. Im Umfeld des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung um Wilhelm Heitmeyer wurde in einer großangelegten Zehn-Jahres-Studie dieses Phänomen eingehend und umfassend erforscht (vgl. Heitmeyer 2002).

Der Kern von GMF ist die Ideologie der Ungleichwertigkeit, die sich vor allem in feindseligen Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen äußert, im Gegensatz zum Rechtsextremismus aber auf eine Akzeptanz von Gewalt verzichten kann. Konkret fragten die Bielefelder Wissenschaftler nach zwölf abwertenden Einstellungen gegenüber „schwachen“ Gruppen. So liegen über einen Zeitraum von zehn Jahren jährlich aktualisierte Daten zu folgenden Bereichen vor: Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Rassismus, Etabliertenvorrechte, Abwertung von Behinderten, Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Homophobie, Abwertung von Asylbewerbern, Islamfeindlichkeit, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Sinti und Roma und Antisemitismus .



Eine Darstellung aller Ergebnisse würde den Rahmen der Arbeit sprengen, so dass auf weiterführende Literatur zu verweisen ist (vgl. Heitmeyer 2002- 2011). Wichtig sind an dieser Stelle jedoch einige zentrale Erkenntnisse der Studien.

Zunächst lässt sich ein empirischer Zusammenhang zwischen den Ablehnungen der einzelnen Gruppen feststellen. Umgangssprachlich formulierte das ein Interviewpartner: „Wer einmal anfängt zu hassen, hört so schnell nicht mehr auf“. Das bedeutet, einer feindlichen Einstellung gegenüber einer dieser Gruppen folgen oft – aber nicht immer und schon gar nicht vollständig in allen Bereichen – feindselige Einstellungen gegenüber anderen als schwach definierten Gruppen. Gesellschaftlich vermengt sich dieser Zusammenhang zu einem Syndrom der Abwertung. Träger dieses Syndroms ordnen sich selbst in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht den gesellschaftlichen oder politischen Rändern zu, sondern verstehen sich als „Mitte“ der Gesellschaft, was sich auch in ihren sozio-ökonomischen Merkmalen widerspiegelt. Sie wählen in Westdeutschland mehrheitlich eine der beiden großen Volksparteien und lehnen Gewalt als Mittel der Politik ab. In gesellschaftlichen oder ökonomischen Krisenzeiten steigen die feindseligen Einstellungen deutlich (und vor allem auch bei den Einkommensstärksten) stark an. Je schlechter die ökonomische Lage vor Ort eingeschätzt wird, desto höher sind die feindseligen Einstellungen (Heitmeyer 2010: 13-23).

In Bezug auf den regionalen Rechtsextremismus ist das Syndrom der GMF in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Viele Rechtsextremisten meinen, sie vertreten die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung, die sich nur nicht traue, sich ihrem „natürlichen" Empfinden nach zu äußern. GMF ist somit eine Unterstützungskultur für Rechtsextremisten, obwohl viele von denen, die zum Syndrom zu zählen sind, Rechtsextremismus und Gewalt ehrlich und glaubwürdig ablehnen.

Zum anderen hat das GMF-Syndrom wesentliche Folgen für die demokratische Kultur. Demokratie basiert auf den Menschenrechten und damit auf dem Minderheitenschutz. Zwar entscheiden Mehrheiten. Minderheiten müssen jedoch geschützt werden und können auch Mehrheiten werden. GMF stellt das Gleichheitsprinzip der Menschenrechte und damit der Demokratie offen in Frage. Vor allem Vertreter schwacher Gruppen und von Minderheiten empfinden es als ausgrenzend und feindselig. Je stärker somit das GMF-Syndrom vor Ort ausgeprägt ist, desto poröser ist das Versprechen des Minderheitenschutzes und desto brüchiger ist somit der demokratische Konsens.

Radikalisierung/Deradikalisierung

Radikalisierung ist ein mentaler und emotionaler Prozess, der immer einen tiefgreifenden Wandel in den Überzeugungen, Gefühlen und Handlungsweisen einer Person mit sich bringt. Eine „radikale" Person hat ein „tiefempfundenes Verlangen nach soziopolitischen Veränderungen", während Radikalisierung verstanden werden kann als eine „wachsende Bereitschaft, weitreichende Veränderungen in der Gesellschaft zu verfolgen und zu unterstützen, die mit der existierenden Ordnung in Konflikt stehen oder diese gefährden" (vgl. Daalgard-Nielsen 2010: 789). Ein hohes Maß an Radikalisierung sollte aber nicht mit einem hohen Maß an Gewaltverhalten verwechselt werden. Dann wäre explizit von einer „gewaltsamen Radikalisierung" zu sprechen, einem „Prozess, in dem radikale Ideen begleitet werden von der Entwicklung der Bereitschaft, gewaltsame Taten direkt zu unterstützen oder sich zu engagieren" (ebd.). Gewalt kann im Rahmen der Radikalisierung angewandt oder legitimiert werden; oft wird von radikalisierten Personen gefordert, dass Opfer für die Verteidigung der Ideen erbracht werden müssen. Der Umfang der ideologischen Radikalisierung bemisst sich daran, wie weit jeder Aspekt des Alltagslebens von der Ideologie durchdrungen ist. Radikalisierte Individuen müssen nicht jeden Aspekt ihrer Ideologie verstehen, es reicht, wenn sie über ein allgemeines Gefühl für korrektes und inkorrektes Verhalten in dem sie umgebenden radikalen Milieu mit seiner spezifischen Ideologie verfügen (Köhler 2014:317).

Deradikalisierung, ein Konzept aus dem englischen Sprachraum, bezeichnet den „individuellen oder kollektiven kognitiven Wandel von einer kriminellen, ideologisch-radikalen oder extremistischen zu einer nicht kriminellen und moderaten Identität" (Köhler 2013a:21). Deradikalisierungsprozesse verlaufen, ebenso wie Radikalisierungsprozesse, individuell unterschiedlich. Einen idealtypischen Ablauf gibt es eher nicht und die

Zeitspannen können variieren (von einem Jahr bis hin zu mehreren Jahren). Es sind oftmals komplizierte Prozesse, die auch diskontinuierlich verlaufen, unterbrochen, umgekehrt bestätigt, verlangsamt oder erneut in Gang gesetzt werden können (Köhler/Pisoiu 2013; sowie vgl. Farrall 2002; Gadd 2006; Maruna 2001). Deradikalisierung ist nicht irreversibel (s.a. hinten zum Beitrag der Gesellschaft). Mit der Deradikalisierung ehemals hochradikalisierter Personen ist zudem ein eher tiefgreifender Veränderungsprozess in der Selbst- und Weltsicht einer der Person gemeint, die eine „Identitätstransformation" beinhaltet (Köhler/Pisoiu 2013:245). Eigenmotivation bzw. individueller Handlungsentschluss spielen initial eine besonders wichtige Rolle bei der Unterstützung ausstiegswilliger Personen (Wagner 2013b:37).

Einige Anmerkungen zur Radikalisierung im Islamismus

Im Bereich der salafistisch geprägten Jugendkultur, aus der heraus sich manche der jungen Menschen soweit radikalisieren, dass sie nach Syrien ausreisen, dort den „Islamischen Staat" unterstützen und im Djihad kämpfen wollen, gibt es Analogien zu Radikalisierungsprozessen im Rechtsextremismus. Dies zeigt der Blick auf einige neuere Texte Demirel/Niehoff (2014), Dantschke (2013), Mansour (2013), Endres (2014), die aus der Bildungs- und Beratungsarbeit Erkenntnisse über islamistische Radikalisierung gewinnen konnten.

Demirel/Niehoff stellen bei Jugendlichen, die sich dem Salafismus zuwenden, ein Gefühl der Nichtanerkennung durch die Gesellschaft und einen Prozess der Entfremdung von dieser Gesellschaft fest (vgl. Demirel/Niehoff (2014). Das Gefühl, abgewertet, diskriminiert, chancenlos zu sein bzw. die Schwierigkeit einen Platz in der Gesellschaft zu finden, wird über die individuelle Situation hinaus verallgemeinert. So neigen die betreffenden Jugendlichen immer stärker dazu, sich selbst als „Opfer" zu sehen und dieses Gefühl im Sinne einer kollektiven Demütigung zu generalisieren („die Muslime als Opfer"). In der Gesellschaft, speziell in den Bildungseinrichtungen und auch in den Familien treffen diese Empfindungen und Stimmungslagen nicht auf Resonanz. Die gleichsam kognitive wie auch emotionale Öffnung der Jugendlichen, die mit einer Bereitschaft zu einer starken Identifizierung mit „einer Sache" (dem Djihad) einhergeht und sich Mechanismen der Spaltung in Form von Idealisierung/Entwertung, Gut/Böse, Freund/Feind-Denken bedient, wird nicht wahr- und ernstgenommen. Von den Jugendlichen werden die im familiären und sozialen Umfeld kursierenden Bezüge in die Konfliktgeschichte von Kolonialismus und Postkolonialismus, Nationenbildung, (transnationaler) Migration aufgegriffen, ohne die Ursprünge zu verstehen. Eine Suche nach Antworten und Orientierung im virtuellen Raum von Internet und Medien erfolgt. Es entsteht ein Mythos, dass die Muslime „immer schon Opfer" gewesen wären. „Der Westen" und „der Islam" stehen einander zunehmend unversöhnlich gegenüber. Dies ist dann auch der Deutungsrahmen, den die Salafisten den sich radikalisierenden jungen Menschen anbieten, um ihre eigenen Erfahrungen einzuordnen. Salafistische Prediger und Organisationen spielen mit dem Gefühl der Jugendlichen, Opfer von Rassismus und

Ausgrenzung im Westen zu sein. Die Identifikation mit der Rolle des unschuldigen Opfers, die Hinwendung zur muslimischen Gemeinschaft bieten eine starke Identifikationsmöglichkeit, während der Westen bzw. Deutschland als „Land der Ungläubigen", als Unterdrücker und Verfolger, dargestellt wird. Radikale Prediger und militante Organisationen propagieren eine Lösung und bieten den sich radikalisierenden Jugendlichen eine neue Lebensweise an. Es wird erwartet, dass sich die Jugendlichen von ihrem bisherigen Umfeld zurückziehen. Das bisherige soziale Umfeld, die Herkunftsfamilie, bekommt nun all das Nichtideale zugeschrieben oder wird gar dämonisiert.

Der Krieg in Syrien wird als ein Krieg zwischen Muslimen und Ungläubigen dargestellt, dessen Ende durch eine neue Weltordnung besiegelt werde. An die Jugendlichen wird das Versprechen herangetragen, an all dem teilhaben zu können, aus der Rolle der Opfer heraustreten zu können und Teil einer Gemeinschaft zu werden, die den Lauf der Welt beeinflusst und eine neue Ordnung initiiert. Die Jugendlichen nehmen die Angebote an, sie werden hoffnungsvoll und haben das Gefühl, nicht länger allein kämpfen zu müssen gegen alles „Böse" in der Welt (vgl. Mansour 2013). Was sich zunächst als Lösung oder als Empowerment anfühlt, vertieft aber letztlich nur das reale Disempowerment der jungen Menschen. Das Angebot der „Spaltung", was zunächst als Erleichterung empfunden wird und einen „Höhenflug" der Radikalisierung mit sich bringt, lässt sie – ohne es in der Tiefe zu verstehen – zum Knecht einer zutiefst antihumanen politischen Bewegung werden. Die persönlichen Grundprobleme der Jugendlichen, die zum Einstieg in die Bewegung führten, werden dadurch nicht gelöst sondern intensiviert.

3. Herausforderungen durch den Rechtsextremismus in Hamm

Eine wissenschaftliche Analyse des Rechtsextremismus in Hamm existiert bislang nicht. Es gibt eine Chronologie und Dokumentationen aus dem Bereich der sogenannten „grauen Literatur", die von lokalen Initiativen zusammengetragen wurden.[1,2] Diese nicht-wissenschaftlichen Abhandlungen enthalten einige Fakten, die rechtsextreme Organisationsstrukturen- und Aktivitäten belegen. Eine wissenschaftliche empirisch unterfütterte Betrachtung dieser Fakten sowie des Rechtsextremismus in Hamm insgesamt soll diese Arbeit nun leisten. Die vorliegende empirische Quellenlage ermöglicht einen historischen Blick zurück in die Anfänge der aktuell in Hamm wirkenden rechtsextremen Szene bis in die 1990er Jahre, also über eine Spanne von zwei Jahrzehnten. Diese ergibt sich aus dem biografischen Erfahrungshorizont der Interviewpartner, insbesondere von Aussteigern und noch aktiven Mitgliedern der lokalen rechtsextremen Szene, die zu dem Kreis der für diese Arbeit Befragten gehören, und die aufgrund ihres jeweils unterschiedlichen Alters einen Erkenntnisbeitrag der verschiedenen Zeitläufe und

[1] http://haekelclub590.de/?page_id=742 (Stand 11.11.2014)

[2] http://aah.noblogs.org/files/2014/05/2003-2014.pdf (Stand 11.11.2014)

Entwicklungsstufen der rechtsextremen Szene in Hamm liefern konnten. Dieser Rückblick ist erforderlich, um die sozialräumliche Entstehung, Funktionsweise und personelle Zusammensetzung der aktuellen rechtsextremen Szene in Hamm nachzuvollziehen.

Als Prämisse bei der Betrachtung des Rechtsextremismus in Hamm sei vorangestellt, dass der bewegungsförmige Rechtsextremismus in Hamm gegenüber dem parteiförmigen Rechtsextremismus die dominierende Rolle einnimmt, als eine jugend- und subkulturell geprägte lokale Bewegung, die wiederum in einem engen regionalen Beziehungsgeflecht steht, das sich im Wesentlichen über den Landesteil Westfalen spannt, insbesondere nach Dortmund als zentrale Hochburg der rechtsextremen Szene in NRW, mit nachrangigen Verbindungen ins Rheinland und ins angrenzende Niedersachsen.

Insofern müssen die rechtsextremen Strukturen in Hamm einer zeitlich abgestuften Betrachtung unterzogen werden, wenngleich sich in Hamm seit 2012 eine besondere Form des Rechtsextremismus zeigt, die dem methodischen Wandel des subkulturellen bewegungsförmigen Rechtsextremismus als Bewegungspartei Ausdruck verleiht, der im Folgenden einer eigenständigen Untersuchung zukommen wird. Somit lassen sich für Hamm vier Formationen des Rechtsextremismus benennen.

a) rechtsmotivierte Jugendcliquen

b) Kameradschaft (Kameradschaft Hamm/Autonome Nationalisten)

c) rechtsextreme Parteien (NPD, Pro NRW)

d) Bewegungspartei als rechtsextremes Sammelbecken (Die Rechte)

Alle vier Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Hamm stehen in einem kommunikativen wie strukturellen/entwicklungsmäßigem Zusammenhang, der deutlich macht, dass und wie sie jeweils interagieren, und dass sie in der Summe Teil derselben lokalen Bewegung sind. Diese Verbindungen können nachfolgend durch empirische Erkenntnisse nachgezeichnet werden. Dessen Auswertung kommt eindeutig zu dem Ergebnis, dass sich die rechtsextreme Szene in Hamm ganz wesentlich um eine Gruppe männlicher Aktivisten gruppiert (von denen einige zwischenzeitlich aus Hamm weggezogen sind). Dazu gehört auch der langjährige Anführer der Kameradschaft Hamm, der seit dem Verbot durch den Landesinnenminister von NRW schließlich als Kreisvorsitzender der Bewegungspartei „Die Rechte“ fungiert, in der er auch Vorstandsfunktionen sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene einnimmt. Weil dem rechtsextremen Aktivisten Sascha Krolzig, ein in Hamm aufgewachsener Jurastudent aus Bielefeld, innerhalb der rechtsextremen Strukturen in Hamm eine besondere Bedeutung zukommt, sei er aus diesem Grund in dieser Arbeit persönlich benannt.

3.1 Der bewegungsförmige Rechtsextremismus

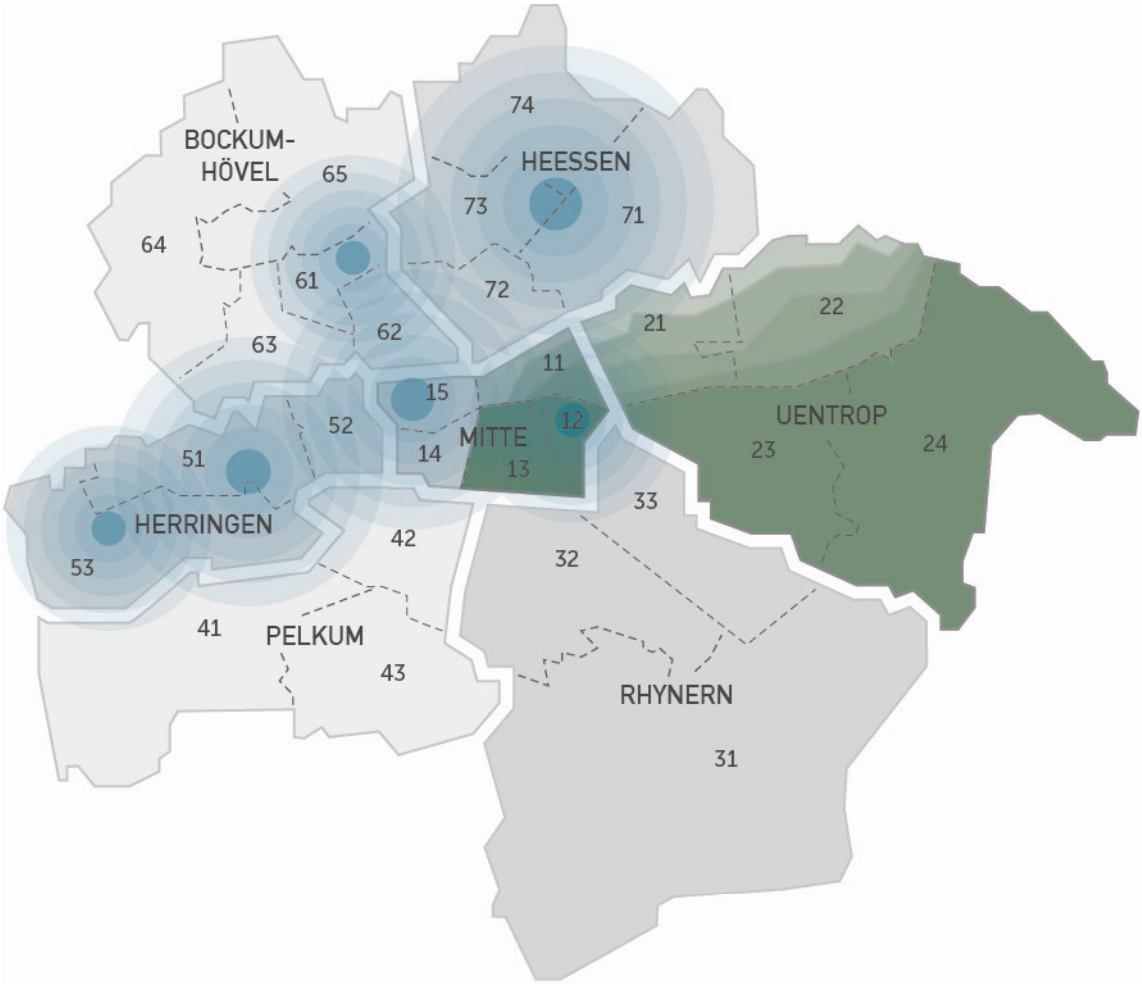
Entwicklung der rechtsextremen Szene in Hamm – die frühen 90er Jahre

Der Ausgangspunkt des in Hamm heute dominierenden Rechtsextremismus lässt sich geographisch wie zeitlich an das Auftreten einer Gruppe rechtsextremer Skinheads im Stadtbezirk Uentrop, Ortsteil Werries, seit den frühen 1990er Jahren festmachen, aus der heraus sich in den Folgejahren die Kameradschaft Hamm gründete. Zwei Aussteiger aus der rechtsextremen Szene in Hamm, von denen einer im Stadtbezirk Werries aufgewachsen ist und frühzeitig Mitglied dieser Gruppen war, sprechen über die losen Organisationstrukturen, wie sie sich bereits in den frühen 1990er Jahren entwickelt hatten. Sie können die Herkunft der rechtsextremen Akteure für diese Zeit auch im Hammer Stadtgebiet verorten, was sich auf die Stadtteile Westtünnen, Rhynern, Werries, Uentrop und Heessen bezieht.

So gab es zur selben Zeit einige informelle Treffpunkte kleiner Gruppen etwa in Braam-Ostwennemar (Stadtbezirk Uentrop), am Sportplatz der Erlenbachschule, der Gaststätte „Schillereck“, in einem Waldstück an der Ahse, in der ehemaligen Gaststätte „Dorfeiche“, in der auch Rechtsrockkonzerte stattfanden, und in Rhynern.

Rechtsextreme Szene mit Herkunft im Stadtbezirk Hamm Uentrop

Es wird deutlich, dass sich die Herkunft der rechtsextremen Akteure in Hamm schon seit mindestens den frühen 1990er Jahren vor allem auf Stadtteile außerhalb der Hammer Kernstadt mit einem geringen Anteil an Migranten bezieht, in der sich gleichsam die sozialen Problemlagen als weniger angespannt darstellen als in den zentralen Stadtteilen, in denen relativ viele Migranten leben. Betroffen sind hier vor allem die östlich gelegenen Stadtteile sowie der sogenannte „Hammer-Osten“.



Wohnorte und Aktivitätszentren rechtsextremer Akteure
in den Stadtbezirken und Stadtteilen

Wohnorte Aktivitätszentren

01 MITTE
11 Stadtmitte
12 Süden, östl. Werler Str.
13 Süden, westl. Werler Str.
14 Westen, südl. Lange Str.
15 Westen, nördl. Lange Str.

02 UENTROP
21 Osten
22 Werries
23 Braam-Ostewennemar
24 Uentrop / Norddinker

03 RHYNERN
31 Rhynern
32 Berge
33 Westtünnen / Osttünnen

04 PELKUM
41 Pelkum / Wiescherhöfen
42 Daberg / Lohauserholz
43 Selmigerheide / Weetfeld

05 HERRINGEN
51 Herringen
52 Westenheide
53 Herringer Heide

06 BOCKUM-HÖVEL
61 Hövel, östl. F.-Ebert-Str.
62 Norden (Bockum-Höveler Teil)
63 Hövel, südl. Horster Str.
64 Bockum
65 Hövel, nördl. Horster Str.

07 HEESSEN
71 Heessen südl. der Bahnlinie
72 Norden (Heessener Teil)
73 Kötterberg / Hämmschen
74 Gartenstadt / Dasbeck

Diese Erkenntnis bestätigt auch der für Hamm zuständige polizeiliche Staatsschutz beim Polizeipräsidenten in Dortmund, und sie besitzt Gültigkeit bis in die gegenwärtige Situation der rechtsextremen Szene in der Stadt. Die Herkunftsorte der rechtsextremen Szene liegen vor allem in den Bezirken, die erst im Jahr 1975 eingemeindet worden sind, und die relativ dünn besiedelt sind. Dieser Zusammenhang unterscheidet sich ganz wesentlich von den Herkunftsorten rechtsextremer Akteure, beispielsweise in Dortmund der landesweiten Hochburg der rechtsextremen Szene (zu deren Nebenzentrum Hamm sich spätestens seit 2005 entwickelt hat): Dort leben die meisten rechtsextremen Akteure in den (nördlich gelegenen) zentrumsnahen Stadtteilen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil migrantischer Bevölkerung und einer grundsätzlich hohen Dichte an Einwohnern. Eine Ausnahme bildete zu dieser Zeit eine rechtsextreme Jugendclique im Stadtbezirk Bockum-Hövel (mit Verbindungen außerhalb des Stadtgebiets in Richtung Werne), der nordwestlich vom Stadtzentrum und dem Ufer von Lippe und Datteln-Hamm-Kanal liegt, zwar wie die meisten der übrigen betroffenen Stadtgebiete ebenfalls erst 1975 eingemeindet worden war, wenngleich mit einem relativ hohen Anteil an migrantischer Bevölkerung. Wie bei anderen jugendlichen Subkulturen auch, unterlag diese lokale Ausformung der rechtsextremen Szene einem sprunghaften Wandel und personellem Wechsel, der sich vor allem durch das junge wankelmütige Alter ihrer Mitglieder erklärte. Temporäre Zusammenschlüsse ergaben sich zumeist aus den Wohnorten einzelner Akteure, wie beispielsweise die nach einem nationalsozialistischen Jagdflieger der Luftwaffe benannte „Kameradschaft Hans-Ulrich Rudel“, die lediglich für ein Jahr Bestand hatte und aus fünf männlichen Jugendlichen aus Bockum-Hövel und Hamm-Mitte bestand. In der Anfangszeit spielten weniger primär politische, sondern vor allem kulturelle Ausdrucksformen eine wichtige Rolle. Besonders galt das für den Rechtsrock.

Rechtsrock als kulturelles Bindemittel der 1990er Jahre

Die vorliegende Empirie gibt eindeutig Aufschluss darüber, dass die aktuelle rechtsextreme Szene in Hamm ihre Ursprünge in einer eher kleinstädtisch geprägten männlichen Jugend- und Subkultur hat, die für die weitere Entwicklung der bewegungsförmigen Gruppe von erheblichem Belang ist. Der Einstieg von (zumeist männlichen) Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 16 Jahren erfolgt über Freundschaften aus Schule und Jugendclique und wird vor allem durch das gemeinsame Interesse für Rechtsrockmusik von politisch einschlägigen Bands wie „Böhse Onkelz“, „Landser“, „Stahlgewitter“, „Störkraft“ und „Sleipnier“ beschleunigt (die alle gehäuft in der Empirie auftauchen), einer seit 1991 aktiven rechtsextremen Formation aus Gütersloh mit privaten Bezügen einzelner Bandmitglieder in die Stadt Hamm. In diesen Jahren kommt dieser politisch aufgeladenen Musikrichtung in Hamm eine besondere Bedeutung vor allem beim Einstieg in die rechtsextreme Szene zu; Personen, die zu dieser Zeit in diesem Milieu als Rechtsextremisten aktiv waren, bezeichnen

sie umgangssprachlich als „Einstiegsdroge“ in die Szene. Immer wieder treten zu dieser Zeit Rechtsrockbands bei Konzerten in der ländlich geprägten Region um Hamm auf, in Gaststätten und Schützenheimen, zu denen rechtsextrem motivierte Jugendliche aus Hamm mit solchen aus Soest, Warendorf, Ahlen, dem Kreis Unna usw. zusammenkommen, und an deren Konzerte einzelne Hammer Rechtsextremisten auch als aktive Musiker teilnehmen.

Hammer Rechtsextremisten, Jungs aus der Nachbarschaft

Ein dauerhafter Anschluss an die rechtsextreme Szene im Ruhrgebiet, insbesondere ans nächst gelegene Dortmund, erfolgte in den 1990er Jahren noch nicht organisiert, sondern basierte auf private Freundschaften oder den Besuch von Konzerten. Schließlich haben sich sämtliche kleine Gruppierungen rechtsextremer Akteure in den 1990er Jahren irgendwann der wachsenden Ansammlung in Werries angeschlossen, so dass dieser Ort, der Schützenplatz insbesondere, als Ausgangsort der aktuell agierenden rechtsextremen Szene in Hamm gelten darf. Einige dieser rechtsextremen Akteure stammten unmittelbar aus dem Umfeld des Schützenplatzes, auch aus einer ehemaligen Zechensiedlung, die komplett saniert worden ist, und deren Häuser schon im Privateigentum der Bewohner waren. Ein älterer Aussteiger beschreibt, dass er als Heranwachsender in den frühen neunziger Jahren zu der Gruppe kam, die sich schließlich „Sturm Werries“ nannte und primär darin bestand, möglichst viel Bier zu konsumieren und Parolen zu grölen. Die rechtsextremen Skinheads aus Werries gaben sich auch äußerlich ideologisch zu erkennen, mit kahl rasierten Schädeln, Springerstiefeln, aber auch mit politisch klar definierten Slogans auf ihren T-Shirts. Vor allem aber sei es in diesen Jahren ein lockerer Zusammenschluss von Gleichgesinnten gewesen, die eine subkulturelle Identität ebenso teilten, wie ihre latente Bereitschaft zur Gewalt. Beide Aussteiger bezeichnen sich rückwirkend der subkulturellen Szene der Skinheads zugehörig, deren diesbezügliches Verhalten in der Gruppe Farin/Seidel wie folgt beschreiben: „Exzessiver Alkoholkonsum und ein ausgeprägter archaischer Männlichkeitskult sind wesentliche Bestandteile dieser Subkultur der Skinheads und fördern gewalttätiges Verhalten. In der rechtsradikalen Variante dieser Subkultur richtet sich die Gewalt gegen deren spezifische Feindbilder: Migranten, Linke, Homosexuelle, Obdachlose etc.“ (Farin/Seidel 2010: 99 ff.).

Türken als frühes Feindbild der rechtsextremen Szene in Hamm

Ein Aussteiger spricht über seine eindeutige rassistische Einstellung und die der Gruppe, die sich in erster Linie gegen „Türken“ gerichtet habe. Er erklärt die dementsprechende sozialräumliche Wirkungsmacht, die die Rechtsextremisten zu dieser Zeit im Sozialraum Werries ausfüllten und bezeichnet damals Werries als Hoheitsgebiet, in das sich kein Türke reingetraut hätte und falls in dieser Zeit „Ausländer“ nach Uentrop wollten, hätten sie einen Umweg über Ahlen in Kauf genommen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Abneigung gegenüber Menschen türkischer Herkunft durch junge Männer aus den Stadtteilen Hamms, in dem nur sehr wenige Türken und Migranten überhaupt leben. Diese

Situation etwa ist vergleichbar mit der fremdenfeindlichen und rassistischen Agitation rechtsextremer Jugendlicher im ländlichen Raum Ostdeutschlands, wo dieses politische Verhalten auf Einstellungsmustern Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit basiert, die nicht mit der durch die örtliche Sozialstruktur definierte Lebenswirklichkeit korreliert. Eine Erklärung dafür ist mutmaßlich in der erst spät erfolgten Konfrontation der Bevölkerung im Stadtbezirk Uentrop mit der migrantisch geprägten Großstadtkultur seit der erzwungenen Eingemeindung zu sehen, unter deren Eindruck die Eltern dieser Skinheads aufgewachsen sind. Die üblichen Tradierungsmechanismen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit könnten dadurch in besonderer Weise beeinflusst worden sein. Auch die in relativer Nähe gelegene Eissporthalle, ein beliebter Treffpunkt für Jugendliche, wird von den Mitgliedern des „Sturm Werries“ zeitweise territorial beansprucht, was sich bei den Heimspielen der dortigen Eishockeymannschaft zeigt, die von diesen rechtsextremen Akteuren regelmäßig besucht werden. Auf diese Weise erlangte die rechtsextreme Szene punktuell in einzelnen Sozialräumen Hamms, nachweisbar mindestens in Werries, Räumungsgewinne, der nur eingeschränkt staatliches Handeln, noch eine zivilgesellschaftliche Gegenkultur entgegengesetzt wurde. Ein Problembewusstsein in Politik und Verwaltung für die sozialräumliche Wirkungsmacht entfaltete sich zu dieser Zeit nicht, als die aktuelle rechtsextreme Szene in Hamm ihr Fundament legte. Von den maßgeblichen öffentlichen Institutionen, auch von der Polizei, wird zu dieser Zeit nur eingeschränkt entsprechende Gefahr ausgemacht. Gleichwohl wird dieses Problem heute eingeräumt, im Rückblick, auch aus der örtlichen Kommunalpolitik. Zwar ist diese Passivität nicht ursächlich für das Entstehen der Szene, zumindest aber war diese förderlich bei ihrer weiteren Qualifizierung. Unterdessen wurde die weitere Politisierung dieser subkulturell geprägten Jugendlichen zu dieser Zeit auch von außen vorangetrieben, sagt ein älterer Aussteiger, von Akteuren aus dem parteiförmigen Rechtsextremismus, die unter den Mitgliedern dieser Cliquen offensichtlich ein aktivistisches Potenzial erkannten. Dass die damaligen subkulturellen rechtsextremen Jugendlichen durch organisierte rechtsextreme Aktivisten zu dieser Zeit für deren politische Zwecke instrumentalisiert wurden, reflektieren sie erst sehr viel später, nach ihrem Ausstieg. Die vorliegende Empirie zeigt deutlich, dass die Impulse zum organsierten politischen Handeln von außen kamen, also der Antrieb zur gezielten rechtsextremen Agitation, die sich von den bisherigen spontanen subkulturellen Aktionen der Skinheads abhoben. Erst nachdem politische Aktivisten aus dem parteiförmigen Rechtsextremismus die Gruppe aus Werries als rechtsextremes Fußvolk entdeckt hatten, so entspricht es auch dem Selbstbild der damaligen Mitglieder dieser Gruppe in der Rückschau, entwickelte sich unter diesen ein gewisses organisiertes Vorgehen im Sinne ideologischer Ziele, die sich aus ihren Einstellungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ergaben. Gezielt sei es bei den Propagandaaktionen auch um die Provokation von in Hamm lebenden Migranten türkischer Herkunft gegangen, dem in den 1990er Jahren klar umrissenen Feindbild der lokalen rechtsextremen Szene. Aus der geographischen Benennung vom Hammer Osten (und den östlich liegenden Stadtteilen) als ein durch die rechtsextremen

Akteure beanspruchten urbanen Raum und der westlichen Gemarkung „Westentor“ wird gleichsam die räumliche Zäsur der Stadt deutlich, die diese zwischen sich und dem türkischstämmigen Teil der Hammer Bevölkerung aus ihrer Sicht vornehmen. Zu den politischen Aktivitäten der locker organisierten rechtsextremen Szene in Hamm der 1990er Jahre, gehörte auch die Teilnahme an rechtsextremen Aufmärschen wie den Rudolph Hess Marsch, zu denen damals aus der Umgebung von Hamm bis hin zum Sauerlandkreis 100-120 Personen mitkamen. Der sogenannte Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im oberfränkischen Wunsiedel (Beisetzungsort des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß) entwickelte sich seit dem Tod von Rudolf Heß zur europaweit relevanten Zusammenkunft von Rechtsextremisten, einer stark nationalsozialistisch ausgerichteten Demonstration, die jeweils im Hochsommer stattfand. Organisiert wurde der – später verbotene – Aufmarsch in Wunsiedel ab 1988 von dem bundesweit aktiven Hamburger Rechtsextremisten Christian Worch (vgl. Dörfler/Klärner 2004: 74), der auch über diese Veranstaltung schon frühzeitig enge persönliche Kontakte zur rechtsextremen Szene ins östliche Ruhrgebiet unterhielt. Später, nach dem Verbot der noch zu gründenden Kameradschaft Hamm, sollte er noch eine entscheidende politische Rolle für die hiesige rechtsextreme Szene spielen. Zu den Rechtsextremisten aus Hamm, deren politisches Wirken er aus der Distanz über Jahre verfolgte, gehörte schon frühzeitig der Vorsitzende des Kreisverbandes „Die Rechte“, der ebenfalls über die Szene in Werries radikalisiert wurde, wie er selbst sagt. Sonstige Aktivitäten der rechtsextremen Akteure waren zu dieser Zeit auch der regelmäßige Besuch von Fußballspielen der I. Mannschaft der Hammer Spielvereinigung in der Verbandsliga, einem Verein, in dem ein Aussteiger selbst in den Jugendmannschaften aktiv war. Die rechtsextremen Akteure in Hamm sind vor allem junge Männer aus der Mitte der Stadtgesellschaft, die sich ebendort auch zu bewegen wissen. Es fällt dabei auf, dass es kaum Ausgrenzungsversuche dieser Rechtsextremisten durch zivilgesellschaftliche Akteure in der Stadt gab. Das Beispiel der Hammer Spielvereinigung widerspricht dieser allgemeinen Situation in Hamm nicht, die Züge eines eher kleinstädtisch geprägten Gemeinwesens trägt, es weist vielmehr darauf hin, dass eine Reaktion der demokratischen Akteure gegen die Rechtsextremisten in Hamm erst dann erfolgt, wenn eine massive rechtsextreme Präsenz auffällig ist. Das Erscheinen einzelner Akteure aus dieser Szene führte unterdessen zu keinerlei Reaktionen von Seiten der Stadtgesellschaft.

Neue Entwicklungsstufen: Kameradschaft und Autonome Nationalisten

Aus dem losen Zusammenschluss rechtsextrem motivierter Skinheads, der vor allem subkulturell durch entsprechende politisierende Musik und dem gemeinsamen Verzehr von Alkohol geprägt war, entwickelte sich später schließlich die strukturierte Organisationsform einer rechtsextremen freien Kameradschaft, der Kameradschaft Hamm (KSH), die am 7. März 2003 auf einer Geburtstagsfeier von sieben Personen gegründet wurde. Die für die Kameradschaftsszene typischen Kameradschaftsabende fanden zeitweilig in einer Gaststätte am Schützenplatz statt. Unmittelbar nachdem diese Struktur geschaffen war, in der sich der

Kern der in Hamm aktiven rechtsextremen Akteure versammelte, wurde eine zunehmende Politisierung derselben erkennbar: Aus den losen Gruppen, die sich an verschiedenen Treffpunkten vor allem in den östlich gelegenen Teilen der Stadt Hamm als rechtsextreme Jugendcliquen trafen, die bereits ein gewisses Maß an *Räumungsgewinnen* verfolgten, das sich schon frühzeitig gegen die der rechtsextremen Ideologie zuwiderlaufenden Gruppen richtete, war nun eine, wenn auch noch durchlässige, politische Struktur geworden. Nach Gründung der KSH setzten Demonstrationsaktivitäten in Hamm ein, die von dieser Gruppe ausgehen. Diese rechtsextreme Protestform hatte es in Hamm bislang nicht gegeben, und ist ein Beleg für die neu erworbene Organisationsfähigkeit der Gruppe, in der sich fortan die lokalen Akteure des bewegungsförmigen Rechtsextremismus in Hamm versammelten.

Seit 2003 wird der rechtsextremen Szene in Hamm NRW-weit Bedeutung eingeräumt

Das Mobilisierungspotenzial für diese Demonstrationen lag zu Beginn bei maximal 200 Personen aus dem westfälischen Raum und konnte in den Folgejahren auf nicht mehr als 300 gesteigert werden. Den Hammer Rechtsextremisten gelingt es bis heute nicht, überregional für eigene Demonstrationen zu mobilisieren, d.h. bundesweit eine maßgebliche Teilnehmerzahl nach Hamm zu bewegen, anders als beispielsweise die Dortmunder Szene, unter deren Einfluss die KSH seit ihrer Gründung stand, und von der fortwährend personelle und logistische Unterstützung zu den Aufmärschen in Hamm erfolgte. Die Wirkungsmacht innerhalb der rechtsextremen Szene in Deutschland blieb für ihre Hammer Ausformung bis heute auf die regionalen Verhältnisse begrenzt, also auf Westfalen, mit deutlich nachrangiger Intensität auch auf das Rheinland. Für diesen Bereich liegt das rechtsextreme Mobilisierungspotenzial bei etwa 300 Personen, was sich aus der fortlaufenden Beobachtung der rechtsextremen Szene in Nordrhein-Westfalen ergibt. Insofern ist der Zuspruch rechtsextremer Akteure für solche Aufmärsche in Hamm seit Gründung der KSH ein Ausdruck dessen, dass der Hammer Szene von Anfang an eine regionale Relevanz eingeräumt wurde, die weit über die Stadtgrenzen hinausgeht und NRW-weit gilt. Mit dem beschriebenen Strategiewechsel fand gleichsam eine noch stärkere geographisch-personelle Hinwendung zur wachsenden rechtsextremen Hochburg Dortmund statt, und damit eine allmähliche Urbanisierung der Hammer Szene. Analog dazu organsierte sich nun auch erneut eine antifaschistische Gruppe in Hamm, die in der Folgezeit ihrerseits auf die Demonstrationsaktivitäten der KSH reagierte. Daraus entwickelte sich im Verlauf ein Rechts-Links-Konflikt organisierter Gruppen in der Stadt, der bis heute anhält, und sich in Wellenbewegungen gewaltsam entlädt. Zwei Jahre nach ihrem Bestehen vollzog sich innerhalb der KSH auch personell der angedeutete Umbruch. Die Subkultur der Skinheads wurde durch diesen vollzogenen Generationswechsel abgelöst durch eine neu aufkommende subkulturelle Strömung im Rechtsextremismus, die sich sowohl in ihren äußerlichen Merkmalen als auch in ihrer inhaltlich-politischen Schwerpunktsetzung und Struktur wesentlich unterschied, und seit Gründung der KSH ihren Einfluss geltend gemacht hatte. So war die erste rechtsextreme Demonstration unter dem Motto „Gegen

Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau“ bereits geprägt durch die Aktionsformen der sogenannten „Autonomen Nationalisten“. Ein halbes Jahr später (2004) organisierte die KSH dann eine Demonstration unter dem Motto „Solidarität mit Palästina“, das ebenfalls dem ideologischen Konzept der AN entsprang, das streng antikapitalistisch und antisemitisch ausgelegt war. Ab 2005 entstand in Hamm eine Mischung unterschiedlicher rechtsextremer Tendenzen, die sich vor Ort ergänzten und mischten. Die KS Hamm übernahm kulturelle Stilelemente sowie politisch- ideologische Themenstellungen der Autonomen Nationalisten.

Kurz vorher, im Jahr 2002, hatte sich über eine Verbindung von jungen überaus aktivistischen Rechtsextremisten aus Berlin, Süddeutschland und Dortmund eine neue ausgesprochen urbane Strömung des bewegungsförmigen Rechtsextremismus entwickelt, sukzessive durchgesetzt und immer weiter verbreitet, vor allem auch im östlichen Ruhrgebiet, aus dem in Folge die bundesweite Hochburg dieser Bewegung wird. Hamm spielte im bundesweiten Diskurs der rechtsextremen Szene zunächst keine Rolle. Bekannt sind jedoch die kommunikativen Verbindungen zur Dortmunder Szene, so dass sich auch in Hamm schnell das neue Konzept herumsprach.

Die Entwicklung in Hamm lag somit im Trend der Zeit, zudem mit der Dortmunder Szene der Modellentwurf dieses strategischen Ansatzes in unmittelbarer Nachbarschaft lag und so die Verbindungen der Szenen städteübergreifend erkennbar zunahmen.

Rechtsextremisten aus Hamm wohnen in Dortmund

Die AN organsierten sich zunehmend aus rechtsextremen Wohngemeinschaften ihrer Mitglieder in Dortmund, in die in den Folgejahren nunmehr auch einige der aktivistischsten Mitglieder der rechtsextremen Szene aus Hamm zogen, und sich dort weiter radikalisierten, ohne jedoch ihre Bindungen in ihre Heimatstadt abzubrechen. Im Gegenteil: Sie nutzten von Dortmund aus ihre gewachsenen Agitationsmöglichkeiten, um entsprechenden Einfluss auf die Hammer Szene zu nehmen, der sich als teilweise Übernahme des AN-Konzeptes manifestierte. Mit der strategischen Ausrichtung der AN eng verbunden ist das Konzept der sogenannten Anti-Antifa, das in Hamm besondere Bedeutung gewinnen sollte. Gemeint ist damit eine möglichst systematische Feindbeobachtung, -registrierung und -bekämpfung. Das Konzept soll die eigene Kampffähigkeit gegen die politischen Feinde (Antifa) stärken und Angst verbreiten. Die Feinddefinition ist dabei oft flexibel und kann alle Personen und Akteure umfassen, die sich (aktiv) dem Rechtsextremismus entgegenstellen.

Der Rechts-Links-Konflikt

In einer Analyse, die Häusler/Schedler dieser Strömung, der AN, unterzogen hat, beschreiben sie deren kulturellen Habitus als Innovation: „Plötzlich wurde gewahr, dass eine neue Generation von Neonazis in vielen Städten des Landes in Erscheinung getreten ist, deren optisches Bild dem bis dato typischen Klischee gewalttätiger Neonazis komplett widerspricht; optisch und stilistisch angelehnt an jugendkulturelle Ausdrucksformen des

politischen Gegners – der linken Szene und dabei besonders der linksradikalen Antifa-Bewegung – sorgten die Autonomen Nationalisten zunächst für reichliche Irritation“ (Häusler/Schedler 2011: 11). Sundermeyer (2011: 43) sieht die Mitglieder der Autonomen Nationalisten zwar ganz generell „auf Distanz zur NPD und deren parlamentarischen Strategie, die auf [gesellschaftliche] Anerkennung setzt“, dennoch bildet diese lokale Hammer Variante der AN in dieser Hinsicht eine Ausnahme, weil sie von Anfang an eine – personenbezogene punktuelle Verbindung – mit dem Kreisverband der rechtsextremen NPD in UNNA/Hamm unterhält, dessen Vorsitzender zu jenen erfahrenen rechtsextremen Funktionären gehört, der schon frühzeitig die Politisierung der rechtsextremen Jugendclique in Werries vorangetrieben hatte. Diese Verbindung greift bis heute auf den zu diesem Zeitpunkt in der KSH organisierten Hammer Vorsitzenden der Partei „Die Rechte“ zu, der dabei eine besondere Rolle spielt und seit der frühen Phase der rechtsextremen Gruppenbildung in Hamm sämtliche Entwicklungsstufen mitträgt. Die langjährige politische Erfahrung des NPD-Funktionärs ist von Anfang an ein maßgeblicher Faktor beim Strukturaufbau der KSH. Demnach ermöglichte es diese autonome Struktur nur schlecht, die Gruppe als rechtsextremen Zusammenschluss auszumachen. Zu den Regeln der Autonomen Nationalisten gehört, dass sie keinen Umgang mit staatlichen Organen dulden, auch der Kontakt mit Wissenschaftlern ist tabu, weil sie sich – ähnlich wie die Linksautonomen – gesellschaftlich abdichten, ihre Strategie nicht blicken lassen wollen. Ein ausgestiegener Rechtsextremist und „Autonomer Nationalist“ beschreibt detailliert den Richtungswechsel in der Hammer Szene, den einige Mitglieder der KS Hamm zu diesem Zeitpunkt die Dortmunder Rechtsextremisten als „ästhetische Trendsetter in schwarz“ (windbreaker, basecap, sneaker) sahen. Neben dem äußeren Aspekt des Habitus und Stils veränderte sich aber auch die strategische Ausrichtung der dominierenden Gruppe rechtsextremer Akteure in Hamm, analog zu dem allgemeinen Konzept der Autonomen Nationalisten, indem nicht mehr nur primär der Ausländer der Feind wurde, sondern sich die Anti- Antifa Arbeit sowie der Kampf gegen den Kapitalismus im Vordergrund stand. Interessant ist es, dass ein Aussteiger die Verschiebung als einen Rachefeldzug beschreibt, der eingesetzt hat, als ein Rechtsextremist von auswärtigen Antifaschisten aus Berlin brutal zusammengeschlagen und verletzt worden ist.

Für Hamm bedeutete dies eine Verschiebung der Opfergruppen. Der politische Feind stand fortan im Mittelpunkt des rechtsextremen Handelns, ohne dass dies jedoch mit einer Abschwächung des Rassismus der Skinheadzeit verbunden gewesen wäre. Der Feind war zunächst eine unkonkrete „Linke“, die von rechtsextremer Seite erst nach und nach differenziert und personalisiert wurde. Dabei spielte die Dortmunder Verbindung mit der Zeit eine immer größere Rolle.

Zur Übertragung des Konzeptes der Autonomen Nationalisten auf Hamm gehörte die Umsetzung einer sogenannten Anti-Antifa-Strategie, wie sie bereits in den Nachwendejahren von dem Hamburger Rechtsextremisten Christian Worch entwickelt worden war, der

nunmehr im engen Austausch mit der rechtsextremen Szene in Dortmund und in Hamm stand. Analog zu der Vorgehensweise der in Dortmund aktiven AN-Gruppe initiierten die erwähnten rechtsextremen Akteure von dort („dieses Dreiergespann“) eine ähnliche Organisationsform in Hamm. Die Art der Straftaten reichte von Propagandadelikten, Beleidigungen, Bedrohungen bis hin zu gefährlichen Körperverletzungen. Die erkennbare neue Stufe der Radikalisierung der rechtsextremen Szene isolierte die Hammer Szene noch weiter.

Rechtsextreme Szene findet keinen Anschluss an die Mitte der Gesellschaft

Die Verschiebung der rechtsextremen Opferprioritäten blieb in Hamm von linker Seite nicht unbeantwortet und führte stellenweise zu einem Muster aus gewalttätigen Aktionen und Reaktionen unter der linksautonomen Hammer Antifa, so dass der Rechts-Links-Konflikt vor allem in den Jahren zwischen 2004 und 2009 in Hamm eskalierte, indem beide Seiten jeweils auch nachweislich von auswärtigen gewalttätigen Aktivisten unterstützt worden sind . Neben den Mitgliedern der Antifa geraten in dieser Zeit auch Einrichtungen ins Visier der rechtsextremen Akteure, die von denen als Unterstützungsstruktur der Antifa wahrgenommen werden. Dazu zählte das örtliche Gewerkschaftsgebäude, in dem es zu Zusammenkünften aus dem Bereich der Antifa kommt. Auch dieses Vorgehen gegen partnerschaftlich der Antifa zur Verfügung gestellter Infrastruktur hat bei den Autonomen Nationalisten bundesweit Methode. Im weiteren Verlauf geraten auch andere Gruppierungen ins Visier dieser rechtsextremen Akteure, die von denen zum Kreis der Antifa-Unterstützer gerechnet werden, so etwa die WASG, die sich zu dieser Zeit auch in Hamm gegründet hatte.

Die NRW-Sicherheitsbehörden erkennen die Gewaltstrategie autonomer Nationalisten erst spät

Zu einer Einordnung durch die Sicherheitsbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen, also auch durch die Hammer Polizei, kommt dieses spezifische Gewaltphänomen der örtlichen Szene aber erst mit erheblichem Zeitverzug. Seit 2008 wurden sie durch das Landes-Innenministerium für den bis dahin erfolgten Anstieg rechtsextremer Gewalttaten maßgeblich mitverantwortlich gemacht (Sundermeyer 2011: 146). Mithin nahm die KSH die als „antideutsche Gewalt“ postulierte Gewalt ihrer politischen Gegner zum Anlass für öffentliche Proteste, die in der Stadtgesellschaft allerdings nicht verfingen. Auch gelang es den rechtsextremen Akteuren in der Folgezeit nicht, mit ihrer Agitation an die Stadtgesellschaft anzuknüpfen, trotz der in Teilen verbreiteten Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unter den Bürgern aus Hamm und möglichen ideologischen Anknüpfungspunkten an nicht-rechtsextreme Teile der Stadtgesellschaft. Das Auftreten der KSH war zur Erlangung dieses Ziels zu radikal, der Anschluss an die Mitte der Gesellschaft bleibt aus, die rechtsextremen Akteure bleiben ein politisches Phänomen am sozialen Rand. Die Demonstrationen der KSH erfüllen ausschließlich die Ziele von Provokationsgewinnen

(vgl. Heitmeyer 1999) und der „Selbstvergewisserung“ der rechtsextremen Szene in der Stadt. Andererseits zeigt sich die Zivilgesellschaft in Hamm auch in dieser Phase nicht gewillt, die offensive Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten zu suchen; der Widerstand gegen diese bleibt verhältnismäßig gering und wirkungslos. Diese Passivität ist zwar nicht ursächlich für das rechtsextreme Wirken, eine Eindämmung erfolgt zunächst aber auch nicht.

Das Konzept der Autonomen Nationalisten setzt sich in Hamm nur in Teilen durch

Rückblickend bilanzierend wurde die Hammer Antifa von den Mitgliedern der rechtsextremen Szene nicht als zahlenmäßig allzu starker politischer Gegner wahrgenommen, anders somit als in Großstädten wie Berlin oder Dortmund zu diesem Zeitpunkt. In diesen beiden Städten war die jeweilige massive Gegenreaktion der Antifa eine der Ursachen dafür, dass sich das Konzept der Autonomen Nationalisten fast durchgehend innerhalb des bewegungsförmigen Rechtsextremismus durchsetzen konnte. Der gewalttätige Konflikt wirkte dort jeweils als Verstärker für die rechtsextreme Szene, die sich auch deshalb immer stärker auf das AN-Konzept besann. In Hamm blieb es bei starken Einflüssen, vor allem aus Dortmund. Flächendeckend durchgesetzt hat sich diese Erscheinungsform als politische Subkultur in Hamm jedoch nicht. Das gilt als weiterer Beleg für den ebenfalls eher kleinstädtischen Charakter der hiesigen rechtsextremen Szene, der eine eher geringfügige Antifa entgegenstand. Dazu gehört auch der Umstand, dass es in Hamm (bis heute) kaum rechtsextreme Wohngemeinschaften gibt, in denen sich Autonome Nationalisten zu dem Ziel zusammengefunden haben, den eigenen Alltag zu politisieren, d.h. auch das Privatleben den Ansprüchen der ideologischen Bewegung unterzuordnen, wie es bislang vor allem unter Akteuren der linksautonomen Bewegung üblich war. Zu dieser Lebensform hatten sich nunmehr einige Rechtsautonome in Dortmund zusammengefunden, wo die hohe Taktung rechtsextremistischer Aktivitäten seither aus den von diesen Wohngemeinschaften angemieteten Wohnungen ausgeht. Dieser Effekt setzt in Hamm dagegen nicht ein, während einige Rechtsextremisten aus Hamm stattdessen in die politisierten Wohngemeinschaften nach Dortmund umsiedelten. Der polizeiliche Staatsschutz misst Dortmund auch ihretwegen eine „Steuerungsfunktion“ für die rechtsextreme Szene in Hamm zu, die auch deshalb im Laufe der Jahre zementiert worden sei, weil viele der rechtsextremen Akteure aus Hamm das Geschehen in Dortmund als maßgeblich betrachteten, so ein Polizist. Für ihn stellt Hamm eine „wichtige Unterorganisation von Dortmund“ dar. Zugleich nehmen die „Hammer“ in der Dortmunder Szene eine tragende Rolle ein, nachdem sie ihre Politisierung und weitreichende Radikalisierung zunächst in ihrer Heimatstadt erfahren hatten, was wiederum Fragen zu den Bedingungen/Voraussetzungen aufwirft, unter denen eine solche Radikalisierung in Hamm erfolgt. Zugleich ist die Hammer Szene quantitativ vergleichsweise klein, nicht aber

einflussmäßig.

Die Scharnierfunktion zu Dortmund, den ostwestfälischen Raum, aber auch Richtung Ahlen, Münster und Wuppertal ist bezeichnend. Zur Erlebniswelt rechts der KSH gehört seit 2003 ein wöchentlicher Kameradschaftsabend ebenso wie die gemeinschaftliche Demonstrationsteilnahme an auswärtigen rechtsextremen Aufmärschen (Dortmund, Stolberg, Bad Nenndorf, Leipzig, Dresden etc.), sowie kulturelle Aktivitäten mit völkischem Hintergrund (Sonnenwendfeier, Heldengedenken etc.). Schließlich richten sich die Aktionen gegen den politischen Gegner zunehmend gegen die Parteien in Hamm; dabei agieren die Mitglieder der KSH gegen politische Gegner - dem Konzept der AN folgend - nicht primär mittels körperlicher Gewalt, sondern vor allem auch über gezielte Störaktionen bei Parteiveranstaltungen, die aber in der Regel keinerlei strafrechtliche Relevanz haben. Dabei geht es um inszenierte Provokationen und damit verbundenen Einschüchterungen: Der Aktionismus der KSH dient dabei auch inneren Zielen, dem Gruppenzusammenhalt und der Selbstvergewisserung. Nach der WASG, den Linken, werden auch die Grünen zum Ziel dieser

Aktionen, und seit 2010 auch und vor allem die SPD. Diese wird von nun an aus Sicht der rechtsextremen Akteure als eindeutige Verbündete der Antifa in Hamm ausgemacht und zum wichtigsten Gegner unter den politischen Parteien in Hamm stilisiert. Sämtliche Parteien, die politisch links der CDU einzuordnen sind, werden zu verschiedenen Gelegenheiten zum Ziel von Sachbeschädigungen, wie etwa die Geschäftsstelle des SPD-Ortsverbandes, deren Fensterscheiben mit Backsteinen eingeworfen werden. Zur gleichen Zeit gerät insbesondere die SPD auch ins Visier der rechtsextremen Szene in Dortmund, die auch in diesem Vorgehen die Vorlage für die Situation in Hamm liefert.

SA als Vorbild der Kameradschaft Hamm

Eine entscheidende Wende in der Organisation der rechtsextremen Szene in Hamm war das Verbotsverfahren des Landesinnenministers, von dem auch die Hammer Szene betroffen war. Inhaltlich war es sicherlich auch die enge Verflechtung mit Dortmund, die schließlich zu einem Verbot der KSH führte. Das Verbot der rechtsextremen Struktur wurde Ende August 2012 rechtskräftig und mit einer umfassenden Polizeiaktion durchgesetzt. Grundlage dafür ist eine entsprechende Verfügung des Ministeriums, in der es heißt: „Die Vereinigung ‚Kameradschaft Hamm' richtet sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Sie läuft nach Zweck und Tätigkeit den Strafgesetzen zuwider" (Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen 2012: 2). Mit dieser Begründung stellte die Landesregierung eindeutig auf den fremdenfeindlichen Charakter der KSH ab, zumal diese das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Herkunftskulturen in Hamm bedrohte. Die Landesbehörden gingen davon aus, dass die KSH die „Idee des Nationalen Sozialismus" vertritt. Überdies wiesen ihr öffentliches Auftreten und Verlautbarungen auf der Homepage Züge einer paramilitärischen Gruppierung auf, die gegen das aktuelle politische System Widerstand leistet. Dies werde verdeutlicht durch eine bewusst herbeigeführte Wesensverwandtschaft zur SA (Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen 2012: 4). Zeitgleich mit der KSH wurde ein Verbot der rechtsextremen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund" durchgesetzt, in der einige aus Hamm stammende rechtsextremistische Akteure aktiv waren, sowie die „Kameradschaft Aachener Land." Die Verbotsverfügung führt den juristischen Beweis für die Verfassungsfeindlichkeit der KSH, auch in dem sie eine Auflistung der Kameradschaftsaktivitäten aufführte.

Das Verbot des KSH war die Geburtsstunde der nächsten rechtsextremen Organisationsstufe. Der Kern der Bewegung transformierte zu einer Bewegungspartei. Bevor dieses Konzept ausführlich vorgestellt und analysiert wird, muss der Blick noch einmal und z. T. rückwirkend auf den parteiförmigen Rechtsextremismus in Hamm gelegt werden, um so eine analytische Einordnung der Innovation leisten zu können.

2.2 Parteiförmiger Rechtsextremismus/ Rechtspopulismus in Hamm

Parteien spielen im Hammer Rechtsextremismus zum Zeitpunkt der Datenerhebung für diese Kommunalanalyse nur eine untergeordnete Rolle, ihre Bedeutung nimmt seit einigen Jahren stetig ab, analog zu der Entwicklung in ganz Nordrhein-Westfalen. Eine Ausnahme bildet die Bewegungspartei „Die Rechte“, die sich im Jahr 2012 gegründet hat und die bei der ersten darauffolgenden Kommunalwahl in Hamm (2014) angetreten ist. Sie stellt einen Sonderfall dar, der als solcher hier ergänzend zu dem bewegungsförmigen Rechtsextremismus einerseits und dem parteiförmigen Rechtsextremismus andererseits behandelt werden soll.

Die Republikaner

Der größte Erfolg aller Parteien aus dem rechten Spektrum gelang bislang den Republikanern (REP), die 1989 in Fraktionsstärke (7 Prozent der Wählerstimmen, vier Mandate) in den Hammer Stadtrat einzogen, wie in anderen Großstädten im Ruhrgebiet auch, zum Beispiel in Dortmund. Die REPs klagten erfolgreich gegen eine Bewertung als „rechtsextrem“ und werden hier als Partei im rechten politischen Spektrum verstanden. In dieser Studie ist ihre Erwähnung dennoch sinnvoll, weil anhand ihrer Geschichte Folgen der gesellschaftlichen Wandlungen in Hamm auf das Parteienspektrum erkennbar sind.

Mit Unterbrechung einer Legislaturperiode (1999-2004) waren die REP seither durchgängig, mit zuletzt einem Mandat, im Hammer Stadtrat vertreten. Einer der langjährigen Mandatsträger der REP erläutert die historischen Wahlerfolge dieser Partei mit Blick auf die sozialräumlichen Verhältnisse in Hamm, die eine besondere Stärke in Herringen (12%) und in Rhynern (5%) erlangten. Tatsächlich rutschte die Hammer SPD von ihrem besten Nachkriegsergebnis (49,2 Prozent bei der Kommunalwahl 1984) deutlich bei der Kommunalwahl 1989 ab (45,2 Prozent). Zusätzlich sammelten die REP damals (ebenso wie andere rechtsextremistische Parteien heute) besonders in jenen zentrumsnahen und nördlichen Stadtteilen/Stadtbezirken Stimmen, in denen die SPD bis heute die stärkste politische Kraft ist. Beides deutet darauf hin, dass die SPD - neben der CDU als demokratische Partei der rechten Mitte - in besonderer Weise Ausgangsort einer Wählerwanderung in Richtung der rechtsextremen Parteien in Hamm darstellt. Aus der Forschung sind entsprechende Wanderungen sowohl empirisch als auch theoretisch bereits umfassend bekannt (vgl. Walter 2011). So spiegelt sich hier im Hammer Kontext kommunal wider, was in vielen Ländern Europas bereits vorangeschritten ist (vgl. Butzlaff/ Micus/ Walter 2011 und Decker 2004). Dieser Annahme entspricht beispielhaft auch der Hinweis eines ehemaligen Mitglieds der Republikaner, das zunächst versucht hatte, bei der SPD in Herringen eine politische Heimat zu finden.

Bei der anschließenden Wahl 1994 sackten die REP auf 1,9 Prozent ab. Die SPD hat seither ihre Position als stärkste politische Kraft mit der CDU getauscht, die in demselben Jahr in dem gleichen Maße dazu gewonnen hat, wie die REP verloren, rund 5 Prozent. Das legt

einen doppelten Schluss nahe, dass nämlich ein Potential an Protestwählern in Hamm vorhanden ist, die über kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen, und das bei mindestens fünf Prozent liegt; außerdem ist davon auszugehen, dass diese Wähler von den beiden großen demokratischen Parteien absorbiert werden, sofern keine Proteststimmung in der Stadt vorliegt, und es keiner der rechtsextremen Parteien gelingt, personell wie strukturell, diese Stimmen für sich zu mobilisieren. Zusätzlich ist das ein deutlicher Hinweis auf erhärtete Einstellungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere in den zentrumsnahen nördlichen Stadtteilen mit einem hohen Migrantenanteil. Nach der Kommunalwahl von 2014 schieden die REP schließlich aus diesem Kommunalparlament aus und sind in Hamm inzwischen bedeutungslos.

Pro NRW

Der letzte Mandatsträger/Hammer Ratsabgeordnete der REP hatte sich noch vor Ablauf der Legislaturperiode 2009-2014 zu einem Parteiwechsel entschieden – zu Pro NRW:

Pro NRW wird vom Verfassungsschutz des Landes NRW als „rechtsextremistisch“ eingestuft. Diese Einordnung ist in der Wissenschaft umstritten, weil Pro NRW zwar eindeutig fremdenfeindlich agitiert und Migranten diffamiert, und weil viele der Funktionäre und Mandatsträger eine rechtsextreme politische Biografie aufweisen, sich Pro NRW aber nicht als zweifelsfrei staatsfeindlich geriert (vgl. Häusler 2008). Auf diese Differenzierung sei hingewiesen, zumal die Autoren dieser Kommunalanalyse einen deutlichen Qualitätssprung in der rechtsextremistischen sowohl völkischen wie auch staatsfeindlichen Ausrichtung der NPD oder auch der Rechten zu dem im Vergleich weniger radikalen Charakter von Pro NRW erkennen. Dieser Umstand wird auch durch den vorliegenden Befund am Beispiel Hamm bestätigt, gleichwohl wird Pro NRW wegen seiner politischen Nähe zu den lokalen rechtsextremen Akteuren in diesem Kapitel unter dem parteiförmigen Rechtsextremismus subsumiert. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat im Februar 2014 eine Klage von Pro NRW gegen den Verfassungsschutzbericht des Landes zurückgewiesen. Pro NRW darf deshalb als rechtsextremistisch bezeichnet werden. Zwar wurde Pro NRW in Hamm weder in den Stadtrat gewählt, noch gibt es einen Ortsverband, aber die rheinisch-katholische Partei versucht immer wieder, über Hamm Einfluss im Raum Westfalen zu bekommen, bisher allerdings ohne Erfolg. Auch daran misst sich, dass Pro NRW bis in den Erhebungszeitraum dieser Analyse hinein seine politische Bedeutung vor allem aus der Unterstützung und den Wahlergebnissen im Rheinland zieht, sowie in einigen wenigen Großstädten des Ruhrgebiets, in Duisburg und in Gelsenkirchen. Dennoch ist Pro NRW bisher nicht entscheidend in diese Region vorgedrungen. Wie in anderen westfälischen Städten auch, mobilisiert Pro NRW in Hamm ausschließlich vor wichtigen Wahlen, vor allem zu den Landtagswahlen, so auch 2012. Zu diesen Zeiten zog ein Tross aus Pro NRW-Funktionären aus dem Rheinland, vor allem aus dem Umfeld der Kölner Stadtratsfraktion von Pro NRW, durch Westfalen, das jeweils mit einigen lokalen Akteuren aus dem islamfeindlichen Lager

aufgefüllt wird, häufig mit Sympathisanten, die über das islamfeindliche stark frequentierte Internetblog Politically Incorrect mobilisiert werden. Die Zahl der islamfeindlichen Aktivisten, die auf diese Weise durch Westfalen ziehen, dabei aber nur ausnahmsweise auch aus Westfalen kommen, beschränkt sich auf 15 bis maximal 30 Personen, die üblicherweise einen Moscheebau in der jeweiligen Stadt skandalisieren/öffentlich anprangern und durch ihren werbewirksamen Auftritt, den sie versuchen medienwirksam zu lancieren, vorübergehend innerhalb eines eng begrenzten Zeitraumes eine lokale Präsenz suggerieren, die aber nicht ihrer tatsächlichen Wirkungsmacht entspricht. Pro NRW agiert als monothematische islamfeindliche Protestpartei, der es punktuell gelingt, ein gesamtgesellschaftlich relevantes Thema öffentlich zu besetzen; lokale – auf Hamm (oder andere Kommunen in Westfalen) bezogene Themen – greift die Partei grundsätzlich nicht auf, dementsprechend bietet sie auch keine Lösungsvorschläge für entsprechende Probleme an. Ihr lokaler Ansprechpartner, der bisherige Ratsvertreter der REP, schied nach der Kommunalwahl 2014 aus dem Hammer Stadtrat aus. Er bestätigt im Gespräch, dass seine Partei strukturell aus dem Rheinland geführt wird.

Auch in Hamm hatte Pro NRW einen importierten Protest gegen eine neu gebaute Moschee im nördlich gelegenen, migrantisch geprägten, Stadtbezirk Heessen inszeniert.

Die Pro Bewegung (Pro NRW/Pro Deutschland) besteht aus sehr wenigen Multifunktionären, die bundes- und landesweit umherreisen, und so jeweils lokal den Eindruck vermitteln, dass ihre Partei flächendeckend vertreten sei. Das ist ein Trugschluss; in Hamm ist er als Funktionär weitgehend auf sich gestellt. Er schließt inhaltlich-politisch allerdings unmittelbar an eine Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit an, die sich in Hamm in erster Linie durch die Syndrome „Islamfeindlichkeit“ und „Rassismus“ zeigt (vgl. Kapitel Konflikte und Potentiale der Bürgergesellschaft).

Die NPD

Die landesweite strukturelle Schwäche der NPD beschreibt der Landesverfassungsschutz bereits für das Jahr 2011, also bevor dieser Zustand durch die Trends nachfolgender Wahlen weiter bestätigt wurde. „(…) die NPD verliert in Nordrhein-Westfalen weiter an Bedeutung: Sinkende Mitgliederzahlen, ernüchternde Wahlergebnisse und interne Streitigkeiten prägen das Bild der Partei. [...] aufgrund ihrer eklatanten Schwäche [ist die NRW-NPD] auf die Hilfe der gewalt-und aktionsorientierten Neonazi-Szene angewiesen“ (Ministerium für Inneres und Kommunales NRW 2011: 13). Und genau dieser Zusammenschluss, der als Volksfront beschrieben wird, und der vor allem im Osten Deutschlands jahrelang verfing, greift in NRW landesweit nicht. Gleichwohl, und das ist – bezogen auf die lokalen Verhältnisse – gibt es diesen Zusammenschluss in Hamm, wenngleich mit einem anderen Effekt, weil der Nutznießer hier nicht in erster Linie die NPD ist, sondern vor allem der bewegungsförmige Teil des Rechtsextremismus. So hat NPD für die kommunalpolitische Situation in Hamm nur eine mittelbare Bedeutung. Seit ihrer Gründung im Jahr 1964 gelang es der Partei nicht, ein

Mandat im Hammer Stadtrat zu erreichen. Auch in diesem Punkt unterscheidet sich Hamm wesentlich von anderen Großstädten im Ruhrgebiet, etwa von Dortmund und Bochum, wo die NPD langjährig mit einzelnen Mandatsträgern in den Rathäusern vertreten ist. Seit 2010 hat die NPD, deren Landesgeschäftsstelle langjährig in Bochum (Wattenscheid) ansässig war, und die sie wegen eines Finanzskandals aufgeben musste (der Sitz ist inzwischen in Essen), auf Grund ihrer strukturellen Schwäche eine Ruhrachse gebildet aus den örtlichen NPD-Strukturen in Essen, Bochum und Dortmund. Hamm blieb dabei unberücksichtigt, worin auch die (ideologische) Abgrenzung zu dem Kreisverband Unna/Hamm bzw. zu dessen Vorsitzenden zum Ausdruck kommt. Gleichwohl besteht eine enge personelle Verbindung zwischen dem Kreisvorsitzenden der NPD in Unna/Hamm, der jedoch in der benachbarten Stadt Unna ansässig ist, und einigen rechtsextremen Akteuren aus dem Bereich des bewegungsförmigen Rechtsextremismus in Hamm. Diesem Funktionär, der NPD-Mitglied der ersten Stunde ist, und der dem radikal nationalsozialistisch ausgelegtem Flügel angehört, kommt insofern eine Schlüsselrolle zu, als dass er einige der maßgeblichen rechtsextremen Akteure in Hamm bereits seit den 1990er Jahren entscheidend politisiert und unterstützt hat, finanziell wie organisatorisch. Diese Funktion nimmt er nicht nur in Hamm ein, sondern auch in Unna und in Dortmund, wo ihn das Landesinnenministerium als Mitglied der – zeitgleich zur KSH 2012 verbotenen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ (NWDO) - kategorisiert hat. Diese personelle Verbindung zwischen dem NPD-Funktionär und den Akteuren der ausgeprägten und bewegungsförmigen rechtsextremen Szene in der gesamten Region Westfalen, stellt insofern keinen Widerspruch dar, als dass die NPD für ihre radikalen Mitglieder üblicherweise als Vehikel zur Durchsetzung ihrer nationalsozialistischen Ideologie gilt. Politische Zweckgemeinschaften mit vorübergehenden Organisationen oder Parteien ergeben sich aus dieser Logik; entscheidend sind die Personen, die rechtsextremen Akteure, als dauerhafte Träger der rechtsextremen Ideologie. Auch deshalb engagierten sich Akteure aus dem Bereich des bewegungsförmigen Rechtsextremismus, die sich zwischenzeitlich der Bewegungspartei „Die Rechte“ angeschlossen hatten, als Helfer im Kommunalwahlkampf 2014 für die NPD. Wegen der persönlichen Verbindung zwischen dem NPD-Kreisvorsitzenden Unna/Hamm und dem Vorsitzenden des KV „Die Rechte“, auch, weil es der neu gegründeten Bewegungspartei nicht gelungen war, in sämtlichen Hammer Stadtbezirken die formalen Voraussetzungen zur Teilnahme an dieser Wahl zu erfüllen, anders als der NPD. Ein Aussteiger aus der rechtsextremen Szene im östlichen Ruhrgebiet beschreibt das Wesen der Verbindung, die hier zwischen der NPD und dem bewegungsförmigen Rechtsextremismus besteht.

„Das ist so eine Art Hassliebe, man nutzt sich gegenseitig aus. Die NPD braucht die freien Kräfte für Propagandaverteilung, man muss die Infostände machen, man muss die Plakate aufhängen. Dafür werden die freien Kräfte ausgenutzt (...). Und die freien Kräfte sagen sich wiederum, wir nutzen den Parteienstatus von der NPD, um dementsprechend Veranstaltungen abhalten zu können, weil man eine Veranstaltung so schnell nicht verbieten kann. Man kann sagen, hier findet eine politische Veranstaltung statt, wenn ein Referent

kommt und ein Referat hält, oder so. Dann muss man natürlich unter den Parteienstatus, das ist so eine Hassliebe“ (Luzar 2014: 122).

Bei der Kommunalwahl 2014, die in den Erhebungszeitraum für diese Analyse fiel, kam die NPD in Hamm auf insgesamt 1,1 Prozent (733 Wählerstimmen); die besten Ergebnisse erzielte die NPD dabei in Bockum-Hövel (1,4 Prozent) und Heessen (1,5 Prozent).

Die strukturelle, auf das Land Nordrhein-Westfalen bezogene Schwäche der NPD, an der trotz der hier zahlenmäßig starken rechtsextremen Szene auch der zwischenzeitlich bundesweite Aufschwung nach dem Scheitern des Verbotsverfahrens (2003) vor dem Bundesverfassungsgericht nichts änderte.

Bewegungspartei „Die Rechte“

Am 27. Mai 2012 gründete Christian Worch mit Mitstreitern aus dem bewegungsförmigen wie parteiförmigen Rechtsextremismus (DVU) die Partei „Die Rechte“ in Hamburg. Vor diesem Verbot gab es in Hamm keine erkennbaren Hinweise auf Bestrebungen, eine solche Partei zu gründen. Naheliegend ist daher die Vermutung, dass eine Hinwendung zur Rechten mit der Diskussion um eine Reorganisation der rechtsextremen Szene nach dem Verbot zusammenfällt.

Der so geschwächten rechtsextremen Szene gelang es kurzfristig, über eine neue Organisationsform ihre Handlungsfähigkeit zu bewahren, wenn auch in stark eingeschränktem Maße, zumal ihr sämtliche materiellen Ressourcen, vor allem EDV-Technik, Mobilfunkgeräte, Propagandamaterial, nun nicht mehr zur Verfügung standen. Ein rechtsextremer Akteur hatte noch einige Wochen vor dem Verbot eine Gaststätte in Hamm-Süden angemietet, die der KSH – ähnlich einem Vereinshaus – als Treffpunkt diente, der für die Öffentlichkeit nicht zugängig war. Durch zivilgesellschaftliches Engagement in Hamm, hier der Haekelclub 590, fand eine rasche Enttarnung statt, welche zur Folge hatte, dass der Pachtvertrag bezüglich der Gaststätte vom Vermieter aufgekündigt wurde. Nach dem Wirksamwerden der Verbotsverfügung und der dadurch vorgenommenen Polizeiaktion entfiel diese Möglichkeit.

Partei „Die Rechte“ und „Bruderschaft Germania“

Neben des in der Folge des Kameradschaftsverbotes gegründeten Kreisverbandes der Bewegungspartei „Die Rechte“, in der sich kurzfristig ehemaligen Mitglieder der KSH versammelten, wurde die KSH von nun an auch von einem privaten Hammer Freundeskreis unterstützt, der sich „Fraternitas Germania“ nennt, und – dem Namen und der Aussage eines ihrer Mitglieder nach – als Bruderschaft versteht, die weder rechtsextrem sein noch sonstige politische Ziele verfolgen würde. Unter einigen Akteuren in Hamm, die Kenntnis von der „Fraternitas Germania“ erlangt haben, wird der Titel, möglicherweise wegen der Formulierung auf Latein, als Burschenschaft missverstanden. Nach einem entsprechenden

Bericht in der Lokalzeitung haben nach Angaben eines der Mitglieder dieser Bruderschaft gleich mehrere Angehörige die „Fraternitas Germania“ verlassen, weil sie nicht öffentlich mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht werden wollen. Der Mann ist selbst Mitglied der Rechten und hat ein kleines Gewerbeobjekt im Hammer Osten für seine Bruderschaft angemietet, die der Rechten in Hamm gleichsam als Treffpunkt dient, in dem ihre Mitglieder nunmehr die Tradition der Kameradschaftsabende fortsetzt.

„Die Rechte“ hat ihren Namen bei „Die Linke“ abgeschaut

Eine ordentliche Geschäftsstelle unterhält die Rechte in Hamm bislang nicht. Die Namensnennung der Partei „Die Rechte“ erklärt ihr Gründer und Bundesvorsitzender Worch in einem Interview mit der Autorin, von der die erste wissenschaftliche Betrachtung dieser neu gegründeten Bewegungspartei erfolgte (vgl. Luzar 2014). Ihre Analyse steht zwar unter einer sozialräumlichen Betrachtung der rechtsextremen Szene in Dortmund; wegen der starken inneren und persönlichen Beziehungen des jeweils bewegungsförmigen Rechtsextremismus in Dortmund und in Hamm erscheint es hilfreich, die Analogien in dieser Arbeit auf die Verhältnisse in Hamm anzuwenden, zumal die handelnden Akteure, Worch und Krolzig, auch in der Betrachtung des Dortmunder Beispiels eine wesentliche Rolle spielen. Worch ist seit drei Jahrzehnten maßgeblicher Organisator und Berater verschiedener Gruppen aus dem Spektrum des bewegungsförmigen Rechtsextremismus, so auch bei der KSH. Zwischen Worch und Krolzig besteht eine enge persönliche Verbindung, die über das übliche Maß politischer Freundschaft hinausgeht:

„Ja, das ist die Idee der Linken, genau genommen ist es die Idee der PDS, der WASG oder die Idee der SED, wie Sie wollen. Ich mache doch im Grunde genommen nichts anderes als dass ich die Idee [übernehme], die Linken sind ja wesentlich kreativer als wir, phantasievoller“ (zitiert nach Luzar 2014: 133).

Die Rechte – ein Sammelbecken auch für Mitglieder verbotener Kameradschaften

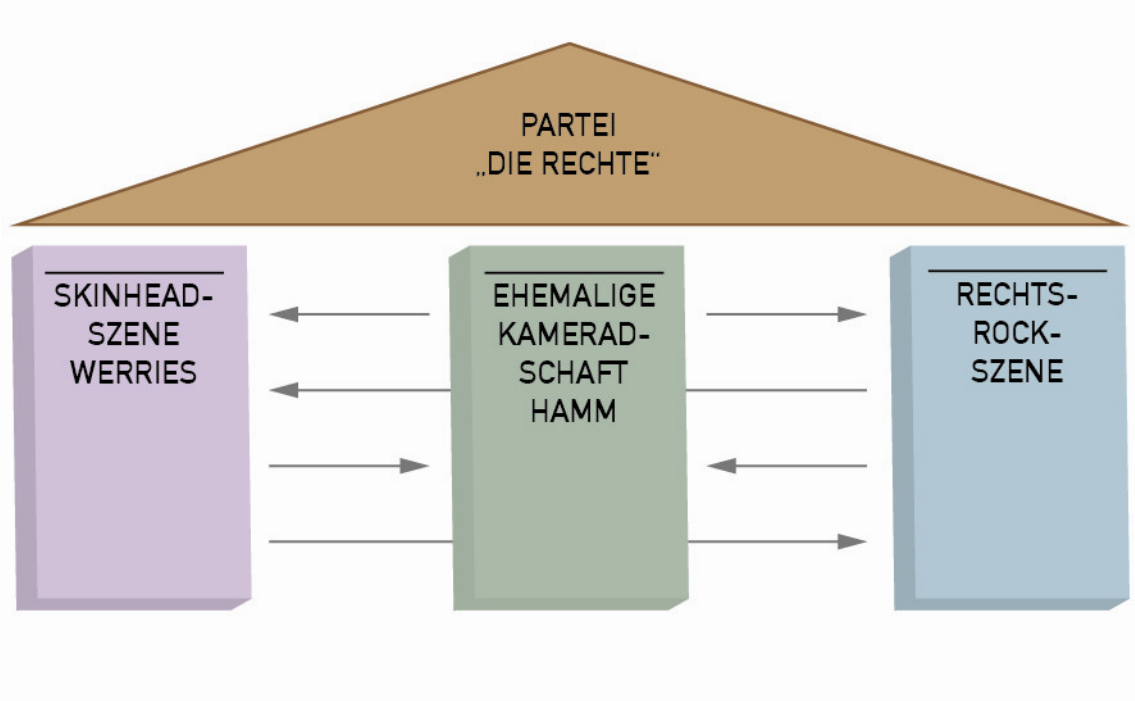
Seit Gründung der Partei „Die Rechte“ versammeln sich darin bundesweit vor allem auch Mitglieder verbotener Kameradschaften, so auch in Hamm. Der Gründung des hiesigen Kreisverbandes ging allerdings die Entstehung des NRW-Landesverbandes voraus. Mit dem Hinweis, dass er die Einsetzung der Anführer der nunmehr verbotenen Kameradschaften NWDO und der Kameradschaft Hamm an die Spitze des Landesverbandes der Partei „Die Rechte“ als Provokation gegenüber dem Landesinnenminister als jener staatlichen Institution verstehe, die für die Umsetzung der Vereinsverbote zuständig war, räumt der Parteivorsitzende Worch ein, dass es bei dieser Parteistruktur einzig darum geht, ein weiteres Wirken der rechtsextremen Akteure in Dortmund und Hamm trotz Verbots zu ermöglichen. Anders als bei der Dortmunder Kameradschaft NWDO strengten die rechtsextremen Akteure der KSH allerdings keine Klage gegen ihr Verbot an. Damit ist die KSH endgültig und unwiderruflich aufgelöst. Rund drei Wochen nach dem Verbot dieser

Kameradschaften gründen in einer Dortmunder Privatwohnung rechtsextreme Akteure aus ebendiesen Zusammenschlüssen den Landesverband der Partei „Die Rechte“. Landesvorsitzender wird der ehemalige Anführer des NWDO, der sich zuvor noch entschieden gegen den parlamentarischen Weg der NPD ausgesprochen hatte, der bisherige Anführer der KSH, Krolzig, gehört dem Bundesvorstand der Bewegungspartei an, und unterstützt den Aufbau weiterer Parteistrukturen sowohl in NRW, als auch in anderen Bundesländern, wie beispielsweise in Hessen. Einen Monat nach dem Landesverband, im Oktober 2012, gründen sich auf lokaler Ebene Kreisverbände in Hamm, Dortmund, Rhein-Erft, Mülheim sowie Bezirksverband Münsterland. Krolzig wird zum Kreisvorsitzenden in Hamm gewählt.

Die Gründung der Partei „Die Rechte“ folgt einer Gesetzmäßigkeit nach staatlicher Repression

Und so spricht die neue Organisationsform als Partei, die sich diese ursprünglich dem bewegungsförmigen Rechtsextremismus zugeordneten Akteure selbst gegeben haben, für die Annahme von Heitmeyer, dass Repression stets rechtsextreme Innovation auslöst: „[...] Seine mechanistische Annahme über soziale und politische Interaktionsprozesse lautet: Es werden Maßnahmen eingeleitet, die dann automatisch bestimmte, gewollte Wirkungen erzielen. Dieses einfache Schema ignoriert die Wechselseitigkeit von Interaktionsprozessen; daher kann es auch keinen wissenschaftlichen Nachweis von Erfolgen geben, denn diese Prozesse laufen dynamisch ab, das heißt, Konfliktgegner lernen voneinander. Anders gesagt: Repression erzeugt Innovation. Es gilt daher, von den mechanistischen Annahmen über Interaktionsprozesse zwischen Personen, Gruppen und Institutionen Abschied zu nehmen, um einen dringend notwendigen Wandel bei den Interventionsvorhaben einzuleiten“ (Heitmeyer 2012: 26).

Das Verbot der Kameradschaft hat nach Aussagen eines Aussteiger hingegen die gegenteilige Wirkung erzeugt: Die einzelnen Personen, die sich biographisch und kulturell kaum ähneln, haben wieder zusammengefunden.



Auch aus der Verbotsverfügung gegen die Kameradschaft Hamm, in der 26 Mitglieder aufgeführt wurden, dass nicht alle Aktivisten aus Hamm kamen, sondern auch aus Ahlen, Wuppertal und anderen Städten in NRW.

Nunmehr also gerieren sich die Akteure des bewegungsförmigen Rechtsextremismus nach außen erkennbar als Partei, wenngleich immer noch einige Kriterien hier nicht erfüllt werden, die nach allgemein demokratischen Gepflogenheiten einer Partei in Deutschland zugeschrieben werden. Da ist zum einen der selbstverständliche Umgang mit den Medien, der von der Rechten in gleicher Weise abgelehnt wird, wie ihre Mitglieder das bereits in den Kameradschaften gehandhabt haben, ebenso die Durchlässigkeit für interessierte Bürger, an Treffen und Veranstaltungen der Partei die Rechte teilzunehmen, ist hier nicht gegeben. Das bedeutet, dass die rechtsextremen Akteure dieser Partei versuchen, die Herrschaft darüber zu behalten, was über „Die Rechte“ überhaupt an die Öffentlichkeit gelangt. Wie angekündigt, so kam es dann auch: Die Aktivisten der Rechten engagierten sich nach Absprache mit den Wahlkämpfern der NPD. Immer wieder kommt es zu einer nachweislichen Zusammenarbeit zwischen der Bewegungspartei und der NPD; sogar bei der Planung und Organisation des ersten Bundesparteitages der Rechten, die in einer Gaststätte im Hammer Stadtteil Herringen stattfand (Stadtbezirk Herringen). Die Betreiberin der Gaststätte beschreibt, wie arbeitsteilig und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen die Zusammenarbeit dieser Veranstaltung in ihrem Gewerbeobjekt funktioniert hat. Den Einlassungen der Wirtin ist zu entnehmen, dass der Bundesparteitag der Rechten nicht die erste politische Versammlung war, die der Kreisvorsitzende der NPD Unna/Hamm in ihrer Gaststätte organisiert hat. Bei den Kommunalwahlen 2014 erreichte die Partei „Die Rechte“ 0,9 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen in Hamm; damit gaben 654 Menschen in der

Stadt der Partei die Rechte ihre Stimme. In den Stadtbezirken Uentrop, Rhynern und Heessen konnte die Bewegungspartei aus Mangel an Kandidaten nicht zur Kommunalwahl antreten. Als Ergebnis verfügt sie nun über zwei Kommunalmandate, eines im Rat der Stadt Hamm, ein zweites in der Bezirksvertretung Herringen. Die höchsten Stimmenanteile erzielte die Rechte in den nördlich und westlich gelegenen Bezirken in Hamm, in denen sich gesellschaftliche Konflikte und Desintegration besonders zeigen, in Herringen, Pelkum und Mitte, wo die Rechte auch ihren Wahlkampf konzentriert hatte, etwa durch Infostände, an denen ihre Mitglieder versuchten, mit potentiellen Wählern ins Gespräch zu kommen.

Inhaltlich-thematisch hat sich die Rechte im Wahlkampf klar auf die Kernthemen bezogen, die für die rechtsextreme Szene in Hamm seit Jahren wesentlich sind; in erster Linie die gegen die hohe türkischstämmige Bevölkerung gerichtete Islamfeindlichkeit und der gleichzeitige Rassismus, der sich symbolhaft in der Ablehnung des neuen Moscheebaus in Herringen ausdrückte. Zusätzlich zu ihrem traditionellen Feindbild, den in Hamm lebenden Menschen türkischer Herkunft, bedienen sich die rechtsextremen Akteure aus dem Umfeld der Partei „Die Rechte“ mithin einem ausgeprägten Antiziganismus als weiteres Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Das und wie die Feindbilder vereinzelt in der Hammer Bevölkerung greifen, zeigt der empirische Befund am Beispiel eines bekennenden Wählers der Rechten aus Herringen, einem Spätaussiedler, der in den 1980er Jahren aus Polen nach Hamm gekommen ist. Neben seiner Überfremdungsangst, die sich als Rassismus ausdrückt, wird in dem Gespräch mit dem Wähler der Rechten sein mangelndes Institutionenvertrauen deutlich, das sich vordergründig als allgemeine Politikverdrossenheit darstellt. Anders als die NPD, die vor der Kommunalwahl bereits gebrauchte Plakate mit allgemein gültigen Parolen u.a. aus dem Saarland und Rheinland-Pfalz aufhängte, plakatierte die Rechte durchgängig mit lokalen Slogans und Motiven („Heimat – wir bleiben treu“ unter lokalen Fotomotiven; ein Plakat, das allerdings für jede Wahl in Hamm funktionieren könnte). Beide Mandate werden durch rechtsextreme Akteure besetzt, die seit den Anfangszeiten zum Kern der KSH gehörten. Wie bei rechtsextremen Parteien üblich, fließen die den Mandatsträgern gezahlten Aufwandspauschalen zum lokalen Strukturaufbau in die Bewegung zurück. Für beide Mandatsträger zusammen könnte hier ein Betrag von jährlich rund 6000 Euro zusammen kommen. Das bedeutet auch, dass der Kreisverband der Rechten am Ende der laufenden Legislaturperiode aus eigenen Mitteln dazu in der Lage sein kann, einen intensiven Kommunalwahlkampf zu führen, für die eine rechtsextreme Partei üblicherweise einen wesentlich geringeren finanziellen Aufwand benötigt als demokratische Parteien. Zwei Gründe sprechen dafür: Solche Parteien beauftragen erfahrungsgemäß keine Unternehmen mit ihrer Wahlwerbung und zweitens investieren die ideologisch gesättigten und damit hochmotivierten rechtsextremen Akteure in der Regel ein höheres Maß an persönlicher Einsatzbereitschaft in Agitation und Propagandabereitschaft als die ehrenamtlichen Mitglieder demokratischer Parteien. Auch in diesem Zusammenhang greift der Vergleich mit Sekten oder radikalen religiösen Gruppen, die von einer Mission getrieben sind. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Mitglieder der Partei „Die Rechte“ insgesamt

wesentlich jünger sind als die der demokratischen Parteien, und somit naturgemäß aktionistischer orientiert sind.

Seit die Partei „Die Rechte“ im Stadtrat (Bezirksvertretung Herringen) sitzt, wirkt der Abgeordnete bei der ersten Ratssitzung im Kurhaus bereits von seinem äußeren Erscheinungsbild dem parlamentarischen Ablauf angepasst. Die früher bei Demonstrationen getragene Trainingsjacke wurde durch Hemd und Krawatte getauscht und das Ratsmitglied beteiligt sich regelmäßig und rege an den Abstimmungen. Anträge, die bereits von der Partei „Die Rechte“ vorgetragen wurden, waren beispielsweise als Pendant zur multikulturellen Woche eine deutsche Kulturwoche, ein Sofortprogramm gegen Ausländerkriminalität. Auffällig ist die Tatsache, dass es vornehmlich um Kriminalität und Einwanderung geht und dagegen eine deutsche Kultur aufrechterhalten werden soll. Was genau darunter zu verstehen ist, wird jedoch in den Anfragen nicht weiter ausgeführt.

3.3 Gewalt und Rechtsextremismus

Die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist stets auch mit einer Diskussion über Gewalt verbunden. Ob eine Gewalttat ein rechtsextremes Motiv hat, ist immer Frage der Interpretation. Ausgangspunkte dafür können die rechtsextreme Gesinnung der Täter sein, einschlägige Äußerungen vor, während oder nach der Gewaltausübung oder eine spezifische Auswahl von Menschen als Angehörige einer bestimmten Gruppe. Heitmeyer merkt dazu an, dass zu den „Grundelementen dieses Verständnisses gehört, dass die rechtsextremen Orientierungsmuster der Täter im Kern als Angriff auf die Gleichheit des Menschen verstanden werden müssen, der mit sozialer, psychischer oder physischer Ausgrenzung bzw. die Vernichtung anderer verbunden ist und Gewalt als zentralen Regelungsmechanismus gesellschaftlicher Verhältnisse und Konflikte versteht" (Heitmeyer 1992: 15). Das Definitionssystem der Polizei wurde am 1. Januar 2001 mit dem neuen Erfassungssystem der politisch motivierten Kriminalität rechts erweitert, welches aussagt, dass die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet“. Darunter fallen nicht nur die Gewalttaten, sondern auch Propagandadelikte, Sachbeschädigungen und Volksverhetzung. Der Staatsschutz Dortmund, der für Hamm zuständig ist, zitierte aus der Aufzählung der polizeilichen Kriminalstatistik, dass 29 Straftaten politisch motivierter Kriminalität rechts bis Oktober 2014 stattgefunden haben. In der Mehrzahl der Fälle wurden jedoch Propagandadelikte und das Verwenden von verfassungsfeindlichen Kennzeichen registriert. Dies stellt im Vergleich zum Vorjahr 2013 (38 Straftaten) eine Abnahme politisch motivierter Straftaten in Hamm dar. Lediglich ein registriertes Delikt rechtsextremer Gewalt aus jeweils den Jahren 2013 und 2014 wurde registriert. Der Staatsschutz selbst weist allerdings auf die Problematik von Hell- und

Dunkelfeldern bei rechtsextremer Straftaten hin. Nicht alle Straftaten werden immer angezeigt und einige Straftaten können nicht verfolgt werden, weil die Täter z. B. noch zu jung seien. Konkret liegen zum Rechtsextremismus als valide Zahlen des Staatsschutzes für 2013 vor:

- Gewalttaten: 1
- Beleidigungen: 1
- Sachbeschädigung: 1
- Volksverhetzungen: 2
- Verwenden verbotener Kennzeichen nach §86 StGB: 32

Für 2014 lagen zum Abschluss der Datenerhebung für 2014 folgende Zahlen vor:

- Gewalttaten: 1
- Sachbeschädigungen: 6
- Volksverhetzungen: 5
- Verleumdung: 1
- Unterschlagung: 1
- Beleidigungen: 3
- Verwenden verbotener Kennzeichen nach §86 StGB:12

Eine Jugendrichterin am Amtsgericht der Stadt Hamm differenziert bei den Delikten zwischen kleinen Delikten (Verwenden verfassungsfeindlicher Symbole) von extrem jungen Menschen, bei denen es schwerer zu differenzieren ist, ob dahinter eine rechte Gesinnung steht oder einfach im Zusammenspiel mit Alkohol eine Provokation beabsichtigt wird, die einzig und allein nur die Empörung einer anderen Person hervorbringen soll. Ein typisches Beispiel seien z. B. Schmierereien von Kindern oder sehr jungen Jugendlichen.

In diesen Fällen dürfte es sich mehr um eine Provokation handeln, statt um eine gefestigte Einstellung. Davon zu unterscheiden sind für die Jugendrichterin Delikte von rechtsextremen Gesinnungstätern, die sich im Rahmen der Anti-Antifa beschriebenen Gewaltstrategie in Hamm entlud und sich vor allem in den Jahren 2003-2009 in zahlreichen einzelnen gewalttätigen Aktionen gegen andere, subkulturell geprägte junge Erwachsene der linken Szene, insbesondere gegen Angehörige der Antifa und Akteure, die als deren Sympathisanten, mithin als politische Gegner, ausgemacht wurden. Es fällt auf, dass als Täter von Seiten der Opfer stets dieselben Personen genannt wurden, deren Namen den Autoren

bekannt sind, die hier im Einzelnen jedoch keine Erwähnung finden sollen, weil das aus Sicht der Autoren keine strukturelle Relevanz besitzt. Dagegen erscheint wesentlich, dass sämtliche als Täter markierten rechtsextremen Akteure unmittelbar aus der KSH stammten, beziehungsweise zu jenem Kreis rechtsextremer Akteure, die aus den Anfangszeiten der KSH nach Dortmund umgesiedelt sind, aber immer wieder aktionsbezogen über Jahre auch in Hamm wirken. Bei den Auseinandersetzungen zwischen Antifa und Anti-Antifa ist es für Polizei, Justiz und Wissenschaft in den meisten Fällen schwer, die Anlässe der rechtsextremen Gewalthandlung zu rekonstruieren, da beide Konfliktparteien jeweils ihren ideologischen Wahrnehmungen entsprechen. Heitmeyer (1992: 21) spricht bei den Rechts-Links Auseinandersetzungen von einer stabilisierenden Wirkung auf beide Gruppen, von denen einzelne Akteure einen sozialen Nutzen ziehen, sei es in einem verbindenden Lebensgefühl, der Gemeinschaftserfahrung sowie aus dem Selbstbild des politischen Kämpfers. Doch die Definition, wer als Antifaschist gilt, richtet sich auch gegen jene Akteure, in denen die Rechtsextremisten Unterstützer der Antifa sehen, sei es Gewerkschafter oder Vertreter politischer Parteien. So wurden in den Hochphasen der Anti-Antifa Gewalt in Hamm auch Sachbeschädigungen gegen Gewerkschaftshäuser sowie Parteibüros von demokratischen Vertretern durchgeführt.

Die SPD bzw. die Jusos und der Haekelclub stellen für die rechtsextreme Szene derzeitig den größten und stärksten Gegner in der Stadt dar. So bezeichnet auch der Kreisverbandvorsitzende der Partei „Die Rechte“ die Jusos als die größte Herausforderung und betont die Deckungsgleichheit der einzelnen „antifaschistischen Akteure“.

Ein Interviewpartner spricht auch von Provokationen gegen seine Partei und Sachbeschädigungen an Häusern, jedoch nicht von körperlichen Auseinandersetzungen. Explizit erwähnt er im Interview den Schutz der Veranstaltungen durch private Sicherheitsdienste.

Aus diesem Hinweis geht hervor, dass in der Auseinandersetzung mit den rechtsextremen Akteuren das Vertrauen in das staatliche Gewaltmonopol als eingeschränkt betrachtet wird. Strobl (1998) spricht in diesem Zusammenhang von einem mangelnden Institutionenvertrauen, welches die „antifaschistischen Akteure“ dazu motiviert, sich private Sicherheitsdienste zu organisieren. Die Art der rechtsextremen Gewalt ist also immer auch ursächlich im Verhalten der „antifaschistischen Akteure“, dass also diejenigen, die stets auch zur Zielscheibe werden, die sich aktiv gegen die Rechtsextremen stellen. Bei Festnahmen und der Überführung der rechtsextremen Straftaten durch die Justiz urteilten die zuständigen Richter aus Hamm schnell und vergleichsweise hart. So wurde beispielsweise bei dem Angriff auf eine antifaschistische Jugendliche der rechtsextremen Täter zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Bemerkenswert bei der Auswertung des empirischen Materials ist die Tatsache, dass Vertreter von Migrantenvereinen, Moscheegemeinden und einzelne Migranten selbst,

bisher keine direkten bzw. körperlichen Erfahrungen mit rechtsextremer Gewalt gemacht haben. Auch ist zu differenzieren zwischen Migranten aus Europa, Russland oder der Ukraine und Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Während die erste Gruppe über keinerlei Erfahrungen von rechtsextremer Gewalt und Bedrohung berichten konnte, wurde von den Interviewpartnern mit türkischen Migrationshintergrund verbale Beleidigungen u.a. im Internet oder Sachbeschädigungen (z. B. Aufkleber auf Moscheegebäuden), mit denen sie konfrontiert waren, genannt.

Es bleibt in der Wahrnehmung der Rechtsextremisten das Bild, dass Ausländer überwiegend als Türken bzw. Muslime wahrgenommen werden und Osteuropäer aufgrund ihrer Religion und dem äußeren Erscheinungsbild zunächst nicht als Migranten wahrgenommen werden bzw. gegen diese Einwanderer kaum Vorurteile bestehen bzw. diese nicht in Handlungen ausagiert werden. Ein Parteiaktivist mit türkischem Migrationshintergrund hingegen erläuterte, dass aufgrund seines Engagements er selbst Bedrohungen im Internet und durch Anrufe ausgesetzt war und auch sein Auto mit einem Hakenkreuz beschmiert wurde.

Ein Besitzer eines türkischen Restaurants hingegen, der sich als unpolitisch einstuft und sich als Geschäftsmann sieht, spricht hingegen von keinerlei Bedrohungen oder Beleidigungen. Er sei nie bedroht worden. Mit einem Rechtsextremisten hätte er zusammen seine Ausbildung verbracht. Auch das sei unproblematisch gewesen.

Die rechtsextreme Gewalt, speziell Delikte von Körperverletzungen und Landfriedensbruch, haben seit 2012 erheblich nachgelassen. Dies ist nicht direkt auf das Verbot der Kameradschaft Hamm zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, dass maßgebliche Gewalttäter aus Hamm in Untersuchungshaft/Haft sitzen, aus der Stadt verzogen sind oder die rechtsextreme Szene verlassen haben. Auch die Tatsache, dass bei rechtsextremen Demonstrationen weniger Gewalttaten registriert werden, hat weniger mit der zunächst augenscheinlich geringeren Gewaltbereitschaft im Vergleich zu antifaschistischem Protest bei Demonstrationen zu tun. Von Bedeutung scheint hier – nach Aussage der Polizei – der hohe Verfolgungsdruck gegenüber der Szene zu sein. Die Polizei kenne die gewalttätigen Protagonisten und beobachte sie genau. Dies verhindere auf Demonstrationen viele Straf- und Gewalttaten.

Doch Gewalt als Identifikationsmoment oder als Affektregulierung spielt weiterhin eine Rolle im Selbstbild oder auch als Konfliktlösung. So äußert sich der Vorsitzende des Kreisverbandes Hamm der Partei „Die Rechte“, dass jeder Mensch ein Recht auf Notwehr habe. Er lehne zwar Gewalt in der politischen Auseinandersetzung ab, würde sich aber im Falle eines Angriffs wehren.

3.4 Wertevorstellungen in der rechtsextremen Szene

Um den Rechtsextremismus und seine Attraktivität zu deuten, ist es notwendig, sich zentralen Wertvorstellungen in deren Ideologie zu widmen, sowie ein Lebensgefühl und

Bedürfnisse der Protagonisten zu beschreiben. Dies setzt eine ernsthafte Betrachtung der Äußerungen, Schriften und Texte – auch in der Musik – voraus.

An dieser Stelle bezieht sich die Studie vor allem auf drei Aufsätze des Kreisverbandsvorsitzenden der Partei „Die Rechte“ in Hamm, die er in einer kleinen selbstgedruckten Borschüre mit Autorenschaft und Adresse veröffentlichte und in der rechtsextremen Szene verbreitete. Darin widmet er sich der Analyse und Definition dreier – aus seiner Sicht – Kernbegriffe dieses Denkens und dieser Lebensweise, nämlich „Ehre! Freiheit! Recht!“. Daraus abgeleitet werden weitere zentrale Begriffe wie der „politische Soldat“, „Treue“ oder „Widerstand“ benutzt. Die Analyse dieser Schrift arbeitet sich nicht chronologisch am Text ab, sondern erfolgt über eine qualitative Inhaltsanalyse und wird ergänzt durch weitere Texte aus dem Hammer Kontext.

Oberstes Ziel

Oberstes politisches Ziel des politisch aktiven „Nationalisten“, wie sich der Autor selbst bezeichnet, sei die Arterhaltung und die Stärkung der Volksgemeinschaft. Beide Begriffe gehören zu den typischen Ideologiefragmenten des rechtsextremen Denkens (vgl. Schwagerl 1994: 101ff). Unter der „Art“ wird die Gemeinschaft der „Deutschen“ als Blutsgemeinschaft verstanden und nicht als Gruppe deutscher Staatsbürger. Deutscher – in diesem Falle Hammer – könne demnach nur werden, wer über deutsche (Bluts-) Vorfahren verfüge. Das Ziel der „Arterhaltung“ bedeutet, dass diese Blutsgemeinschaft nicht durch Zuzüge oder Vermischungen der Blutsgemeinschaften mit „fremdem“ Blut verunreinigt werden dürfe (ebenda, S. 118ff). Diese Gruppe der Blutsgemeinschaft wird im Rechtsextremismus als „Volk“ bezeichnet, das idealerweise in einer „Volksgemeinschaft“ zusammen leben solle. „Volksgemeinschaft“ suggeriert einen Zustand natürlicher Reinheit, in der basierend auf der biologischen Reinheit sich eine eigene „deutsche Kultur“ entwickle, die rein von fremden Einflüssen z. B. durch Immigration aus sich selbst heraus entstehe. Diesem Konzept liegen somit einerseits ein tief sitzender Rassismus in der Vorstellung dessen, was ein Deutscher sei und eine eindimensionale Sicht darauf, was deutsche Kultur sei, zugrunde. Kultur wird in dieser Vorstellung als statisches Modell gesehen. Die Widersprüchlichkeit zeigt sich bereits im Musikgeschmack vieler Rechtsextremisten, der sich eben nicht an deutschen Volksmusiktraditionen, sondern amerikanischen (hardcore, Heavy Metal) und vor allem auch schwarzen Musiktraditionen der Rockmusik orientiert.

Selbstbilder und Wertevorstellungen

Den Verfasser stört das jedoch nicht, sondern er beschäftigt sich mit den Werthaltungen des von ihm genannten Nationalisten. Primär sei dabei der Begriff der Ehre. Darunter versteht er:

„Ehre bedeutet, gerecht gegen sich selbst zu sein. Ehrenhaft handelt, wer sein Handeln in Einklang mit seinen inneren Überzeugungen bringt, solange dieser selbst ehrbar ist. Die

Aufgabe des Nationalisten in der real existierenden Bundesrepublik ist es, sich selbst treu zu sein und zu seinen Überzeugungen zu stehen, den zwangsläufig auftretenden Widerständen zum Trotz" (Krolzig 2012: 4).

Der Ehrbegriff in der rechtsextremen Ideenwelt gründet sich auf dem Volksgedanken, Teil des Volkes zu sein und sein Leben dem Volk zu widmen. Ehre wird dabei explizit in Abgrenzung zur demokratischen Gesellschaft und der bundesrepublikanischen Verfasstheit gebildet und definiert sich stets in der Opposition zum aktuellen Geschehen. Sie hat jedoch nicht nur eine politische, sondern eine stark persönliche Note. Mit dem konsequenten Leben und Ausleben dieser Tugend wird dem Rechtsextremist suggeriert, er selbst könnte durch sein Handeln die Verhältnisse, in denen wir leben, verändern. Interessant ist dabei, dass der Begriff der Ehre auch in nicht-rechtsextremen, aber z. B. islamistisch geprägten radikalisierten Szenen von besonderer Bedeutung ist. „Ehre" ist eng mit Stolz verknüpft und greift somit ein Gefühl auf, was vor allem für Jugendliche in der pubertären Findungsphase wie auch für jene, die sich nicht in die Gesellschaft integriert fühlen, wichtig ist: Selbst wenn vieles im Leben hart und ungerecht erscheint, werten Ideen von Stolz und „Ehre" das eigene Selbstbild auf. Es enthält somit auch eine psychologisch und damit stabilisierende Wirkung.

Das Gegenteil des Ehrbegriffs seien die Ehrlosigkeit und die Schande. Der Ehrbegriff beinhaltet in der rechtsextremen Ideologie also auch ein Moment des sozialen Zwangs, den der Rechtsextremist als Teil seiner Persönlichkeit begreift und auch gegen Widerstände verteidigt. Ein wichtiges Versprechen ist dabei die Kameradschaft (vgl. Borstel 2011: 287ff). Diese emotionale Komponente verspricht ewigen und natürlichen Zusammenhalt zweier oder mehrerer Menschen im gemeinsamen Kampf in einer feindlichen Umwelt. Dieses Versprechen lockt und ist ein Bindemittel des Zusammenhalts in der rechtsextremen Szene. Es wird besungen, z. B. in dem Lied „Nicht nur ein Wort" der Dortmunder Rechtsrockband „Oidoxie" und in den Namen von Gruppen beschworen. Einzig der Verrat zerbricht in der rechtsextremen Gefühlswelt die Kameradschaft, dieser vollzieht sich je nach Stellung des Rechtsextremisten bereits schon bei einem Kontakt zu „politischen Feinden" oder bei Aussagen bei der Polizei oder der Justiz. Ein Aussteiger aus Hamm berichtet darüber, dass er die rechtsextreme Szene gleich dreimal verraten hätte, er ist ausgestiegen, hatte eine Liebesbeziehung mit der Freundin eines Kameraden, die dann auch noch zur linken Szene wechselte. Diese Form des Verrats war gleich eine Dreifache: Der Ausstieg aus der Szene, der Betrug mit der Freundin eines Kameraden und die Hinwendung zum politischen Feind. In der Sprache Krolzigs „ehrlose Taten", die den endgültigen Ausschluss aus dem ehrenhaften Kreis garantieren.

In der modernen Gesellschaft gilt der Ehrbegriff vielerorts als antiquiert. Häufiger wird von Ehrlichkeit gesprochen. Darunter werden Eigenschaften wie Redlichkeit, Gradlinigkeit und Fairness gefasst. Dieses tiefgreifende Bedürfnis aller Menschen, ehrlich und respektvoll behandelt zu werden, stellt sich in der rechtsextremen Szene stets als Kampf dar und

definiert sich meist über ehrloses Handeln, dem vermeintlichen Fehlverhalten anderer. In seinem Artikel greift Krolzig dafür auf den Täuschungsversuch von Karl Theodor zu Guttenberg bezüglich seiner Dissertation zurück. Die zu Recht angeprangerte Täuschung wird dann jedoch im nächsten Satz gleichgesetzt mit dem ehrlosen Verhalten im Umgang mit der Geschichte des zweiten Weltkrieges bzw. den Massenvergewaltigungen an deutschen Frauen von russischen Soldaten oder der Vertreibung vieler Deutscher nach Ende des 2. Weltkrieges. Verschwiegen wird in den historischen Ausführungen jedoch, was und wer letztlich für den Ausbruch des Krieges verantwortlich war. Im Gegenteil: Es wird eine bedingungslose Hingabe zum deutschen Volk propagiert mit einem Appell: "Denen, die für Deutschland ihr Leben gaben, könnt ihr nicht die Ehre nehmen!". Unehrenhaftes Verhalten wird somit auch nicht differenziert. Es gibt keine Grauschattierungen, sondern nur ehrenhaftes oder nicht ehrenhaftes Verhalten, eine weitere Stelle, an der sich starrer Dogmatismus im Denken zeigt.

Ehrenhaft ist für Krolzig der sogenannte „politische Soldat", ein weiteres typisches rechtsextremes Selbstbild (vgl. Borstel 2011: 284ff). Der „politische Soldat" widmet sein Leben dem Kampf für die Volksgemeinschaft der Deutschen, widersteht allen Verlockungen, lässt sich von Widerständen nicht entmutigen und gehe ehrenhaft seinen Weg.

Mit dem real existierenden Rechtsextremismus in Hamm hat dieses Selbstbild allerdings nicht viel zu tun. Nach den Schriften Krolzigs soll der politische Soldat sein Leben und Verhalten dem politischen Kampf unterordnen.

„Für die Ehre muss man bereit sein, Opfer zu bringen" (Krolzig 2012: 9).

Doch in der Realität erfreuen sich die örtlichen Rechtsextremisten an Musik, Fußball, Alkohol und Gemeinschaft, während, wie aus den Aussteigerinterviews hervorgeht, Politik für den Großteil der bewegungsförmigen Rechtsextremisten eher beiläufig ist. Es fehlt in den Ausführungen des Aufsatzes auch, worin eigentlich der politische Kampf bestehe? Ist es der Einsatz für die Arterhaltung, die Volksgemeinschaft? Oder sind es die Forderungen der Partei „Die Rechte"? Welche Instrumente sind erlaubt? Warum wird das Bild des Soldaten und nicht z. B. des naturverbundenen Bauern verwandt? Weiter: Sind alle politischen Soldaten gleichgestellt oder gibt es höher- und minderwertigere Soldaten? Der Begriff bleibt nebulös, geradezu mythisch und lädt zu gewaltförmigen Assoziationen von Kriegsszenarien ein. Aus der Empirie des real existierenden Rechtsextremismus lässt er sich ebenfalls nicht konkretisieren und beschreibt damit wohl eher eine theoretische Wunschfigur des Autors denn das wirkliche Leben.

Ein weiteres sich stets wiederholendes Bild in der Argumentation ist der nationale Freiheitskämpfer, der sich trotz Repression des Staates nicht einschüchtern lässt. Staatliche Repression wird in den Schriften als Einschränkung der Meinungsfreiheit gefasst, die sich speziell im Paragraphen 86, 86a und 131 des Strafgesetzbuches wiederfinden. Diese Absätze

verbieten in erster Linie nationalsozialistische Propaganda wie beispielsweise die Holocaustleugnung oder das Zeigen verbotener nationalsozialistischer Symbole. Als nationaler Freiheitskämpfer sei man demzufolge stets staatlicher Repression ausgesetzt, die auch mit persönlichen Verlusten wie den Arbeitsplatz oder einer Inhaftierung einhergeht. Mit Pathos wird im Text eingefordert, sich der Repression entgegenzustellen und ein ehrenhafter Kämpfer zu sein (Krolzig 2012: 4). Damit stilisiert sich der Rechtsextremist zum Opfer staatlicher Willkür, wähnt sich ausgegrenzt von den „Systemmedien" und zu Unrecht durch die Justiz verurteilt. Dieser Dreiklang der Opferwerdung findet sich redundant in den Veröffentlichungen auf der Homepage der Partei „Die Rechte- Kreisverband Hamm". Mit der Aufforderung, Ehre zur Maxime des Handelns zu erheben, wird dazu aufgerufen, den rechtsextremen Idealismus über den Materialismus zu stellen und selbstlos für nationale Volksgemeinschaft einzustehen. Ein weiterer zentraler Begriff, der direkt die Gefühlsebene anspricht, ist das Verlangen nach Freiheit. Auch wenn Krolzig den Begriff der Ehre mit dem der Freiheit zusammenbringen möchte, schränkt er selbst ein, dass es viele Freiheitsbegriffe gibt, die liberal oder marxistisch sind. Ein rechter Freiheitsbegriff stellt sich für Krolzig wie folgt dar:

„Freiheit im nationalen Sinne bedeutet zunächst einmal die Freiheit, Nationalist zu sein. Dieser Satz, so simpel er auch klingen mag, hat doch weitreichende Folgen. Denn damit nehmen wir für uns in Anspruch, unsere Weltanschauungen auszuleben und entfalten zu können. Wir wollen ein Leben ohne Fremdbestimmung, Umerziehung und andere schädliche Einflüsse auf den Gebieten der Politik, Medien und Kultur" (Krolzig 2012: 12).

Wie „Fremdbestimmung" und seine politischen Forderungen aussehen, formuliert Krolzig wieder in der Negation (Raus aus der Nato, nukleare Aufrüstung, Autarkie der Volkswirtschaft, soweit möglich Verstaatlichung von Schlüsselindustrie etc.) Auch wenn Krolzig einräumt, dass das Grundgesetz zunächst viele Möglichkeiten eröffnet, werde diese Freiheit jedoch massiv für Nationalisten eingeschränkt. Durch die strafrechtliche Verfolgung z. B. der Holocaustlüge und dem Verbot, die Opfer der nationalsozialistischen Konzentrationslager nicht beleidigen zu dürfen, sieht der Autor sich offensichtlich in seiner Freiheit eingeschränkt. Auch wenn zu Recht zu fragen ist, inwieweit Repressionen geeignete Mittel in der ideologischen Auseinandersetzung sind, überrascht dieser Zusammenhang in der konkreten Darstellung dann doch.

Für die Analyse des Hammer Rechtsextremismus ist aber ein anderer Zusammenhang viel wichtiger. Die hier selbst konstruierte Opferrolle geht einher mit einem Lebensgefühl von einem Kampf gegen die Lügen der bürgerlichen Gesellschaft, der Unaufrichtigkeit und des Verrats. Damit werden Vorstellungen aufgegriffen, die weit über den engeren Kreis der Rechtsextremisten hinaus ausgeprägt und relevant sind. Erkennbar wird das z. B. im Erfolg der nicht-rechtsextremen Band Böhse Onkelz, die in Hamm sowohl von Rechtsextremisten aber auch vielen anderen Menschen gehört wird. Die Rockband verfügte in den achtziger

Jahren selbst über eine rechtsextreme Hinwendung, wendete sich im Laufe ihrer Karriere aber davon ab und distanzierte sich öffentlich. Viele Hörer können sich mit den Biographien der Musiker identifizieren. Beispielhaft ist dafür die Biographie des Sängers Kevin Russel, der selbst aus proletarischen Verhältnissen kommt und dessen Leben gekennzeichnet ist von Alkohol- und Drogensucht, der sich jedoch stets selbstständig daraus befreien konnte. Das in den Liedern vermittelte Wertegerüst aus Ehrlichkeit, Freiheit und Kameradschaft/Freundschaft gegen alle Widerstände vor allem der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft, vermittelt speziell rechtsaffinen Jugendlichen ein Gefühl der Sicherheit und moralischen Handlungsanleitungen. Besonders deutlich wird dies beispielsweise in dem Liedtext

„Stunde des Siegers“:

„Du erträgst die Erniedrigung mit einem Lächeln im Gesicht.

Doch was mal aus Dir werden soll, das weißt Du nicht.

Der eine hat's, der andere nicht, doch das hast Du nicht so gemacht.

Dein Weg führt Dich in dunkle Strassen, hörst Du, wie man über Dich lacht?

Die Stunde des Siegers kommt für jeden irgendwann.

Für Dich, für mich, für jeden irgendwann.

Die Stunde des Siegers nutze sie

und zeig' ihnen, wer Du bist...

spuck' ihnen ins Gesicht, ins Gesicht!“ (Böhse Onkelz 1998)

Der Appell der Böhsen Onkelz an den Individualismus sowie das eigenständige Denken sollte jeglicher rechtsextremer Gedanken- und Gefühlswelt widersprechen, doch wird diese von den Konsumenten jedoch als eigenständige nationale und autoritäre Rebellion gegen das linke und bürgerliche Establishment aufgefasst. Es wird interpretiert als Aufruf, sich nicht runterkriegen zu lassen, Fehler zuzulassen und dennoch standhaft zu bleiben. Dieses Lebensgefühl teilen in Hamm viele Rechtsextremisten auch mit anderen Jugendlichen und jung gebliebenen Menschen. Sie eint die Ablehnung kleinbürgerlicher Moral- und Gesellschaftsvorstellungen, ruft zu Stärke gegen alle Widerstände auf und vermittelt so ein Gefühl, Halt zu bekommen, auch in depressiven Phasen des Lebens. Für die Analyse ist dieser Zusammenhang wichtig, weil er mögliche Andockungs- und damit Rekrutierungsfelder der Rechtsextremisten kennzeichnet.

Recht, Natur, Widerstand

Im dritten Teil der Studie beschäftigt sich Krolzig mit nationalistischen Vorstellungen von Recht, Widerstand und Natur. Die drei Begriffe bedingen einander. Recht im nationalistischen Sinne ist in diesem Sinne mit den Naturvorstellungen, die sich in der Idee der Arterhaltung und der Volksgemeinschaft widerspiegeln eng verbunden. Recht definiert der Autor wie folgt:

„Recht ist, was den Nutzen des Volkes mehrt und den Schaden von ihm abwendet. Das deutsche Volk hat, wie jedes anderes Volk auf der Welt auch, das Recht auf freie Entfaltung in seinem natürlichen Siedlungsgebiet und das Recht auf freie Selbstbestimmung nach außen. Unser Volk hat das Recht auf einen eigenen Nationalstaat und in freier Selbstbestimmung gegebenen Verfassung, um die innere Ordnung des Staates gemäß seiner Art und seines Wesens zu gestalten“ (Krolzig 2012: 18).

Die völkische Ideologie mit ihrem Kerngedanken der Arterhaltung beruft sich auf ein übergeordnetes Naturrecht, das in der Schrift nicht ausgeführt wird; aber vom Recht der Bundesrepublik Deutschland deutlich zu unterscheiden sei. Dieses völkische Naturrecht, also die natürliche Bestimmung eines Volkes, stehe im Widerspruch zur BRD-Gesetzgebung. Daraus folgt die Legitimation eines Widerstands gegen die bestehenden Verhältnisse (vgl. Schwagerl 1994: 182-183). Widerstand sei somit mehr als die Abwehr z. B. von Repressionen oder die Gegenwehr gegen politische Verhältnisse. Widerstand berufe sich wiederum auf einen „höheren Sinn“, nämlich als natürliche Form der Gegenwehr gegen unnatürliche und damit für willkürlich gehaltene gesellschaftliche Verhältnisse. Die Idee des Widerstandes erhöht wiederum den einzelnen politischen Kämpfer in seinem Selbstbild als Kämpfer für die Natur gegen – aus seiner Sicht – menschliche Willkür. Dahinter verbirgt sich auch eine sehnsuchtsvolle Zukunftsperspektive. Aus dem Widerstand entwickle sich so eine natürliche – und damit bessere – Perspektive für das eigene Volk und die Heimat. Gerade in Regionen mit größeren sozio-ökonomischen Problemen wird dieser naturbezogene Zukunftsentwurf oft in Konfrontation zur angeblich nicht zukunftsträchtigen Idee der Demokratie formuliert (vgl. Borstel 2007).

Weitere Erläuterungen zur Schrift

Die vorgestellte Schrift dient erkennbar der internen Kommunikation in der Szene. Zwar ist sich der Autor bewusst, dass keine strafrechtlichen Aussagen in dem Text auftauchen dürfen und hat diese Schrift auch namentlich gekennzeichnet. Auch versucht das Heft, trotz ideologischer Verzerrungen äußerlich und im Sprachbild formalen Ansprüchen zu genügen. Die Zielgruppe ist jedoch eindeutig und so schreibt ein Rechtsextremist hier für die eigenen „Kameraden“.

Diese Broschüre eignet sich nicht als Außenwerbung wie beispielsweise die eigene Homepage der Partei „Die Rechte“ oder der Facebook Account, die auf eine Außenwerbung

zielen und deutlich jugendgerechter in Sprache und Bild verfasst sind. Der Rekurs auf die Geschichte Deutschlands kommt ohne den direkten Bezug auf Adolf Hitler aus, jedoch wird sich auffallend oft auf den führenden nationalsozialistischen Ideologen Alfred Rosenberg, den SS Hauptsturmführer Fenet oder auch den nationalsozialistischen Politiker und Pädagogen Alfred Beck und den rechtsextremen Publizist Herbert Schweiger bezogen. Dabei wird stets versucht, einen „guten Kern" der nationalsozialistischen Politik und Kultur darzustellen, um somit den Übergang zur Umgestaltung der aktuellen Politik zu propagieren. Der zweite Weltkrieg findet reichlich Projektionsflächen als Heldenepos bei Fenet („Wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, müssen wir zunächst verlieren") oder juristische Ausführung des Widerstandsaktes bei Radbruch (Setzung des Naturrechts über das Menschenrecht). Der sich durch den gesamten Text ziehende Appell, sich zum Widerstand zu bekennen, Opfer dadurch in Kauf zu nehmen, endet mit einem klaren Wunsch:

„Wenn man klar Gesicht zeigt, wird man auch vom Gegner respektiert. Der größte Fehler ist es, für seine Grundeinstellung sich zu entschuldigen" (Krolzig 2012: 25).

So geht es letztlich dem Autor selbst um eine fast banale Forderung: Dem Bedürfnis nach Anerkennung. Eingeordnet in das Desintegrationsmodell von Heitmeyer (2000) geht aus dem Text der Broschüre hervor, dass es um Anerkennung in dem institutionellen Bereich geht, in dem Teilhabe eingefordert wird (Akzeptanz der Meinung der Person) sowie im sozi-emotionalen Bereich, in dem er Anerkennung innerhalb der rechtsextremen Szene, in seiner personalen Identität sowie in den emotionalen Beziehungen zum Ausdruck bringt.

Der Text beinhaltet auch eine sehnsuchtsvolle Komponente. Das Versprechen der Kameradschaft wird noch erweitert um den gemeinsamen Erhalt der nationalen Bewegung. Der Inhalt von Kameradschaft ist das nicht ausgesprochene Versprechen der gegenseitigen, aufopferungsvollen Hilfe, des gegenseitigen Schutzes der Ehre. Doch der Text „Ehre! Freiheit! Recht" bezieht seine Forderungen nur auf die rechtsextreme Ideologie. Mit ihr verbunden ist jedoch eine daraus abgeleitete Lebensweise für die Ideologie und ihre Verbreitung. Der nationalen Revolution ist das Leben des Einzelnen zu widmen. Dafür bekomme er die ewige Kameradschaft. Dies enthält die gewünschte Anerkennung durch die anderen Mitkämpfer sowie auf der metaphysischen Ebene selbstgerechte Vorstellungen des eigenen Tuns vor den Vorstellungen völkisch definierter Naturvorstellungen und daraus abgeleiteter Recht- und Gerechtigkeitsvorstellungen. Das Leben bekäme so einen „höheren Sinn". Verrät der Nationalist die Ideologie, verrät er in diesem Sinne nicht nur seine Kameraden, sondern ebenso das Subjekt und Ziel der Ideologie zugleich, nämlich Germania bzw. die biologistische Vorstellung der Volksgemeinschaft.

Diese Argumentationsmuster sind auch aus verschiedenen radikalisierten Gruppen bekannt: Das Individuum solle sich z. B. entweder Allah oder der Idee des Kommunismus bedingungslos im Denken und Handeln unterordnen. Dafür bekommt es ein Heilsversprechen, im Falle der Rechtsextremisten die Kameradschaft besonders auf Erden

und bei denjenigen Rechtsextremisten, die sich an neuheidnischen Religionsvorstellungen orientieren, sogar nach dem Tod einen Heldenplatz in der Götterhalle „Walhalla“, wo Jungfrauen den verdienten männlichen Kämpfern zu Diensten sein sollen. Handelt ein Individuum gegen seine Ideologie, folgt der Zorn einer anonymen Masse, hier des deutschen Volkes. Er verrate sich nicht nur selbst, sondern falle gleich dem ganzen Kollektiv in den Rücken und dürfe deshalb keine Gnade erwarten, weil das Kollektiv wertvoller sei und individuelle Rechte dem Kollektiv zurückgestellt seien.

Dieser Druck auf den Einzelnen ist enorm und hält oft über Jahre ganze Kameradschaften zusammen. Manchmal presst sogar Repression von außen Gruppen zusammen, weil sie den inneren Kern in der Not zusammenschweißt und vor allem dem Einzelnen suggeriert, keine individuelle Zukunftschance nach der rechtsextremen Karriere mehr haben zu können.

Ehre, Freiheit und Kameradschaft sind ein Angebot zur Befriedigung einer Sehnsucht nach gemeinschaftlichem Halt und dauerhafter Stärke. Halt und Stärke sind bei vielen Menschen Konstrukte zur Bewältigung des eigenen Lebens und die Kameradschaft der Traum vieler Aktivisten. Will man die rechtsextreme Szene verstehen, muss man sich auch die (verborgenen) Sehnsüchte der einzelnen Menschen anschauen, identifizieren und anerkennen. Ideen der Deradikalisierung greifen zu kurz, wenn sie lediglich den ideologischen Überbau oder die reine Handlungsebene identifizieren und nicht die dahinter sich verbergenden sozialen und psychischen Komponenten anerkennen.

4. Radikalisierung- und Deradikalisierungsverläufe

Kein Baby wird als Rechtsextremist geboren. Jeder Rechtsextremist erlebt somit biographische Phasen der Radikalisierung. Ein Verständnis für solche Entwicklungen hilft bei der professionellen Auseinandersetzung vor Ort. Besonders Früherkennungen können immer neue Radikalisierungen und gewaltförmige Zuspitzungen verhindern. Einige Rechtsextremisten erleben auch Phasen der Deradikalisierung und Entfremdung von der rechtsextremen Szene. Auch daraus lässt sich lernen, welche Bedarfe sich da zeigen und wie vor Ort solche Prozesse unterstützt werden können. Im Folgenden werden deshalb vier Hammer Biographien exemplarisch in Bezug auf Phasen der Radikalisierung und Deradikalisierung vorgestellt.

Beispiel 1: Die Radikalisierung und Deradikalisierung der Skinheads

Da sich in Hamm in den letzten 20 Jahren viele junge Menschen über die Skinheadkultur politisiert haben, werden im Folgenden zwei Radikalisierungs- und Deradikalisierungsverläufe von Männern aus Hamm vorgestellt. Beide erschienen gemeinsam zum Interview, sie sind auch heute nach dem Ausstieg noch gut miteinander befreundet.

Buch der Erinnerung - die Ahse Boys

P. A. war Mitglied der rechtsextremen Skinheadszene in Hamm. Er ist heute 32 Jahre alt und arbeitet als Postbote. Gut behütet wuchs er bei seinen Eltern im Stadtbezirk Hamm-Rhynern auf. Besonders zu seinem Vater hatte er ein inniges Verhältnis und bezeichnet ihn als sein damaliges Vorbild. Daher habe dieser ihn nach eigenen Aussagen jedoch auch „vorgeschädigt", da er immer eine Abneigung gegen Ausländer gezeigt habe, die sich beispielsweise an abfälligen Bemerkungen über Türken und Kopftücher zeigte, wenn er mit seinem Sohn durch die Hammer Fußgängerzone lief. P.A. sagt heute, dass er diese Meinung dann auch irgendwann übernommen hätte. Er war, seit er sich erinnern kann, verrückt nach Fußball und Musik. Er spielte zwar nicht selbst im Verein, aber liebte den BVB und war stets ein großer Fan des Dortmunder Ballspielvereins. Die Spiele sah er sich als Kind mit seinem Vater im Fernsehen an. Später besaß er eine Dauerkarte für die Südtribühne. Auch heute noch ist er in seinem Freundeskreis als „Fußballcholeriker" bekannt und ein Freund scherzt, dass man sich nicht das Spiel, sondern P.A. angucken bräuchte, wenn man Unterhaltung sucht. Eine weitere Leidenschaft stellte für P.A. die Musik dar. Es waren in seiner Jugend die „Böhse Onkelz", heute kommt noch andere deutsche Rockmusik und Heavy Metal dazu. Damals wollte er jedoch noch andere Bands hören, die extremer als die Onkelz waren und fing an, sich mit dem in der Musik beschrieben „Skinheadkult" zu beschäftigen. Viele Musiker und auch Fans der von ihm gehörten Bands verkörperten das Erscheinungsbild des sogenannten „Skinheads". Sie trugen Glatze, enge Jeanshosen, Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln, oft karierte- oder Polohemden und Hosenträger. P.A. faszinierte diese Subkultur, sie war hart und männlich. So begann er sich im Alter von 15 Jahren den Kleidungsstil des Skinheads anzueignen. Er fand in Hamm Kontakt zu rechtsextremen Skinheads, welche, wie er ausführt, eigentlich „Boneheads" genannt werden, da sie mit dem ursprünglichen Skinhead nichts zu tun haben. Dies bedeutet übersetzt in etwa „Knochenkopf" und soll aussagen, dass Rechtsextremisten, die diesen Kleidungsstil teilen, dumm sind. Sie haben demnach lediglich den hohlen Schädel aus Knochen, in dem sich kein Hirn befindet. Zu diesem Zeitpunkt wollte er nach seinen Aussagen genau das Bild verkörpern und fühlte sich zu der Skinheadclique aus Hamm-Werries hingezogen. Die Frage, ob man in der rechtsextremen Szene Skinhead wird oder sich „normal kleidet" hängt P.A. noch vom eigenen „Potenzial" ab. Die Skinheads in der Szene seien nichts anderes als eine „Schlägertruppe", die halt rassistisch sind. Sie definierten sich über Bier, Musik und „Kloppereien." Zusätzlich zu diesen gab es die politisch Aktiveren, die für das Reden verantwortlich waren. Doch P.A. wollte zunächst ein Schläger sein. Zu der Clique am Schützenplatz gehörte P.A. nicht, da nach seinen Angaben dies die „Älteren" waren, seine Clique traf sich an einem Nebenfluss der Lippe. Zu der Clique gehörte P.A. im Alter von 15/16 Jahren, was dem Durchschnitt der sogenannten „Ahse-Boys" entsprach. Den Namen gaben sie sich aufgrund des Treffpunktes an dem Fluss Ahse, in einem Waldstück Richtung Hamm-Ostwennemar, an dem sich nach Angaben von P.A. acht bis zwölf Leute getroffen haben. Von einem Mitglied der Werrieser Skinheadszene wurden diese als eine

„Nachfolgegeneration“ bezeichnet. Während die beiden Cliquen jeweils ihren eigenen Treffpunkt hatten, trafen sie sich dennoch des Öfteren gemeinsam in der Kneipe „Dorfeiche“ in Ostwennemar, welche schräg gegenüber des Schützenplatzes lag. Diese wurde von beiden ehemaligen Skinheads als eindeutig rechtsradikale Kneipe bezeichnet, da sich dort fast ausschließlich rechtsextreme Gäste aufhielten. Dies lag daran, dass der damalige Besitzer selbst auch zu der Szene gehörte. Dort traten auch rechtsextreme Bands wie „Störkraft“ oder andere rechtsextreme Bands auf. P.A. kann sich aber auch an gemeinsame Konzertbesuche in einer Gartenlaube in Dortmund erinnern, wo die „Weiße Wölfe“ gespielt haben und mit denen er auch eine entfernte Bekanntschaft pflegte. Konzerte und Demobesuche waren für ihn zu dieser Zeit ein wichtiges Erlebnis. Aufgrund seiner Liebe zur Musik, spielte P.A. Gitarre in der rechtsextremen Band aus Hamm. Geprobt wurde ebenfalls außerhalb Hamms, auf einem Bauernhof in der Nähe von Castrop-Rauxel, da ein Bandmitglied dort wohnte, doch besonders erfolgreich war er mit dieser Band nicht. Musik, die P.A. zu der Zeit viel hörte, waren Störkraft, Screwdriver und Landser**.** Die Band Landser galt als besonders hart und wurde von vielen Skinheads als Vorbild angesehen, da sie ungeschönt die Meinung aussprechen. Ebenso bestanden Freundschaften einzelner Personen der Hammer Szene zu Mitgliedern der rechtsextremen Bands „Störkraft“ und „Weiße Wölfe“, wodurch diese sich zu diesem Zeitpunkt vermehrt in Hamm aufhielten bzw. Einzelne dort wohnten . Im Alter von 19 Jahren absolvierte P.A. seinen Wehrdienst bei der Bundeswehr. Dort wurde ihm die Chance geboten, die er vorher nicht in seinem Leben eröffnet bekommen hatte. Er spielte selbst Fußball und fand eine neue Kameradschaft vor. Zwar lernte er bei der Bundeswehr auch Rechtsextremisten kennen, mit denen er Zeit verbrachte, doch über den Fußball freundete er sich auch mit türkisch- und polnischstämmigen Soldaten an, die stets auf dem Fußballplatz waren und ihm nach eigenen Angaben mit Fragen konfrontiert haben und durch diese hat er eine andere Welt kennengelernt und hat über sein Leben grundlegend nachgedacht. Was gaben ihm seine alten Kameraden? Wieso propagiert er etwas, woran er nicht mehr glaubt? Die Veränderungen von P.A. fielen nach einiger Zeit auch seinen Kameraden aus Hamm negativ auf. Er zog sich aus seiner damaligen Skinheadband zurück und begann Metal-Musik ohne politische Texte zu schreiben und zu spielen. Dadurch galt er bei seinen ehemaligen Kameraden als Verräter und berichtet, sich ein halbes Jahr nicht alleine aus dem Haus getraut zu haben. Er wurde anfangs bedroht und jedoch hatte er aufgrund seiner Kontakte zu einer Sicherheitsgesellschaft stets die Gewissheit, dass er Schutz bekommen würde.

Durch seinen Wohnortwechsel von Welver in einen anderen Stadtbezirk Hamms und die Einbindung in eine andere Clique, passierte ihm aber nichts Folgenschweres. Er selbst sagt heute, dass er einfach Glück gehabt hat, nie alleine den falschen Leuten über den Weg gelaufen zu sein. Noch heute spielt er in einer Metal Band und ist ein leidenschaftlicher BVB Fan. Die Ahse Boys existieren derweil nicht mehr. Die Skinheads sind ihre Wege gegangen. Viele haben sich aus der rechtsextremen Szene verabschiedet. Ein Skinhead ist ausgestiegen und mittlerweile in der CDU aktiv, ein anderer arbeitet in einem in der Stadt angesiedelten

Unternehmen und ein Weiterer ist mittlerweile Lehrer für Deutsch und Mathematik. Zwei der „Ahse Boys“ sind jedoch bis heute in der rechtsextremen Szene aktiv. Die Lebenswege der Ahse Boys trennten sich, nur selten treffen sie Einzelne auf der Amüsiermeile der Stadt.

Beispiel 2: Nichts ist so hart wie das Leben- die Skinhead Clique vom Schützenplatz in Werries

T.O. ist heute Vater von einer fast erwachsenen Tochter, arbeitete schon in verschieden Jobs und ist geschieden. Er rutschte eigener Aussage zufolge mit 14 Jahren in die Skinheadclique vom Schützenplatz hinein, da er sich mit einigen Rechtsextremisten zwischenmenschlich gut verstand. Nach eigenen Angaben ist er nie mit einem festen Vorsatz aktiv geworden, der sich als Hass gegen Ausländer beschreiben lässt. Der kleine, muskulöse Mann ist bis heute ein geselliger Typ, der mit unterschiedlichen Menschen befreundet ist. Über einen gemeinsamen Bekannten lernte er den Rechtsextremisten kennen, der später sein bester Freund wurde. Zunächst konnten die beiden jungen Männer jedoch einander nicht leiden, aber nach einer langen Diskussion entschlossen sie sich, den Streit zu begraben und zusammen Bier zu trinken. Von diesem Zeitpunkt an waren sie unzertrennliche Freunde. Doch T.O. erhielt durch seinen neuen Freund auch Kontakt zu anderen Rechtsextremisten, mit denen er sich gut verstand und als er dann mit den Rechtsextremisten häufiger gesehen wurde, sortierten ihn seine „unpolitischen“ Freunde auch in diese Subkultur ein und distanzierten sich langsam von ihm. Als er sich die Haare abrasierte und Springerstiefel kaufte, begann der Stress für ihn. Die türkischen Jugendlichen reagierten aggressiv. Durch seine zunächst nicht auf politischer Gesinnung gründende Sympathie für die Rechtsextremisten, wurde er auch von anderen Freunden auf seinen Umgang angesprochen, mit dem diese nicht einverstanden waren. Der Duktus „Nazis- Raus“ beherrschte schon damals die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und durch den Kontakt mit den Personen, wurde T.O. auch eine Sympathie mit rechtsextremer Ideologie nachgesagt. Er bekam zunehmend Ärger durch seinen Kontakt zu den bekannten Rechtsextremisten, so dass er beispielsweise in der Schule von türkischen Mitschülern verprügelt wurde, die ihn als Teil der Szene ansahen. Da T.O. sich jedoch trotzdem nicht gegen diese Leute stellte, kam er an den Punkt, an dem er sich entscheiden musste, weil es nach Angaben von ihm zwei Seiten seien wie „Feuer und Wasser“, in denen es keine Toleranz geben konnte. Durch die Abneigung und den Hass, der ihm seiner Meinung nach grundlos entgegengebracht wurde, wuchs auch in ihm ein Hass auf die anderen. Da er sowieso diffamiert wurde, begab er sich immer tiefer in die Szene. Der dort geteilte Hass auf Türken beflügelte ihn, bis er sich der Szene gänzlich verschrieb, die Verantwortung dafür schreibt er sich in der Rückschau selbst zu, aber auch den Personen, die ihn sofort als Rechtsextremist definiert und beschimpft haben. Seinen Eltern gibt T.O. keine Verantwortung oder Schuld an seinem Radikalisierungsprozess sondern erzählt, dass seine Mutter natürlich gegen die kurzen Haare oder die Stiefel gewettert hätte, er zu diesem Zeitpunkt aber keinen Respekt vor der Mutter

hatte. Der Vater, der nicht mehr im Haus lebte, war jedoch die ganze Zeit eine Respektperson für ihn, die er zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht häufig sah.

Auch T.O. unterscheidet zwischen Skinheads und Nazis, wobei sich beide in der rechtsextremen Szene aufhalten. Die Nazis seien die Gefährlicheren, die die Fäden ziehen. Der Skinhead prügelt drauf, wird aber von den „Fädenziehern“ aufgehetzt. Zu Großveranstaltungen der Werrieser Szene erschienen damals beispielsweise Mitglieder der Republikaner, NPD und DVU, um die Skinheads für ihre Zwecke auszunutzen. Sie brachten Plakate, Flugzettel und Infobroschüren mit, welche sie den Skinheads in die Hand drückten, damit diese sie in der Stadt verteilten. Von seinen eigenen politischen Forderungen zu der Zeit in der Szene kann T.O lediglich die Parole „Ausländer Raus“ benennen und spricht von seinem Hass auf Türken. Interessiert hat ihn an den Skinheads die Kameradschaft und die Erlebnisse. Auf großen Feiern, welche unter anderem in der „Dorfeiche“ abgehalten wurden, kam teilweise eine Zahl von bis zu 300 Rechtsextremisten zusammen, von denen etwa 150 aus Hamm und Umgebung stammten. Dies waren dann nicht nur der politisch überzeugte Kern, sondern ebenso Mitläufer, Bekannte und Sympathisanten. Der ehemalige Rechtsextremist berichtet, er sei einmal zu einem Konzert in Werries gekommen, als Bandmitglieder von „Störkraft“ anwesend waren. Auch fuhr er gemeinsam mit Kameraden zu Aufmärschen oder Konzerten. T.O. stieg vor langer Zeit aus der rechtsextremen Szene aus, denn ihm wurde die Beziehung zu seiner Freundin und späteren Frau immer wichtiger und er begann eine Ausbildung und zog in einen westlichen Hammer Stadtteil, sprach aber davon, sich nicht abrupt sondern langsam von der rechtsextremen Szene getrennt zu haben:

Er berichtet dabei von großen Schwierigkeiten, seinen schlechten Ruf losgeworden zu sein und einer harten Zeit durch Drohungen und Verfolgungen der rechtsextremen Szene, doch rückblickend auf diese Zeit stellt er fest, dass er nichts vermisst hätte als er rausgegangen ist.

Die Skinheads vom Schützenplatz leben heute zum großen Teil noch in Hamm, als Facharbeiter, als Arbeitslose, mit und ohne Familie. Einige von ihnen sind ausgestiegen, engagieren sich in Schützenvereinen oder gemeinnützigen Organisationen. Andere sind zwar nicht mehr regelmäßig aktiv, nehmen aber unregelmäßig an Veranstaltungen der rechtsextremen Szene teil, besuchen Konzerte und gehören zur Musikszene in Hamm.

Beispiel 3: Nichts ist für die Ewigkeit- Die Radikalisierung und Deradikalisierung von E.R.

E. R. ist heute 27 Jahre alt und lebt seit seiner Geburt in Hamm. Zunächst wuchs er mit seinen Eltern im Hammer Süden auf und ging dort zur Grundschule. Als er 10 Jahre alt war, verstarb plötzlich sein Vater. Dieser Verlust war einschneidend für ihn und bis heute kann er sich noch an die gemeinsame Zeit mit seiner Familie erinnern. Seine Schwester ist älter als er und verließ das Elternhaus schon sehr früh, den Kontakt zu ihr schildert er als oberflächlich. Nach dem Tod des Vaters verliebte die Mutter sich erneut und hielt sich zu diesem Zeitpunkt

viel bei ihrem neuen Freund auf. E.R. war oft allein zu Hause und fühlte sich zurückgesetzt von seiner Mutter. Zu diesem Zeitpunkt besuchte er noch die Realschule Mark, fiel jedoch schon im Unterricht durch Störungen und Abwesenheit auf. Nur der Fußball machte ihm Spaß. Er war Mitglied bei der Hammer Spielvereinigung 03/04 (SpVg) und fand dort viele Freunde. Über einen türkischen Mannschaftskollegen lernt er den späteren Rechtsextremisten L. B. kennen, der im Stadtteil Hamm Rhynern die Hauptschule besuchte. Als die Familie von L.B. in den Hammer Süden zog, wurden die beiden Jungen nicht nur Nachbarn, sondern auch beste Freunde. Zu diesem Zeitpunkt war E. R. 12 Jahre alt. Was die beiden Jungen verband, war die Leidenschaft für die Band „Böhse Onkelz“. Über Politik haben die beiden sich zu dem Zeitpunkt noch keine Gedanken gemacht. Lediglich hatte L. B. schon immer eine Abneigung gegen Dunkelhäutige, bei deren Ausleben E. R. dann, ohne darüber nachzudenken, mitzog: „Ja ich weiß, das ist doof wie sonst was, aber irgendwie redet man das dann nach oder man macht sich darüber lustig, auch wenn man dann darüber anders denkt so, aber in dem Moment ist das halt irgendwie witzig“. Zeitgleich lernte sein damaliger bester Freund L. B. Rechtsextremisten vom Schützenplatz in Werries kennen, zu welchen er E. R. mitnahm. Die Skinheadclique in Werries bestand damals aus circa 20 Leuten, von denen der Großteil älter war als E. R. und sein Freund. Diese stellten mit zwei anderen Jugendlichen die jüngsten Mitglieder dort dar. Die Gruppe traf sich regelmäßig in Werries, um gemeinsam zu trinken und Musik zu hören. Die dort gehörte Musik bestand aus den „Kultbands zu dieser Zeit: Landser, Störkraft und Stahlgewitter“. Seine politische Meinung erhielt E. R. über die in der Musik verarbeiteten Texte. Er ging mit einer kritischen Tendenz zu den Rechten und seine Meinung hat er erst dort richtig bekommen. So beschreibt E.R. die dort kennengelernten Leute als „cool“, weil sie nicht „Mainstream“ waren. Er wollte zu dieser Randgruppe gehören, wofür er sich dort beweisen musste im Saufen, im Grölen und der Gewalt.

Aufgrund einer Ansammlung „pubertären Scheiße Bauens, ohne politischen Hintergrund“ musste E. R. die bis dato besuchte Realschule Mark verlassen und besuchte ab diesem Zeitpunkt die Realschule im Stadtteil Bockum - Hövel. An dieser lernte er Rechtsextremisten aus dem Stadtbezirk kennen. Da E. R. sich zu keiner der Gruppierungen richtig zugehörig fühlte, gründete er im Alter von 15 Jahren eine eigene Kameradschaft mit vier anderen Jugendlichen. Die Aktivitäten dieser Gemeinschaft bestanden größtenteils aus Vandalismus im „Lutherviertel“ in der Hammer Innenstadt und gemeinsamen Demonstrationsbesuchen. Jedoch bestand die Kameradschaft nur ein Jahr lang, danach verbrachte er die meiste Zeit mit den Mitgliedern der Kameradschaft Hamm und besuchte auch Kameradschaftsabende. Diese bestanden jedoch nur aus gemeinsamem Trinken in einer Kneipe gegenüber des Schützenplatzes. Die Mitglieder, die er dort kennenlernte, sind bis heute in der Partei „Die Rechte“ aktiv, wenn auch einige neue Gesichter dazu kamen. Mit der Zeit der Kameradschaft Hamm und dem Umzug eines Hammer Rechtsextremisten nach Dortmund, begann die Zeit der Autonomen Nationalisten im Jahr 2005. Damit änderten sich die Themen der Rechtsextremisten. Waren es vorher eher Rassismus und Ausländerhass, die die Gruppe

vereinten, kamen nun Themen wie Antikapitalismus und Antisemitismus hinzu. E. R. berichtet, immer gern diskutiert zu haben und dass er Menschen durch seine Argumentation zum Schweigen bringen konnte, was ihm gefiel.

Durch die fehlende Gegenwehr oder Argumentationskraft seiner Diskussionspartner erhielt E. R. das Gefühl, im Recht zu sein und somit das Richtige zu tun. Ebenso erfuhr er dadurch eine eigene Aufwertung, da er sich mit Dingen beschäftigte, von denen in seiner Wahrnehmung der „normale Bürger“ keine Ahnung hatte. Jedoch berichtet E. R. auch, in seiner rechtsextrem aktiven Zeit vielen Gefahren und unangenehmen Situationen ausgesetzt gewesen zu sein. Demonstrationsbesuche beispielsweise nahm er immer als unangenehme Pflicht wahr, da eine hohe soziale Kontrolle unter den Kameradschaftsmitgliedern herrschte. Wurde jemand zu lange nicht auf Demonstrationen gesehen, bestand die Gefahr, dass dieser nicht (mehr) für das gemeinsame Ziel kämpft oder zu einem Verräter geworden sei. Die Demonstrationen waren deshalb unangenehm für E. R., da er zum einen öffentlich zu seiner Meinung stehen musste und außenstehende Bürger ihm mit Ablehnung begegneten, zum anderen da er von einer Gefahr durch die linken Gegendemonstranten ausging.

Im Jahr 2004 ereignete sich in Hamm ein ebensolcher Vorfall, bei dem es zu einer Gewalttat durch politische Feinde kam. Der Abend endete für zwei Mitglieder der Kameradschaft Hamm im Krankenhaus, mit einem gebrochenen Arm und schweren Kopfverletzungen. Bis zu diesem Zeitpunkt habe E. R. eine Antifa in Hamm nicht bewusst wahrgenommen, oder zumindest nicht als gewaltbereiten Gegenpol. Zuvor gab es lediglich kleinere Reibereien mit Punks, die sich vor dem Mc Donalds in der Innenstadt in Hamm aufhielten, welche aus gegenseitigen Beleidigungen, ohne körperliche Auseinandersetzung, bestanden. Der eben beschriebene Vorfall erhöhte das Gewaltpotenzial der Rechtsextremisten jedoch drastisch, so dass sie eine Zeitlang gezielt öffentliche Veranstaltungen aufsuchten, um Jugendliche, welche sie der Antifa zuordneten, gewalttätig einzuschüchtern und anzugreifen. Außerhalb der rechtsextremen Szene wurde E.R. lediglich mit Ablehnung für seine politischen Aktivitäten begegnet. Zu Hause verharmloste er seine Gesinnung, indem er sie als Patriotismus abtat. Aufgrund der häufigen Abwesenheit seiner Mutter wurde er aber sowieso nicht oft mit anderen Meinungen konfrontiert.

Im Alter von 19 Jahren musste E. R. sich vor Gericht für eine begangene Gewalttat verantworten. Er hatte auf einem Schützenfest einen Gleichaltrigen verprügelt, da dieser offensichtlich Marihuana konsumierte, was E. R. ablehnte. Er bezeichnete dieses als „Negerzeug“. Aus einer Pöbelei entstand ein Wortgefecht, die Situation spitzte sich zu und E.R. schlug auf sein Opfer ein. Kurz zuvor wurde er beim Aufhängen rechtsextremer Plakate erwischt, woraufhin Beamte des Verfassungsschutzes bei ihm Zuhause auftauchten. Das Aufeinandertreffen dieser beiden Ereignisse in Verbindung mit rechtsextremen Aktivitäten zeigte ihm, dass sein Handeln Konsequenzen hatte und er nicht anonym blieb. Bei der auf die Körperverletzung folgenden Gerichtsverhandlung gegen ihn sagte E. R. deshalb aus,

nichts mehr mit der rechtsextremen Szene zu tun zu haben. Dies bekamen seine ehemaligen Mitstreiter jedoch mit und von diesem Zeitpunkt an wurde er selbst zum politischen Feind. Er galt in einigen Teilen der Szene als Verräter, wenngleich er beteuerte, dies nur gesagt zu haben, um eine mildere Strafe zu bekommen. Zu diesem Zeitpunkt hatte er sich bereits etwas von der Szene distanziert, da andere Dinge in sein Leben traten, die ihm wichtiger wurden als Politik: Eine Freundin und der Abschluss des Fachabiturs. Durch seine Freundin, seinen Schulabschluss und die darauf folgende Berufsausbildung bot sich die Chance für E.R., Anerkennung außerhalb der rechtsextremen Szene zu erhalten, wodurch diese an Wert für ihn verlor. Ebenso wurde ihm der damit verbundene Ärger mit der Polizei und Justiz zu viel, da er einsah, sich sein Leben damit verbauen zu können. Zwar hatte er sich distanziert, aber noch nicht den kompletten Schlussstrich gezogen. Es gab „zwei Lager" innerhalb der rechtsextremen Szene, wovon das eine weiterhin hinter ihm stand und das andere aufgrund seiner Aussage vor Gericht gegen ihn war. Die folgenden drei Monate nach der Verhandlung passierte nichts, bis auf das Gerede innerhalb der Szene. In einem Wald in Lohauserholz, in dem die Rechtsextremisten aus Hamm sich zu dieser Zeit des Öfteren zu gemeinsamen Trinkgelagen trafen, kam es zu einer schweren Gewalttat gegen ihn. Er selbst und mehrere Rechtsextremisten hatten sich zum Trinken getroffen, worunter auch zwei Männer waren, die ihn für einen Verräter hielten. Seine Kameraden, darunter auch sein bester Freund L.B., reagierten nicht auf den Vorfall. Lediglich ein Mädchen, was dabei war, versuchte dazwischen zu gehen, die Situation zu deeskalieren und E. R. zu helfen. Diese wurde jedoch von dem besten Freund L.B. zurückgehalten. Als Folge dieser Gewalttat seitens eines Kameraden und der damit verbundenen Enttäuschung über die Zuschauenden und seinen besten Freund, brach er gänzlich mit der Szene, so dass er bis heute keinen Kontakt dorthin hat. Er wendete sich an die Aussteigerinitiative Exit-Deutschland und gemeinsam mit der Organisation wurde sein Ausstieg begleitet. Doch es bleibt für eine Person, die in der rechtsextremen Szene organisiert war und vor Ort leben und arbeiten möchte, nicht einfach. Nach dem Ausstieg wurde er noch einige Male von seinen ehemaligen Kameraden angegriffen. Drei Jahre nach dem offiziellen Ausstieg sprach ihn ein ihm bis dato unbekannter Jugendlicher in der Innenstadt an, ob er nicht „der Verräter, der Jude" sei. E. R. verneinte dies und wollte gehen, trotzdem sprühte der Angreifer ihm Pfefferspray ins Gesicht. Als er versuchte zu fliehen, bemerkte er dabei mehrere Rechtsextremisten, welche hinter einer Ecke gewartet hatten. Heute ist bekannt, dass es sich bei dem Angreifer um einen aus Hamm stammenden Rechtsextremisten handelt, welcher mittlerweile nach Dortmund gezogen ist. Auch wechselte E. R. seinen Wohnort innerhalb Hamms. Er zog vom Hammer Süden aus in die Innenstadt, wo ihm seine Hauswand mit persönlichen Beleidigungen, Hakenkreuzen und Drohungen wie „Verräter, wir erwischen dich" besprüht wurde. Der oder die dafür Verantwortlichen wurden bis heute nicht gefunden. Bis heute kann E. R. sich innerhalb Hamms nicht angstfrei bewegen. Er meidet noch immer öffentliche Veranstaltungen, um keine Rechtsextremisten zu treffen, ebenso wie Veranstaltungen, bei

denen er Mitglieder der Antifa vermutet. Für die Rechtsextremisten ist er nach wie vor ein Verräter, für die Antifa ein Nazi.

Dieser Umstand macht ihn traurig, da er sich nirgends willkommen fühlt. Er besitzt jetzt einen beschaulichen Freundeskreis, welcher sich eher in alternativen Kneipen aufhält, in die er selbst aber nicht mitkommen kann, beziehungsweise es aus Vorsicht nicht möchte.

Eigenen Aussagen zufolge hätte ihm eine Alternative zu der Zeit geholfen. Er erfuhr zu Hause keinen Rückhalt; weder durch seine Familie, noch durch einen festen Freundeskreis. Da er sich zudem in der Loslösungsphase vom Elternhaus befand, welches er als „Selbstfindungskurs“ bezeichnet. Die rechtsextreme Szene bot sich an, da er mit ihr einen Ort gefunden hatte, wo er hingehen konnte und an dem er Anerkennung erhielt. Zwar kam diese nicht ohne Gegenleistung, sondern er musste sich durch „Mitmachen“ beweisen. Jedoch fiel ihm dies nicht schwer, da er keinen anderen Zufluchtsort hatte.

E. R. verließ die rechtsextreme Szene im Jahr 2006 und hat bis heute Probleme, welche aus der Zugehörigkeit zu dieser resultieren. Von ehemaligen Mitstreitern wird er angegriffen, sobald er diesen begegnet, bei linksalternativen Menschen fühlt er sich nicht willkommen und gilt dort nach wie vor als Rechtsextremist. Er kleidet sich im Alter von 27 Jahren noch relativ jugendlich, was seiner Meinung nach daran liegt, dass er seine Jugend mit Rechtsextremismus vergeudet hat. Für sein damaliges Reden und Handeln schämt er sich bis heute. Was er sich von der Stadt Hamm wünscht, ist, dass das Thema nicht verharmlost wird. Er prangert an, dass Gewalt gegen Aussteiger nicht als politisch motivierte Taten anerkannt wird und fühlt sich als Opfer dessen nicht ernst genommen.

Beispiel 4: Der Himmel kann warten- Die Radikalisierung von H.A.

H.A. ist heute ein erwachsener Mann, er selbst wohnt mittlerweile in Dortmund, doch bis heute lebt seine Familie in der Stadt. In Hamm ist er zur Schule gegangen und hat seine Lehre als Gas- und Wasserinstallateur erfolgreich absolviert. Er wuchs mit drei Schwestern und einem größeren Bruder im Osten der Stadt Hamm auf. Seine Eltern sind beide Lehrer, doch nach der Geburt der Kinder blieb seine Mutter zu Hause und kümmerte sich um den Haushalt. Freunde der Familie sowie die ältere Schwester beschreiben den Vater als traditionell, konservativ und streng. H.A. schaute zu ihm auf und hatte laut seiner Schwester eine enge Bindung zu seinem Vater. Die Mutter wird als sozial und umsorgend beschrieben, jedoch wollte sie laut eines Familienmitglieds alles immer beschaulich haben und scheute offene Konflikte. In seiner Kindheit war der größere Bruder für H. A. ebenfalls eine Orientierungsfigur, er nahm ihn mit zum Fußballverein VfL Mark, wo er sich erfolgreich als Torwart engagierte und beliebt im Verein und unter den Mitschülern war. Eine Lehrerin erinnert sich, dass er nicht groß auffiel und ein mittelmäßiger Schüler war. Viele Jahre spielte er zunächst im Fußballverein, bevor er sich für ein Leben in der rechtsextremen Szene entschied. Die Radikalisierung fing mit 15-16 Jahren an, zunächst erneut wieder über den

älteren Bruder, der sich zur antifaschistischen Subkultur und der Punkrockszene hingezogen fühlte. H.A. hingegen gefiel diese Szene nicht, er schlug den entgegengesetzten Weg seines Bruders ein. Die Schwester merkt dazu an, dass die Geschwister früher noch die Ärzte zusammen gehört hätten und später kamen bei ihm die Böhse Onkelz dazu.

Engen Kontakt zu rechtsextremen Bezügen bekam er über Mitschüler an der Realschule Mark. Die Schwester hat nur vage Vermutungen und kann wenig über die Radikalisierung ihres Bruders sagen. An der Realschule Mark gibt es wenig Schüler mit einem Migrationshintergrund. Eine Lehrerin schränkt ein, dass an der Schule ein hoher Anteil von Schülern einen Migrationshintergrund polnischer und russischer Herkunft haben, doch auf dem Papier alles Deutsche sind. Von 530 Schülern würden 25 eine andere Staatsangehörigkeit besitzen. Die Beschaulichkeit an dieser Schule verhindert jedoch nicht, die Radikalisierung von H.A. Während andere rechtsextreme Schüler sanktioniert wurden oder die Schule verlassen mussten, versuchte er den Spagat zwischen seinem rechtsextremen Freizeitverhalten und dem schulischen Alltag. Nachmittags ging er zu dem Treffpunkt der Skinheads in Hamm-Werries am Schützenplatz, trank, hörte Musik, besuchte Konzerte in Hamm und Umgebung und war von dem antibürgerlichen Habitus der älteren Skinheads angezogen. Jedoch reichten H.A. diese Zusammenkünfte bald nicht mehr aus, sie waren ihm zu unpolitisch und unorganisiert. Am 7. März 2003 gründeten sieben Rechtsextremisten, darunter auch H.A., auf einer Geburtstagsfeier die Kameradschaft Hamm, die bis zu ihrem Verbot im Jahr 2012 auf der Idee des Nationalen Sozialismus beruhte und sich kämpferisch gegen das politische System stellte. Obwohl H.A. nicht als Redner auftrat oder sich in den Mittelpunkt drängte, war er der junge Mann, der durch Engagement und ein ausgeprägtes Organisationstalent auffiel. So organisierte er die Demonstration am 14. Juni 2003 in Hamm Bockum-Hövel und hielt Kontakt zu den Dortmunder Rechtsextremisten, bevor er selbst im Jahr 2005 dorthin zog. Die Eltern und Geschwister bemerkten in dieser Zeit kaum Veränderungen an ihm. Seine Schwester, die vier Jahre älter ist als er, schränkt ein, dass sie mit ihren eigenen Problemen des Erwachsenwerdens konfrontiert war. Sie selbst beschreibt es im Nachhinein im Interview, dass H.A. ihr und ihren Eltern entglitten sei. Was in den vier Jahren zwischen dem Eintritt von H.A. in die Skinheadszene und später in die Kameradschaft Hamm passierte, kann sie nicht beantworten. Sie selbst zog in dem Zeitraum von zu Hause aus, sah ihren Bruder selten und hörte meist über ihre Bezüge zum linken, antifaschistischen Milieu über die Aktivitäten ihres kleinen Bruders. Auch der größere Bruder brach den Kontakt zu H.A. ab, beide Brüder bildeten ideologisch entgegengesetzte Pole und standen sich faktisch als Feinde gegenüber. Über zehn Jahre gab es kaum Kontakt zwischen den Brüdern, ein tiefer Graben zog sich durch die Familie. Eine der drei Schwestern lud in dieser Zeit H.A. zu einer Geburtstagsfeier ein, was zur Folge hatte, dass der ältere Bruder die Feier wieder verließ. Doch das Verhältnis der anderen Geschwister untereinander blieb über die Jahre konstant.

Zwischen den Eltern und H.A. bestand ein loses Verhältnis, welches sich erst wieder festigte durch die Geburt seiner Tochter. Dagegen bestand der Kontakt zur Kameradschaft in Hamm auch noch, als H.A. schon lange in Dortmund wohnte. Er war zu dieser Zeit eine zentrale Verbindungsfigur zwischen den beiden Städten, die verantwortlich war für die Organisation von Demonstrationen und Konzerten.

In Dortmund selbst radikalisierte sich H.A. weiter und traf auf zwei Personen, die bis heute langjährige Weggefährten von ihm sind. In dieser Zeit prägte er auch die Entwicklung des bewegungsförmigen Rechtsextremismus, welche sich in den frühen 2000er Jahren zu der Strömung der Autonomen Nationalisten entwickelte. Äußerlich unterschied er sich in dieser Zeit nur noch in Nuancen von dem Milieu seines älteren Bruders: Kapuzenpullis, Trainingsjacken, Piercings und Turnschuhe sowie Hardcore Musik gehörten zum Habitus von H.A. Diese Phase registrierte auch seine ältere Schwester und bis heute ärgert sie dieses Verhalten. Neben dem äußeren Erscheinungsbild gehörten aber auch das militante Auftreten sowie die Ausübung von Gewalt zum Selbstbild der Autonomen Nationalisten. Ein Aussteiger aus Hamm berichtet über den Wandel der Feindbilder in der Szene.

Trotz der vielfältigen Aktivitäten absolvierte H.A. seine Ausbildung erfolgreich und arbeitet bis heute regelmäßig. Dies unterscheidet ihn auch von vielen Kameraden, deren Lebenslauf durch diverse Brüche in der Kindheit und dem Arbeitsleben gekennzeichnet ist. Im Jahr 2006 wurde H.A. Vater und obwohl seine Beziehung zu der Kindesmutter zerbrach, kümmert er sich bis heute um seine Tochter. Seit diesem Zeitpunkt sucht H.A. auch wieder Kontakt zu seiner Familie in Hamm und es gibt eine vorsichtige gegenseitige Annäherung. Auch der ältere Bruder hat mittlerweile Kinder und sich aus der antifaschistischen, linksextremen Szene zurückgezogen.

Durch die fast gleichaltrigen Kinder, kommt es auch wieder zu einer Annäherung des Bruderpaars. Laut der Schwester wird nur die Politik ausgeklammert, bei den gemeinsamen Familientreffen.

Detaillierte Kenntnisse über sein Engagement in der rechtsextremen Szene hat die Familie bis heute nicht. Weder weiß seine Schwester, ob gegen ihren Bruder bisher Gerichtsprozesse stattgefunden haben oder gegen ihn Vorstrafen verhängt wurden. Die Frage nach den Ursachen, was ihren kleineren Bruder von ihr selbst und den anderen Geschwistern unterscheidet, kann sie sich bis heute nicht beantworten. H.A. hat für sie zwei Seiten und passt nicht in das Bild des medial dargestellten Neonazis, der im Beziehungs- und Arbeitsleben versagte und sich ausschließlich über Aktivitäten in der rechtsextremen Szene definiert. Sie erläutert, dass er diverse Hobbies habe, gerne verreisen würde und ein leidenschaftlicher Angler ist.

Auch die Tatsache, dass ihr jüngerer Bruder als einziger nicht auf ein Gymnasium gegangen ist, begründet für sie seine Radikalisierung nicht. Einzig kann sie sich erinnern, dass er schon als Kind sehr wütend war, auch Sachen kaputt gemacht hat.

Mittlerweile kommt die Tochter von H.A. in ein Alter, in dem sie von den radikalen Aktivitäten ihres Vaters auch über die Medien erfährt und sich, wenn auch in einem kindlichen Duktus, damit auseinandersetzt und wünscht, dass der Papa nicht immer so einen Mist macht.

Die Schwester von H.A. versucht trotz Ablehnung des radikalen und menschenverachtenden Weltbildes von ihm zumindest unbefangen, den Kontakt zu seiner Tochter zu halten und diese auch zu migrantischen Freunden und deren Kinder mitzunehmen. Für ihren Bruder hingegen hat sie nur einen Wunsch: Dass er aussteigt und ein normales Familienleben führen kann und nicht in das Gefängnis kommt und für sich eine stabile Beziehung und Freunde findet und der Familie nicht stets so große Sorgen bereitet.

H.A. ist bis heute führendes Mitglied der Partei „Die Rechte“ in Dortmund.

Zusammenfassung

Die rechtsextreme Szene in Hamm hat sich in den zurückliegenden 20 Jahren stufenweise, über drei Entwicklungsphasen, politisiert, organisiert und gleichzeitig einem qualitativen Wandel unterzogen, der schließlich in einer lokalen Struktur der Bewegungspartei „Die Rechte“ mündete: Dabei ist der Kern der rechtsextremen Akteure im Wesentlichen gleich geblieben, unter Berücksichtigung einer natürlichen Fluktuation aus biografischen Brüchen, Wegzügen und Ausstiegen. Von den rechtsmotivierten Jugendcliquen der 1990er Jahre, die sich vornehmlich in Sozialräumen der östlichen und südöstlichen Hammer Stadtteile gründeten, und zunächst autark, ohne maßgebliche Vernetzung mit rechtsextremen Gruppen außerhalb Hamms agierten, über die Kameradschaft Hamm (2003-2012), die sich unter den politischen Einflüssen rechtsextremer Funktionäre aus dem parteiförmigen Rechtsextremismus formte, bis hin zur Gründung des Kreisverbandes der Bewegungspartei „Die Rechte“ (2012) in Hamm, als unmittelbare Reaktion auf das Kameradschaftsverbot, in dem sich die rechtsextremen Akteure aus dem bewegungsförmigen Spektrum seither sammeln.

Der empirische Befund zeigt deutlich, dass die Innovationen und Qualitätssprünge der vornehmlich aus jungen männlichen Akteuren lokaler Herkunft zusammengesetzten rechtsextremen Szene durch äußere Faktoren erfolgte: Entweder durch Einflussnahme anderer rechtsextremer Akteure mit einem Interesse an einer organisierten rechtsextremen Szene in Hamm, zunächst durch Funktionäre der NPD, später vor allem dann durch rechtsextreme Akteure aus dem politisch-ideologischen Oberzentrum Dortmund, sowie durch bundesweit agierende Rechtsextremisten, die in Hamm geeignete Voraussetzungen sehen, hier eine besonders radikale, nationalsozialistisch geprägte Strömung, der

bundesweiten rechtsextremen Bewegung zu manifestieren. Zu den auf Hamm bezogenen Charakteristika des Rechtsextremismus gehört sein kleinstädtisches Mentalitätsgepräge, das sich deutlich beispielsweise von der rechtsextremen Szene in Dortmund unterscheidet, deren Akteure eine wesentlich größere Distanz zur Stadtgesellschaft trennt. Diese Distanz gibt es in Hamm nicht, hier ist die relative – private - Nähe der rechtsextremen Akteure zu dem sozialen Leben in der Stadt hervorzuheben.

5. Konflikte und Potentiale der Bürgergesellschaft

5.1 Soziale und ethnisch- kulturelle Konfliktpotentiale

Dass die Menschen in Hamm in einer Einwanderungsgesellschaft leben, ist einerseits unbestreitbar, andererseits entzünden sich genau daran eine Reihe von Konflikten, weil die politischen und sozialen Strukturen sowie das kulturelle Selbstverständnis der Menschen diese Realität noch nicht vollständig integriert und verarbeitet haben. Immer rascher vollziehen sich gewaltige Veränderungen bezüglich der Migrationsbewegungen und der sozialen Realitäten in Deutschland. Spürbar wird dies für die Menschen vor allem in den Großstädten bzw. in bestimmten Stadtbezirken der Städte. Diese Entwicklungen sind auch deutlich in der Hammer Stadtgesellschaft zu spüren. Dafür gibt es aktuell weder gesicherte, noch langfristige Planungen oder auch gemeinsam verinnerlichte Werte oder Strukturen im gesellschaftlichen Zusammenleben. Während die Ängste größer werden, entstehen neue Tatsachen, mit denen die Menschen lernen müssen zu leben.

Menschen werden überall zwangsläufig in kulturelle Gemeinschaften hineingeboren, sie entwickeln ihre Persönlichkeit nicht nur als individuelles Unterscheidungsmerkmal in der Kindheit und Jugend, sondern immer auch als Zugehörigkeit und Abgrenzung zu anderen. Meist folgt die Orientierung an einem Kollektiv, welches sich u.a. anhand von ethnisch, (sub)- kulturellen, religiösen oder auch sozioökonomischen Kriterien definiert und Grenzen zwischen dem eigenen und dem anderen zieht (Todorov 2010: 76). Meist zeigt sich, dass Zugehörigkeiten multipel sind als Frau oder Mann, als Deutscher oder Türke, als Berufstätiger oder Rentner, als Hardrockfan oder Volksmusikliebhaber oder eine Person kann gleichzeitig Christ, Rentner, homosexuell und Hammer Bürger sein. In Konfliktfällen wird häufig kulturelle Vielfältigkeit verleugnet oder verdrängt. Statt statisch gedachter kultureller Differenzen werden dabei vor allem die dynamischen Phänomene von kultureller Vermischung, kultureller Überschneidung und Vernetzung, kultureller Hybridisierung […] etc. besonders hervorgehoben(Neubert/Roth/Yildiz 2008: 17). In Anlehnung an Wieviorka (2003: 102) wird in dieser Studie von einem "integralen Multikulturalismus“ gesprochen, welcher davon ausgeht, dass kulturelle Differenzen und soziale Probleme denselben Ursprung haben. Im Mittelpunkt steht dabei die Anerkennung von Differenz mit dem gleichzeitigen Primat der Gleichheit vor dem Grundgesetz. Unabhängig davon, wie man den Begriff Multikulturalismus schließlich fasst, ist aus den empirischen Befunden der Konfliktcharakter in der täglichen

Praxis der Stadtbezirke zu erkennen und die damit verbundenen Einstellungsmuster von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

In Hamm zieht sich eine Linie durch die Stadtbezirke, die eng mit den sozialen aber auch ethnischen Aufteilungen verbunden ist. Besonders auffällig ist, dass in den Bezirken Rhynern, Uentrop besonders wenig Migranten leben, und dass der Anteil der Ausländer an der sonstigen Bevölkerung hier im (unteren) einstelligen Bereich liegt. Die Häufung von sozialen Problemlagen wie Arbeitslosigkeit und Armut mit einer höheren Migrationsdichte korreliert in den Stadtbezirken. Anders ausgedrückt: Die Zahl der Arbeitslosen in den Hammer Stadtbezirken ist besonders hoch, in denen der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund besonders groß ist (Hamm-Mitte, Herringen, Heessen, Bockum-Hövel), gleichzeitig sind in Rhynern und Uentrop beide Einflussfaktoren niedriger.

Die Einwanderer in Hamm verteilten sich in den letzten 50 Jahren in der Nähe zu ihrem Arbeitsort, zunächst waren es die Zechen und später auch mittelständische Unternehmen. Der Lebensmittelpunkt dieser Familien ist bis heute im Hammer Westen, in Heessen, Bockum-Hövel und Herringen. In den letzten Jahrzehnten besuchten Kinder der bereits zweiten und dritten Generation von Einwanderern die städtischen Kindergärten und Schulen.

Im Folgenden werden exemplarisch anhand des Stadtbezirks Herringen die Verdichtungen der schnellen Wechsel und Veränderungen sowie die damit einhergehenden Konflikte aufgezeigt, die bei Anwohnern, aber auch Außenstehenden zu monolithischen Bildern über die anderen bis hin zu Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit führen.

Der Stadtbezirk Herringen

Anfang des 19.Jahrhunderts wurde im Stadtbezirk Herringen die Zeche Heinrich Robert eröffnet und die Einwohnerzahl in dem Bezirk stieg rasant. Schon zu diesem Zeitpunkt vollzog sich in dem Gebiet ein Wandel von einer dörflichen Struktur hin zu einem städtischen Charakter. Mit dem Bergbau war der Zuzug der Arbeitsuchenden verbunden, so dass das Dorf zum Stadtteil wuchs und sich immer wieder wandelte.

Bis heute ist Herringen durch einen ständigen Wechsel geprägt, welcher gerade die Alteingesessenen, wie verschiedene Interviews eindrücklich zeigen, verunsichert.

Während die Einwanderungsgruppen aus Russland und Polen nicht mehr benannt werden und quasi von den Alteingesessenen anerkannt werden bzw. sich Allianzen und Nachbarschaftsverhältnisse gebildet haben, werden die Türken sowie die neue Einwanderungsgruppen aus Bulgarien oder Rumänien, speziell die Roma als Fremde wahrgenommen. Dieser Unmut spiegelte sich auch in Intervallen an dem Wahlverhalten der Bevölkerung ab und begünstigte z. B. Wahlerfolge der „Republikaner“, denen es gelang, örtliche Stimmungen für sich nutzbar zu machen.

Solche Wahlerfolge rechter Parteien in Herringen lassen sich leicht mit der Vermischung und Polarisierung sozialer Konflikte erklären, die einseitig auf die dort lebenden Menschen übertragen bzw. schon im Vorfeld Ängste aufgebaut werden. Auch das Aufgreifen hysterischer Momente oder das Verbreiten von Gerüchten – zuletzt zum Bau eines Flüchtlingsheimes vor Ort - ist im Stadtbezirk anzutreffen.

Soziale Konflikte

Neben solchen Konfliktmotoren fallen jedoch soziale Probleme in dem Stadtbezirk zusammen, die viele Menschen nicht nur in eine temporäre prekäre Lebenslage gebracht haben, sondern tiefe Einschnitte und dauerhafte Desintegrationserfahrungen mit sich gebracht haben. Der Bezirksvorsteher erläutert das Zusammenfallen von sozialen Konflikten und der Wahrnehmung von Migranten. Mit der Schließung des Bergwerks war der Verlust vieler Arbeits- und Ausbildungsstellen verbunden. Die sozialen Probleme stiegen merklich an und gleichzeitig änderte sich der Blick auf die Integration der Migranten vor Ort. Einige wurden sesshaft, andere waren nicht mehr als solche zu erkennen oder wurden mehrheitlich nicht mehr so angesehen. Gleichzeitig gab es jedoch auch neue Zuzüge. Deutlich zeigten sich solche sozialen Verschiebungen in Schulkassen und Kitas und damit auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung vor Ort.

Ein zentraler Aspekt, den einige Bürger aus Herringen dazu anführen, ist die Angst vor dem Verlust des Wertes am Eigentum. Befürchtet wird mit einem Zuzug von Migranten ein Wertverlust mühsam erarbeiteter und finanzierter Immobilien. An vielen Aussagen in den Interviews lässt sich der ländlich geprägte Kern der Herringer Stammbevölkerung erkennen, denen es in solchen Bezügen primär nicht um den Hass oder Rassismus geht, sondern zunächst um die Besitzstandswahrung des Eigentums. Von Rechtsradikalismus bzw. Radikalismus jeglicher Art grenzen sich viele Anwohner ab,

Tatsächlich gibt es in Herringen Quartiere und Straßenzüge, in denen viele Migranten wohnen, was sich wiederum ableiten lässt aus der Industrialisierung und den damit verbundenen Arbeitsplätzen für Einwanderer bei den Zechen. Die damals erbauten Zechenhäuser versprachen preiswerten Wohnraum und durch die Siedlungsstruktur sowie ebenfalls bei den Einwanderern die Orientierung auf bekannte Menschen und Traditionen in der zunächst fremden Stadt, entstanden weitgehend migrantisch geprägte Gegenden. Hamm unterscheidet sich damit nicht von anderen Städten mit ähnlichen Zuzugsgeschichten. Eine Abschwächung solcher Konzentration erfolgt zumeist in den Folgegenerationen.

Interessant sind diesbezüglich Beobachtungen in den Interviews, die in verschiedenen Stadtteilen je nach sozialer Zusammensetzung jeweils eigene örtliche Konflikte benennen können. Oft kreisen sie um Themen wie Müllentsorgung, Vandalismus oder Lärmbelästigungen, die vor Ort von großer Wichtigkeit sind.

Moscheebaukonflikte

Mit der ersten und zweiten Einwanderergeneration nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland kamen nach Herringen nicht nur andere Sprachen, Traditionen oder andere Speisen, sondern auch eine andere Religion, die bis heute vielen Alteingesessenen noch fremd war und bis heute ist. In besonderer Weise gilt dies für den Islam, wie Interviewausschnitte deutlich zeigen.

Exemplarisch lässt sich die Angst und Skepsis vor dem Islam anhand des Neubaus der Ulu Moschee in Herringen aufzeigen, bei dem die Moscheegegner einerseits Bedenken bezüglich der Parkplatzsituation oder auch des Mülls von den Anwohnern, bis hin zu der Frage der Höhe eines Minaretts über rassistische Verlautbarungen und rechtsextreme Schmierereien befürchten. Das Bauvorhaben selbst war nach allen Regeln des demokratischen Rechtsstaates legal. So gab es schon im Vorfeld Bedenken, obwohl der Moscheeverein bereits seit Jahren existierte.

Eine Bürgerversammlung zu diesem Konfliktthema war mit 200 Personen vergleichsweise gut besucht und auch die Besucher selbst setzten sich aus Deutschen, Türken, Anwohnern und Personen aus der rechtsextremen Szene, der Antifa sowie Vertretern demokratischer Parteien zusammen. Beobachter schildern diese Veranstaltung als emotional stark aufgeladen. Vor allem mischten sich dort grundsätzliche Ablehnungen des Vorhabens, die nicht im Einklang mit dem Grundgesetz stehen, mit berechtigten und üblichen Sorgen bezogen auf den konkreten Bebauungsplan. Am Ende wurde das Vorhaben gegen alle Widerstände umgesetzt.

Am 05. Oktober 2013 hat dann die Grundsteinlegung für die ULU Moschee in Herringen stattgefunden, an der ca. 250 Gäste teilnahmen, darunter hatten ca. 95% einen türkischen Migrationshintergrund. Auch blieben Proteste von rechtsextremen Personen oder Solidaritätsgesten von Seiten der Mehrheitsgesellschaft aus. Einzig die Vertreter der Stadt Hamm sowie des Landes NRW, Angehörige von Kirchen sowie ein Team des WDR waren anwesend. Der Oberbürgermeister betont in seiner Rede lautstark: „Wir bauen diese Moschee trotzdem, auch wem das nicht gefällt“ (Protokoll 5:2). Die Rede wird von Applaus aus dem Publikum bestärkt und die Atmosphäre wirkt ruhig und familiär, Kinder spielen im Innenhof des Hauses. Die Mehrheitsbevölkerung aus Herringen nahm jedoch keine Notiz von der Einweihungsfeier.

Migration aus Südost- Europa

In den letzten Jahren gibt es deutliche Migrationsbewegungen innerhalb der EU. Migranten aus Polen, Italien, Spanien oder Griechenland wird mittlerweile in der Politik noch medial Aufmerksamkeit geschenkt. Auch in den Interviews mit Menschen aus Hamm werden diese Personengruppen nicht genannt bzw. als EU Bürger akzeptiert. Als negativ wahrgenommene Migrationsgruppen werden neben den Menschen mit türkischem Migrationshintergrund (als

stellvertretend für alle Muslime) noch Personen aus Rumänien und Bulgarien genannt. Als fünftgrößte Bevölkerungsgruppe leben laut städtischen Angaben 1.105 Personen mit bulgarischer und 538 Menschen mit rumänischer Staatsangehörigkeit in Hamm (Stadt Hamm 2013). Die Stadt weist darauf hin, dass diese relativ geringe Personengruppe nur einen Anteil von 0,92% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Selbst die gesetzliche Lockerung der Arbeitnehmerfreizügigkeit hat nicht zu einer eklatanten Zunahme dieser Migrationsgruppen geführt. Die Einwanderungsgruppen aus Rumänien und Bulgarien lassen sich wiederum in drei Gruppen einteilen:

- Menschen, die als Facharbeiter sich für ein Leben in Deutschland entscheiden
- Personen, die zum Arbeiten nach Deutschland kommen, oft zunächst als Leiharbeiter mit einer kurzen Aufenthaltsdauer
- Armutsmigranten (oft Roma Familien), die in der Regel über keine oder nur wenig Bildungsabschlüsse verfügen und bereits in ihrem Heimatland gesellschaftlich isoliert waren

In den Interviews wird die Bereitschaft der Stadtverwaltung unterstrichen, die integrationswilligen Zuzügler zu unterstützen. Jedoch sei diese Einwanderungsgruppe aktuell am häufigsten von Diskriminierung betroffen. Aber es finden sich im empirischen Material auch Hinweise auf Vermieter und Arbeitgeber, die versuchten, diese Menschen finanziell auszunutzen.

Die zweite Einwanderungsgruppe, die als Arbeitsmigranten aus Bulgarien/Rumänien nur kurzfristig in Hamm sind, wurden in der öffentlichen Auseinandersetzung oft mit dem Unternehmen Westfleisch in Verbindung gebracht, welches Arbeiter aus Rumänien in eine Hochhaussiedlung in der Waldenburger Straße in Herringen unterbringen wollte. In den Hochhäusern selbst lebten seit Jahren Menschen aus Russland und die Siedlung war bekannt für soziale Konflikte. Auch in der Lokalzeitung wurde die Ansiedlung von rumänischen Arbeitern skandalisiert und die Angst der Bewohner thematisiert:

„Die schlimmsten Befürchtungen der Herringer Anwohner rund um die Hochhäuser der Waldenburger Straße könnten wahr werden. Offenbar ist geplant, dass bis zu 300 Arbeiter aus Rumänien in die weitgehend leerstehenden Wohnblocks einziehen“

Aus den männlichen rumänischen Arbeitern wurden in Herringen schnell die „Zigeuner“ konstruiert und die Stimmung in dem Stadtbezirk war angespannt.

Der Oberbürgermeister handelte in dieser Konfliktsituation schnell und die Stadt Hamm kaufte die Hochhäuser. Unbestritten die Tatsache, dass ca. 100 Männer in einem Wohnblock, abseits von Frau und Familie, stets Konflikte auslösen können, ist bemerkenswert wie schnell die Bevölkerung auf diesen Arbeiterzuzug reagierte.

In den Interviews finden sich zu diesem Konflikt mehrere Aspekte. Beobachtet wurden von Anwohnern u.a.

- Rassistische Beurteilungen von örtlichen Konflikten in Teilen der Anwohnerschaft
- Reale Konflikte z. B. um Müllentsorgung und Ordnung, die auch durch die Unwissenheit (z. B. Termine für Müllentsorgung) der Zugezogenen bedingt waren
- Temporärer Anstieg der Kriminalität vor Ort und damit verbundene Ängste

In der Wahrnehmung über das Bild des „Zigeuners“ fallen auch in den Interviews stets die Begriffe Diebstahl, Müll, Großfamilien und Vandalismus. Diese Einstellungsmuster gegenüber Roma und Sinti sind laut einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes weit verbreitet, so denkt beispielsweise die Hälfte der Bevölkerung, dass Sinti und Roma durch ihr eigenes Verhalten Feindseligkeit hervorrufen (.http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/aktuelles/Praesentation_PK_Sinti_Roma.html;jsessionid=00, zuletzt abgerufen 22.02.2015). Interessant bei der Mehrheit der Interviews war jedoch die Tatsache, dass pauschal alle Einwanderer aus Süd-Osteuropa als „Zigeuner“ wahrgenommen wurden und neben diesen die zweite Einwandergruppe aus der Türkei pauschal die Menschen als Muslime begriffen und abgewertet wurden.

Bezogen auf das Theoriemodell der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit lassen sich also zwei Syndrome als dominant feststellen: Der Antiziganismus sowie die Islamfeindlichkeit.

Diese Erkenntnis ist eine beschreibende und keine moralisch wertende. Einerseits die Probleme der Einwanderungsgesellschaft zu benennen und andererseits auch den Blick auf die Chancen im gesellschaftlichen Miteinander zu werfen, wäre die Ausgangsvoraussetzung für eine Bewältigung von Konflikten.

Die Rechtsextremen instrumentalisieren diese Konfliktthemen für ihre Propaganda mit dem Ziel, ein Deutschland zu schaffen, was sich wie ein Widerspruch in sich fassen lässt: Ein Land ohne Einwanderung und Vielfalt. Dieses Phantasma zerplatzt wie eine Seifenblase an der Realität, doch die Stimmungslagen und Einstellungsmuster in der Bevölkerung bezüglich einer Skepsis bis offenen Feindlichkeit gegenüber Roma und Sinti sowie Muslimen in der Stadt, sind die aktuellen sowie zukünftigen gesellschaftlichen Konfliktpotentiale in Hamm.

Zusammenfassung

Die sozialen, ethnischen und kulturellen Konflikte überlagern sich speziell in einigen Stadtbezirken in Hamm. Während ein Teil der Bevölkerung aus den südlichen Stadtbezirken die Situation in Herringen oder im Hammer Westen nur aus der Zeitung kennt und diesen Teil der Stadtteile auch nicht betritt, sind für andere Menschen die Realitäten einer

Einwanderungsgesellschaft mit ihrer Diversität und Konflikthaftigkeit spürbarer. Wichtig ist es, genau auf die Konflikte zu schauen und diese nicht zu vereinfachen. Die Erfahrungen zeigen, dass kulturelle Vielfalt nicht erlernt wird, weil man oft genug gehört hat, dass das etwas Gutes sei, sondern sie wird in konfliktiven Erfahrungsräumen nach und nach entwickelt. Im Hinblick auf ein Handlungskonzept ist dringend anzuraten, solche Räume zu schaffen, in denen offen und konfliktiv über die Vor- und Nachteile, die Bedürftigkeit und eigenen Ängste von Migranten und Nicht- Migranten gesprochen wird. Ein Thema darunter ist auch der Umgang mit türkischem Nationalismus.

5.2 Türkischer Nationalismus

Um Formen des türkischen Nationalismus zu verstehen, ist es notwendig sich den Biographien der Menschen zu widmen, einen Blick in die Geschichte der Türkei zu werfen und sich den Narrativen über die türkische Nation zu widmen. Dazu wurden zwei explizite Interviews durchgeführt.

Biographische Hintergründe nationalistischer Identifikationen

Beide Interviewten sind in Deutschland aufgewachsen. Ihre Eltern waren türkische Einwanderer der ersten Generation. Sie seien über ihre Väter an den türkischen Nationalismus in der Tradition der Republik von Mustafa Kemal Atatürks herangeführt worden. Die Väter vermittelten ihren Kindern die nationalkulturellen Traditionen (das Singen der Nationalhymne, das Aufsagen des nationalen Eides). Dies prägte früh die Identität der Jugendlichen. Einer der beiden Interviewten deutet zudem an, dass er in der Jugendzeit ein Gefühl der Ausgrenzung aus Gruppen anderer Jugendlicher gehabt habe, was ihn dann bewog, eine besondere Identifikation mit der mythischen Welt von Überlieferungen und Erzählungen des „Türkentums“ zu entwickeln.

Deutschland als Heimat und eine gleichzeitige kulturelle Identifikation mit dem türkischen Nationalismus

Beide Interviewten betrachten Deutschland als ihre Heimat. Sie fühlen sich in Deutschland wohl, sind politisch interessiert und möchten sich als Bürger der Hammer Stadtgesellschaft für Fragen des Zusammenlebens engagieren. Dabei ist ihnen wichtig, dass eine Wahrung der kulturellen Identität der Migranten möglich ist. Für beide Interviewten blieb die Türkei eine „kulturelle Heimat“, weil ihre Eltern von dort kamen, wenngleich sie ihr Leben in Deutschland führen möchten.

Die kulturelle Identifikation mit dem türkischen Nationalismus wurzelt in einem mythologischen und historisierenden Denken. So betont einer der Interviewten, das „Türkentum“ sei historisch älter als der Islam; die Türken hätten geschichtlich bereits lange vor der Annahme der islamischen Religion existiert. In jene Urzeit reicht der Mythos der „Blauen Wölfin“ zurück, der die Entstehung des „Türkentums“ begründe.

Das Narrativ der Bedrohung der türkischen Nation durch innere und äußere Feinde

Das Narrativ einer Bedrohung der türkischen Nation durch innere und äußere Feinde zeigt sich in den Interviews als durchgängiges Interpretationsmuster. Die türkische Nation müsse sich gegen ihre Feinde zu verteidigen wissen, eine Alarmbereitschaft ist allgegenwärtig. Die Feinde der türkischen Nation werden von den Interviewten unter den Signaturen der großen Ideologien des „Imperialismus", „Kommunismus" und „Islamismus" verortet und konkretisieren sich beispielsweise in der scharfen Ablehnung des „kurdischen Separatismus". Eine Anschlussstelle zu Verschwörungstheorien ist hier zweifellos gegeben, wenn von imperialistischen Gruppen gesprochen wird, deren Ziel es sei, die Türkei durch eigens erfundene Konflikte von innen heraus zu schwächen.

Anschlussstellen für antiamerikanische und ‚antizionistische' Verschwörungstheorien

In den Interviews wird – zwar argumentativ wenig elaboriert – aber doch eine antiamerikanische Tendenz deutlich, die den USA unterstellt, durch ihre Außenpolitik nicht nur gezielt, mit Israel gemeinsam, darauf hinzuwirken, dass im Nahen Osten pro-israelische Regime installiert würden, sondern die auch gezielt Konflikte und Spaltungen fördert und ausnutzt, um letztlich auch die türkische Nation zu schwächen. Letztlich beinhalten solche Argumentationsmuster eine offene Flanke hin zu einer Verschwörungstheorie in Bezug auf die USA, denen der Vorwurf gemacht wird, „Kapitalismus" und „Islamismus" als Instrumente zur Schwächung der Nationalstaaten zu benutzen.

Abgrenzung vom Antisemitismus bei gleichzeitiger, problematischer Gleichsetzung des Islamismus mit dem israelischen Nationalismus

Einer der beiden Interviewten grenzt sich sehr deutlich vom Antisemitismus ab, wie er ihn beispielsweise im Umfeld der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) feststellt. Von der Ablehnung des Antisemitismus, der Judenfeindschaft im engeren Sinne, wird dann jedoch sehr schnell die Brücke zu den politischen Konflikten geschlagen, indem z. B. auf radikale Bestrebungen im Zionismus hingewiesen wird, die als genauso gefährlich wie der Islamismus bezeichnet werden. Darin schwingt die Befürchtung mit, dass ein Staat mit einer Staatsreligion die nationalen Identitäten auflösen wird, weil jene bedeutungslos für ihn sind. Dies gilt aus Sicht des Interviewten für den Islamismus als transnationale religiöse Bewegung in ähnlichem Maße wie für den Zionismus, den er ebenfalls ablehnt.

Die Sicht auf den Islam – der Islam als „türkische Leitkultur"

Hinsichtlich ihrer Sicht auf den Islam nehmen die Interviewten eine Unterscheidung zwischen der staatspolitischen Ebene und der Ebene der Alltagspraxis vor: Man dürfe Religion und Politik oder Ideologie nicht miteinander vermischen. Sehr kritisch stehen die Interviewten der AKP (Regierungspartei unter Erdogan) gegenüber, die eine „Islamisierung"

der Türkei anstrebe, was zu einer Schwächung der türkischen Nation führen könne, da Islamisten sich vor allem der Religion und nicht dem Staat verpflichtet fühlten.

Ein Interviewter, der selbst Muslim ist, zeigt sich dennoch sehr offen gegenüber einer stärkeren Religiosität im Alltagsleben. Im Interview wird deutlich, dass der Interviewte den Islam als „Leitkultur" in der Türkei betrachtet, er setzt dies mit der „christlichen Leitkultur, der Leitkultur des Abendlandes" gleich, die er von christlichen Volksparteien in Europa vertreten wissen möchte. Er nimmt dabei aber eine deutliche Unterscheidung zwischen Staatsreligion und „Leitkultur" vor.

An mehreren Stellen verwehrt sich der Interviewte dagegen, dass jemandem eine Religion aufgezwungen werden darf, die er nicht möchte. Er möchte weder anderen Menschen den Islam aufzwingen noch selbst das Christentum aufgezwungen bekommen.

Als Familienvater sehe er bei sich die Aufgabe, den Kindern die islamische Leitkultur zu „vermitteln". Sofern eine nicht-muslimische Ehepartnerin diese Erziehung mittragen würde, könne sie ihre Religion behalten und praktizieren. Ein Konflikt würde entstehen, sofern die Ehepartnerin die Kinder christlich oder jüdisch erziehen wolle. Eine Ehepartnerschaft würde der Interviewte dann für sich ausschließen.

Hinsichtlich seines Werterepertoires bezeichnet der Interviewte sich als „konservativ", „traditionell", moderne Familienformen und homosexuelle Partnerschaften lehnt er ab und begründet dies u.a. damit, dass es der islamischen Leitkultur widerspreche. Ähnlich äußert sich auch der zweite Interviewte.

Türkische Nationalisten in der Hammer Stadtgesellschaft

Die Interviewten sehen Deutschland als ihre persönliche Heimat an. In ihrer Identifikation mit dem deutschen Nationalstaat gibt es ein paar Analogien zu ihren kulturellen Identifikationen mit dem „Türkentum": So verteidigen sie die Position, dass auch Deutschland von keinen inneren oder äußeren Kräften separatistisch in Frage gestellt werden dürfe. Auch nach außen hin, gelte es die nationale Souveränität zu behaupten beispielsweise gegenüber einer zu weit gehenden Europäisierung.

Die Interviewten betonen das „Konservative", das „Traditionelle" in ihren Wertvorstellungen. Dabei sieht ein Interviewter christliche und islamische Grundwerte in einer gewissen Übereinstimmung. Auch wenn Deutschland beiden Interviewten als Heimat gilt, so haben sie doch viel Kritik an der mangelnden Anerkennung und Würdigung des gesellschaftlichen Beitrags der Migranten. Trotz angenommener Staatsbürgerschaft würden sie weiterhin als „Türken" gesehen werden und als rückständige oder primitive Subkultur bezeichnet. Es gebe zwar keine physischen Angriffe, trotzdem gebe es deutliche Diskriminierungen. Beide Interviewten sehen sich als Vertreter der türkischstämmigen

Deutschen in einer Verantwortung für die Gruppe der türkischen Migranten, für die es wichtig sei, ein „Vorbild“ zu haben:

Die Interviewten positionieren sich für eine soziale Integration, jedoch nicht für eine kulturelle Assimilation. Sie bezeichnen sich als Deutsche, wohnen gerne in Hamm und möchten Teile ihrer eigenen kulturellen Identität trotzdem nicht aufgeben. Ein Interviewter betont einen guten Zugang zu den verschiedenen südosteuropäischen Einwanderergruppen. Es sei wichtig, sich in Projekten gegen Antiziganismus zu engagieren. Gleichzeitig ist er von der Hammer Stadtgesellschaft aufgrund der starken Diskriminierung der Migranten enttäuscht. Es gebe eine große Reserviertheit, ein Ressentiment gegenüber den Südosteuropäern.

Enttäuscht sind die Interviewten auch von der Hammer CDU, die sich von Mitgliedern, die als türkische Nationalisten bekannt sind, distanziert hat, denn diese Mitglieder hätten ihre Position niemals verheimlicht, sondern sich immer offen dazu bekannt. Erst mit dem Druck von der Landesebene habe sich die Position der örtlichen CDU gewandelt.

Dezidierte Abgrenzung von deutschen Neonazis sowie vom Extremismus

Es wird von beiden Interviewten vehement Einspruch erhoben, wenn türkische Nationalisten als Rechtsextremisten bezeichnet werden. Sie fühlen sich diesbezüglich oftmals unverstanden: Der durchschnittliche Europäer verstehe den „türkischen Nationalismus“ nicht, man könne eine Kultur nur aus der Innenperspektive verstehen. Der türkische Nationalismus sei historisch nicht mit dem expansiven und geschichtsrevisionistischen Nationalismus in Deutschland zu vergleichen. Ein zentraler Aspekt des deutschen Rechtsextremismus sei seine Staatsfeindlichkeit. In der Türkei sei aber die MHP gerade eine verfassungstreue Partei. Schon vor diesem Hintergrund sei eine Gleichsetzung ungerecht. In ihren Vorstellungen stehe die Türkei auch nicht über anderen Nationen und Rassismus sei ebenfalls abzulehnen und mit ihren Ideen nicht kompatibel.

Von dem deutschen Rechtsextremismus und den Neonazis grenzt sich der erste Interviewte ab ebenso wie von linken Gruppierungen, gesteht aber zu, dass es „Schnittstellen“ geben könnte, speziell eine antikapitalistische und globalisierungskritische Haltung, die er als türkischer Nationalist vertritt und die auch viele Linke und Rechte vertreten.

Kritik an Hass und Gewalt

Einer der Interviewten hat selbst Angriffe erlebt und beklagt sich über den Hass und die Aggressivität von linker wie von rechtsradikaler Seite. Besonders hebt er die Angriffe von PKK-Anhängern auf türkisch-nationalistische Jugendliche als Problem hervor, letztere seien Opfer der Gewalt, die sich aber auch verteidigen müssten. Er selbst sei vor drei Jahren in Dortmund von PKK Anhängern angegriffen worden. Passanten hätten ihm damals geholfen.

Insgesamt sieht der Interviewte die türkisch-nationalistischen Jugendlichen bzw. die „Ülkücü“-Bewegung eher in einer Opferrolle. Viele Mitglieder hätten Angst. Auch in Hamm sei ein Versammlungsort, an dem sich auch türkische Nationalisten treffen, bereits mehrere Male von PKK-Anhängern mit Molotowcocktails angegriffen worden.

Sich selbst beschreibt der Interviewte als einen friedliebenden Menschen, der bereit sei, mit allen Seiten zu sprechen. Der Hass, den er sowohl von linker wie auch von rechtsradikaler Seite wahrnimmt, belastet ihn. Verständigung und Kommunikation wären ihm lieber.

Abschließende Bemerkungen

In der Analyse der Interviews wurde deutlich, dass – wie bei vielen anderen Deutschen mit Migrationshintergrund bzw. Migranten – in die Identität auch kulturelle Identifikationen Eingang finden, die familiär vorgeprägt sind und sich auf das Herkunftsland beziehen. Die Besonderheit dieser Identifikationen bei den beiden analysierten Interviews ist, dass in ihnen der türkische Nationalismus eine große Rolle spielt. Den Interviewten geht es aber nicht anders als anderen Bürgern der Einwanderungsgesellschaft auch: Es ist die Frage, wie eine „hybride“ Identität entwickelt und aufrechterhalten werden kann, eine Identität, die Raum für Vielfalt und Weltoffenheit und unterschiedliche Zugehörigkeitskonstellationen lässt. Dies ist sowohl von inneren, psychischen wie auch von äußeren, gesellschaftlich ermöglichenden Bedingungen in einem hohen Maße abhängig. In den Interviews wird deutlich, wie schwer dieses ist und wie nahe eine Orientierung an monolithischen Identitätsmustern liegen kann, insbesondere wenn diese – wie beim türkischen Nationalismus – mit Werten, wie „Zusammenhalt“, „Stärke“, „Treue“ und „Geschichtsbewusstsein“ verbunden sind. Die Interviews zeigen, dass die Interviewten mit ihren Identifikationsmustern auf eine Weise umzugehen versuchen, dass sie selbst Orientierung und Handlungsfähigkeit verspüren sowie in der Community türkischsprachiger Einwanderer anerkannt, aber auch in der Hammer Stadtgesellschaft wahrgenommen werden. Es ist für die Interviewten eine Herausforderung, die unterschiedlichen Identifikationen, zu denen ja auch eine starke Verbundenheit mit der Heimat in Hamm sowie eine Offenheit gegenüber den Grundwerten der Einwanderungsgesellschaft Deutschland gehören (z.B. parlamentarische Demokratie, Gewaltfreiheit, Bereitschaft zum Diskurs) mit ihren nationalistisch und konservativ islamisch geprägten Identifizierungen in Einklang zu bringen. Es gibt vielfältige Punkte, wo die Interviewten auf Konflikte stoßen: Von Seiten der politischen Linken gelten sie als rechts und werden abgelehnt, von Seiten der „kurdischen Separatisten“ gelten sie als rechtsextrem und werden als feindlich betrachtet; von Seiten der Islamisten gelten sie als ‚Ungläubige‘. Zudem ist die Widersprüchlichkeit der eigenen Identifikationsmuster bei den Interviewten stärker ausgeprägt, als dies an dieser Stelle diskutiert werden kann. Darin liegt auch eine Chance, zur Öffnung abseits von hermetischen Verschlusseffekten. Trotz alldem ist in den Interviews sehr deutlich geworden, wie sehr einige Aussagen der Interviewten für Verschwörungstheorien anschlussfähig sind, und zwar in einem amerikafeindlichen,

antiisraelischen Sinne und dass es sehr diskriminierende Einstellungen bei ihnen gibt (z.B. gegenüber Homosexualität, gleichgeschlechtlichen Lebensweisen). Dies ist aber kein ‚Alleinstellungsmerkmal' der Interviewten. Hier wäre sicherlich eine aktive Auseinandersetzung über die Gefährlichkeit von Verschwörungstheorien und Diskriminierung in der Hammer Stadtgesellschaft notwendig, die realitätsbezogene Einschätzungen einerseits und die Freiheit und Würde jedes Bürgers/jeder Bürgerin in den Vordergrund stellt. Die Studie will ihren Beitrag dazu leisten.

5.3 Islamismus und Salafismus

Im Jahr 2013/2014 war der mediale und politische Fokus auf den Islamismus, den Salafismus und militanten Jihadismus gerichtet, wenn über Radikalisierung und Gewalt diskutiert wurde. Augenblicklich rückten die militanten Gotteskrieger von den fernen Konfliktherden in die deutschen Wohnzimmer und es wurde deutlich, dass die Kämpfer auch aus der unmittelbaren Nachbarschaft kommen. Speziell aus dem Bundesland NRW, mit seinem vergleichsweise hohen Anteil von Muslimen, reisten auch einige wenige radikale salafistische und jihadistische Männer und Frauen nach Syrien und in den Irak. Angesichts der realen Gefahr, die islamistischer Terrorismus auch in Deutschland und speziell in Nordrhein-Westfalen darstellt, ist es notwendig, sich mit diesen Phänomenen zu beschäftigen. Islamismus ist eine autoritäre, antidemokratische Ideologie, die sich nach der Definition Heitmeyers durch Ungleichwertigkeitsvorstellungen und eine Gewalt-(akzeptanz) definiert. Statt dem Volk und Führer steht im Islamismus der Gottesstaat und Allah als Orientierungsfiguren. Zentraler Bestandteil des Islamismus ist der allumfassende Geltungsanspruch des islamischen Rechts, welcher die Sphären des Staates, des Rechts und der Gesellschaft umfasst.

Dieser Rahmen ist insbesondere für zahlreiche junge Menschen attraktiv. Doch dieses Weltbild wird nicht nur problematisch, wenn einige wenige Aktivisten zu Anhängern des Terrorismus werden, sondern die Radikalisierung beginnt bereits früher und ist eine Herausforderung für die demokratische Gesellschaft. Die Differenzierung zwischen Islam und Islamismus ist bei der Betrachtung notwendig, nur dann ist es möglich zu reflektieren, wann ein Bezug zur Religion in einem islamistischen Weltbild mündet oder die Kritik am Islam in eine islamfeindliche Einstellung umschlägt. Der Salafismus bezieht sich auf eine ursprüngliche und reine Islamlehre („al-saaf al salih"), wie sie vom Propheten Muhammed und seinen Gefährten praktiziert worden ist. Anhänger der Salafisten leben allein nach der Bestimmung des Koran und der Prophetentradition.

Die von Salafisten verbreitete Ideologie bildet die Grundlage für eine islamistische Radikalisierung und laut Verfassungsschutz sind fast alle in Deutschland identifizierten Netzwerkstrukturen und Einzelpersonen salafistisch geprägt (Bundesamt für Verfassungsschutz 2013). Die Einschätzungen über die Größe der radikalen salafistischen Bewegung ist für Wissenschaft und Polizei schwer zu quantifizieren, da es sich weniger um

greifbare Gruppen handelt, als vielmehr um lose Gruppenzusammenhänge. Doch die Szene der Salafisten wächst seit dem Jahr 2014. Das mag sicherlich an dem Krieg in Syrien und Irak liegen und die im Netz verbreiteten Videobotschaften, doch deutet Layma Kaddor weiterhin an, dass der Salafismus auch eine politische Jugendprotestbewegung sei (http://www.rhein-zeitung.de/nachrichten/rz-thema_artikel,-Jung-orientierungslos-Salafist-_arid,1233790.html#.VN4ZCy51ckI, Stand 26.01.2015). Das Einstiegsalter in das salafistische Millieu beläuft sich auf die Altersphase zwischen 15 und 20 Jahren, wohingegen die gewalttätige Radikalisierung zwischen dem 20-30 Lebensjahr stattfindet (vgl. Dantsche 2011, Sagemann 2004). Der Einfluss von Moscheegemeinden auf den Radikalisierungsprozess ist eher gering, dagegen spielt vielmehr das soziale Umfeld eine große Rolle. Nach einer Untersuchung von Sagemann (2004) ist die Moschee für islamistische Jugendliche ein Ort der Gemeinschaft, in dem sie essen und trinken, jedoch nicht ihr religiöses Sinnangebot finden. Diese Sinnsuche findet vielmehr im Internet und im engen Freundeskreis statt. Interessant ist, dass Jugendliche, die sich salafistischen Ideen verpflichtet fühlen, oft die deutsche Staatsbürgerschaft haben und Konvertiten sind (vgl. Dantschke 2013).

In Hamm existiert laut Polizei und Experten keine organisierte salafistische Szene, vielmehr sind es Einzelpersonen, die wegen ihrer Kleidung auffallen. Diese werden bei dem Gebet in den Moscheegemeinden geduldet, sofern sie nicht in irgendeiner Form, speziell bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, vor und nach dem Gebet versuchen zu missionieren. Ein Interviewpartner kann sich jedoch daran erinnern, dass im Jahr 2010-2011 Moscheen in Herringen und dem Hammer Westen von Salafisten aufgesucht worden sind und versucht wurde, Aktivitäten in den Moscheengemeinden zu initiieren. Auch fand im Jahr 2014 eine öffentliche Koranverteilung statt. Die Mehrzahl der in Hamm aktiven Salafisten sind Konvertiten. Auch Pierre Vogel hat Verbindungen zu den Salafisten aus Hamm, er selbst meldete über ein Reisebüro in Hamm sein Auto an (http://www.wa.de/lokales/hamm/stadt-hamm/spur-ultra-islamisten-fuehrt-nach-hamm-1611000.html, Stand 10.10.2014). Ähnlich wie bei den Rechtsextremisten ist Hamm jedoch nicht das Zentrum für Aktivitäten, diese verlagern sich auf die benachbarten Städte Dortmund, aber auch Köln, Mönchengladbach und Wuppertal. Es bestehen weiterhin Kontakte von Salafisten aus Hamm in das Münsterland. Die Radikalisierung von einem 18 jährigen muslimischen Jugendlichen aus der Nachbarstadt Ahlen begann in der Stadt Ibbenbüren. Knapp ein Jahr später reiste dieser Jugendliche mit dem Entschluss aus Deutschland aus, sich der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) anzuschließen. Die Eltern des Jugendlichen waren entsetzt, der Vater reiste seinem Sohn in die Türkei nach. Doch was treibt diese junge Männer aus Deutschland dazu, sich fern der Heimat einer Terrororganisation anzuschließen und schwere Verbrechen gegen die Menschheit zu begehen?

Zielgruppen der salafistischen Agitationsveranstaltungen sind muslimische Jugendliche, die selbst in ihrer Kindheit und Jugend Missachtungs- und Demütigungserfahrungen erleben mussten. Ein Interviewpartner berichtete davon, dass er auf dem Gymnasium wegen seiner

damals noch vergleichsweise moderaten gläubigen Haltung ausgegrenzt und körperlich attackiert wurde. Seine Sinnfindung hat dieser Interviewpartner zwar nicht im Salafismus gefunden, jedoch in einem streng konservativ ausgelebten Islam. Dieser würde ihm Orientierung und Halt geben, in der von ihm als feindlich wahrgenommenen deutschen Gesellschaft.
Sozialräumlich betrachtet werden von den Interviewpartnern radikale muslimische Jugendliche und jungen Erwachsene in den Stadtbezirken Hamm-Mitte, Hamm-Herringen und Hamm-Heessen verortet, also dort wo die meisten Migranten muslimischen Glaubens leben und die sozialen Problemlagen am ausgeprägtesten sind.
Im Amtsgericht der Stadt Hamm sieht man die Deutungskämpfe zwischen Jugendlichen um Anerkennung ihrer Identität anhand von Äußerungen durch Markierungen (Tags) in den Holzbänken: Scheiss Deutschland, Allah ist überall, fuck muslim- love christ. Diese Deutungskämpfe ziehen sich bis auf die Schulhöfe in Hamm durch. So berichtet ein interviewter Lehrer, dass es Probleme in den neunziger Jahren an der Schule mit einigen rechtsextremen Schülern gab und heute er vielmehr Probleme mit einigen muslimischen Jugendlichen habe, die mittlerweile auch die physische und verbale Dominanz auf dem Schulhof haben würden. Ihr Wissen über den Islam sei fragmentarisch, vielmehr würden sie sich einzelne Begriffe wie den der Ehre heraussuchen und mit dieser Vorstellung Dominanz über andere Jugendliche ausüben.

5.4 Bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus

Im Folgenden werden diejenigen Akteure und ihre Netzwerke analysiert, die sich in Hamm aus zivilgesellschaftlicher Perspektive primär und aktiv gegen Radikalismus stellen. Interessant ist dabei, dass in allen Bündnissen der Rechtsextremismus im Mittelpunkt des zivilgesellschaftlichen Engagements steht. In der Auswertung wird im Wesentlichen die Zusammenarbeit skizziert, Konflikte werden aufgezeigt, und der Wirkungsgrad bezogen auf ihre selbstdefinierte Aufgabe, dem Rechtsextremismus in Hamm entgegen zu wirken, wird beschrieben. Zu erwähnen ist allerdings auch, dass zusätzlich zu diesen Akteuren, die sich qua Bekenntnis über die aktive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus definieren, auch noch anderen Akteuren eine diesbezügliche Relevanz zukommt, die in der alltäglichen Erfüllung ihrer ursächlichen Arbeitsbereiche mit radikalisierten Akteuren, unabhängig davon ob sie rechts, links oder islamistisch sind, konfrontiert werden, ohne dass politische Akteure ihnen eine entsprechende Aufgabe zuteilen würden. Dazu gehören unter anderem Wirte und das Kneipenpersonal verschiedener Gaststätten in Hamm, in denen sich regelmäßig vor allem junge Menschen versammeln, aber vereinzelt auch solche mit einer rechtsextremen Orientierung, ohne dass dies Orte wären, die man als für die rechtsextreme Szene typische Treffpunkte einordnen könnte.

Außerdem sind Sport- und vor allem Schützenvereine zu nennen, denen in Hamm auf Grund ihrer regionalen westfälischen Tradition eine wesentliche gesellschaftliche Bedeutung zuteil

wird. Sie setzen sich, wenn auch nicht als Aufgabe gesondert hervorgehoben, ebenfalls mit Rechtsextremismus auseinander, wenn auch mittelbar, weil sich in ihnen große Teile der Stadtgesellschaft versammeln, insbesondere der deutschstämmigen Mehrheitsgesellschaft (Schützenvereine), die für die meisten rechtsextremen Akteure in Hamm die lokale Herkunftskultur ist. So zeigt die Empirie deutlich, dass sich einige rechtsextreme Akteure in einzelnen Hammer Vereinen bewegten. Einzelne sind „geoutet" worden und mussten den Verein wieder verlassen, ein anderes Beispiel zeigt aber auch, dass einige von ihnen in diesem Umfeld, beispielsweise in Schützenvereinen, Erfahrungen der Deradikalisierung gemacht haben, sie also über die Vereine den Weg zurück in die demokratische Stadtgesellschaft gefunden haben.

Schließlich sind noch die migrantischen Organisationen zu nennen, insbesondere Moscheevereine und andere Einrichtungen, die das moslemische Leben in Hamm organisieren, und wo eine dauerhafte Auseinandersetzung mit Einstellungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie dem Rechtsextremismus auf der Handlungsebene stattfindet, und zwar aus Sicht der Betroffenen, gegen die sich diese Ideologie richtet. Aus dieser Perspektive ist eine entsprechende Auseinandersetzung unausweichlich, in welcher Form auch immer. Das empirische Material legt nahe, dass diese in Hamm zumeist in passiver Form erfolgt.

Ebenfalls sind vor dem Hintergrund der Desintegrationstheorie auch viele Träger sozialer Dienste sowie Bildungseinrichtungen Akteure, die im Idealfall der Demokratie förderlich sind und durch ihre Arbeit Konflikte reduzieren helfen.

Insofern lassen sich in Hamm zwei Gruppen von Akteuren in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus unterscheiden: Zum einen jene, die sich dieser Aufgabe ursächlich und aktiv verschrieben haben, und andere, in denen diese in unausgesprochener Weise passiv erfolgt, ohne das eine Kontrolle dessen durch politische oder staatliche Akteure erfolgen würde. Ins Zentrum der Betrachtung fallen hier die aktiven Gruppen, deren Funktionsweisen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus überprüft worden sind.

Runder Tisch gegen Radikalismus und Gewalt

Das zivilgesellschaftliche Bündnis in Form einer regelmäßigen Zusammenkunft unter gleichberechtigten Teilnehmern trägt den Titel „Runder Tisch gegen Radikalismus und Gewalt" und versteht sich selbst als „einzigartiges Bündnis demokratischer Kräfte" (Stadt Hamm 2014) der Stadt Hamm. Der Runde Tisch sieht sich seit seiner Entstehung im Jahr 2000 der Aufgabe verpflichtet, Zivilcourage und Toleranz durch verschiedene Aktionen zu fördern. Er kommt alle zwei bis drei Monate zusammen. Neben Politikern der Stadt Hamm stammen die teilnehmenden Akteure aus der Kirche, der Polizei, den Wohlfahrtsverbänden sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände (Gewerkschaften, Einzelhandelsverband,

Industrie- und Handelskammer), der Arnold-Freymuth-Gesellschaft, der Stadtbücherei, der Volkshochschule, der Aids Hilfe und dem Bankinstitut Sparkasse. Die dort beschlossenen Aktionen bewegen sich nach eigenen Aussagen im Bereich der Prävention und Öffentlichkeitsarbeit, die sich in verschiedenen Veranstaltungen in Kooperation mit Partnern öffentlicher und halböffentlicher Einrichtungen ausdrückt. Als Beispiele sind dafür Fotoaktionen und Vorträge im Zusammenhang mit dem Thema Rechtsextremismus und Gewalt zu nennen. Die Akteure des Runden Tisches initiieren darüber hinaus auch die Gegendemonstrationen bzw. Aktionen bei rechtsextremen Aufmärschen.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) ist für den Regierungsbezirk Arnsberg zuständig und somit auch in der Stadt Hamm tätig. Träger der Beratung ist die Gewaltakademie Villigst (GAV) in Schwerte (Kreis Unna), die Teil des Amtes für Jugendarbeit der evangelischen Kirche von Westfalen ist. Im Wesentlichen übernimmt die MBR eine beratende Aufgabe bei lokalen und regionalen Einzelakteuren, zivilgesellschaftlichen Bündnissen bzw. Initiativen und Runden Tischen gegen Rechtsextremismus. Hierzu werden dem eigenen Selbstverständnis nach „zeitnah, zielorientiert, unbürokratisch und kostenlos“ (Mobile Beratung NRW gegen Rechtsextremismus 2014) Unterstützungsleistungen geboten, die sich im konstruktiven Umgang mit der Thematik ‚Rechts', (Rechts-) Extremismus' und ‚Gewalt' auseinandersetzen. Der hauptamtliche und einzige Referent des MBR im Regierungsbezirk Arnsberg ist einer der Akteure des Rundes Tisches. Er ist der einzige, der aus professioneller Sicht eine kurzzeitige Präsenz in Hamm hat.

Das MBR Arnsberg ist Teil eines landesweiten Netzwerks, das regional organisiert ist, überdies verbunden mit ähnlich strukturierten Beratungsstellen in anderen Bundesländern. Es ist ein Informations- und Verbindungspunkt in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Haekelclub 590 – Antifaschistisches Jugendbündnis Hamm

In dem Zusammenschluss Haekelclub 590 organisieren sich Akteure sowohl aus den Jugendorganisationen von Parteien wie der SPD (Jusos) und den Grünen (Grüne Jugend), als auch aus dem parteifernen linken Spektrum, zu der auch einzelne Personen der subkulturell geprägten autonomen Antifa gehören, zu einem gemeinsamen Bündnis mit antifaschistischer Ausrichtung. Zeitlicher Anlass der Gründung war eine rechtsextreme Demonstration im Hammer Westen 2010. Zuvor war unter den Mitgliedern dieses neuen Zusammenschlusses der Unmut darüber gewachsen, dass der Rechtsextremismus in Hamm, sowohl durch die politischen Akteure als auch in der Medienöffentlichkeit, nicht ausreichend problematisiert worden sei. Mit dem Haekelclub habe sich dies verändert, so die Aussagen in den Interviews mit Beteiligten. Als Erfolge werden u.a. aufgeführt:

- Offene Problematisierung der Themen in der Stadt und in den Medien

- Demonstrationen mit über 700 Teilnehmern mit gemischten Teilnehmern, die vom „schwarzen Block“ der autonomen Antifa bis zu verschiedenen politischen Parteien gereicht habe

Tatsächlich war der hier explizite erwähnte „Schwarze Block“ zuvor in keinerlei zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse eingebunden, was dem autonomen Konzept dieser Antifa-Gruppen entsprach. Das änderte sich mit Gründung des Haekelclubs grundlegend. Das Bündnis ist auf die Organisation und Koordinierung von Aktivitäten ausgerichtet, die sich gegen Rechtsextremismus wenden, ebenso Aufklärung und Bildungsarbeit, die mit dem Runden Tisch abgestimmt wird. Zu den Aktivitäten gehören u.a.:

- Organisation von Gegendemonstrationen
- Themenabende z. B. zu „Mechanismen der Ausgrenzung“
- Ausstellungen an Schulen
- Aufklärungsveranstaltungen in Schulen
- Filmabende
- Bildungsarbeit im weiteren Sinne
- Recherchetätigkeiten zu rechtsextremen Strukturen

Im Interview für diese Kommunalanalyse bezieht sich ein Sprecher des Haekelclubs auch ganz direkt auf die Antifa-Gruppen unter dessen Dach. Sie stünden für den bewegungsförmigen Antifaschismus. Wichtig sei eine Mischung mit bürgerlichen Kräften.

Das empirische Material weist den Haekelclub mit großem Abstand als aktivsten aller Akteure aus, die sich in Hamm mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen. Er verfügt über die meisten Informationen in Bezug auf die rechtsextreme Szene, was mutmaßlich dem Umstand geschuldet ist, dass er Zugriff auf die durch die Antifa generierten Informationen über die rechtsextremen Akteure und ihre Aktivitäten hat. Überdies gelingt es seinen Mitgliedern, diese Informationen mit den umfassenden Verbindungen zu politischen Parteien, deren Kenntnisse und Ressourcen zusammenzubringen, und mittels der übersichtlichen Struktur der eigenen Gruppe mit ihren jungen, sehr aktivistischen Mitgliedern auf eine Ebene großer (kommunaler) Wahrnehmung zu bringen.

Über einzelne politische Parteien und die sie umgebenen Sozialverbände und Gewerkschaften ist der Haekelclub landes- bis bundesweit vernetzt und stärker als der Runde Tisch, derjenige Akteur, der außerhalb Hamms als maßgeblich wahrgenommen wird, wenn es um die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geht. In der medialen Öffentlichkeit besitzt der Haekelclub, außerhalb Hamms mehr noch als in der Stadt selbst, weitgehend themenbezogene Deutungshoheit, die sowohl auf der Vernetzung im Internet

fußt, als auch über die Verbindungen zu Bündnissen und Netzwerken außerhalb Hamms, die durch den Haekelclub bedient werden. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Hamm läuft nach Auswertung des empirischen Materials zuallererst über diese Gruppe.

Antifaschistische Aktion Hamm

Die Antifa in Hamm hat sich trotz intensiver Bemühungen der Autoren dagegen entschieden, in Form eines anonymisierten Interviews an dieser Kommunalanalyse mitzuwirken, was als Beleg ihrer autonomen Organisationsform gelten darf. Die schriftliche Kommunikation erfolgte auf Seiten der Antifa stets anonym, ohne Namensnennung, was ebenfalls dem Habitus autonomer Gruppen entspricht. Diese Ausführungen über die Antifa in Hamm kommen deshalb ohne empirische Eingaben von Seiten dieser Akteure aus: Die Spiegelung der Selbstdarstellung dieser Gruppe erfolgt auf Basis des eigenen Internetauftritts, der den Schluss nahe legt, dass der Antifa an einer öffentlichen Wahrnehmung ihrer Aktivitäten gelegen ist. Ferner sind teilnehmenden Beobachtungen der Autoren in den empirischen Befund zur Antifa eingeflossen sowie die Aussagen verschiedener Akteure über die Antifa, denen in diesem Zusammenhang Relevanz zukommt. Das Selbstbild der Antifa, ihr Zweck und ihre Zielsetzung, besteht darin, „ganz allgemein gegen rechte Strukturen vorzugehen“ (vgl. Antifaschistische Aktion Hamm 2014). Der wesentliche Antrieb ergibt sich aus der Begründung, dass auch Jahrzehnte nach dem Ende des 2. Weltkriegs weiterhin „faschistische Gedanken in der Gesellschaft“ vorhanden seien. In ihrer Selbstdarstellung findet sich ein offensiver Duktus, der die Einstellung einer äußerst „aktiven“ Bereitschaft gegen die genannten Probleme vorzugehen, widerspiegelt.

„Wenn wir als Antifa gegen das Erstarken faschistischer Tendenzen in Staat und Gesellschaft aktiv werden wollen, dann kämpfen wir zuallererst gegen die organisierten Neofaschisten“ (vgl. Antifaschistische Aktion Hamm 2014).

In dieser Aussage kommt der aktiv kämpferische Ansatz in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Hamm schriftlich zum Ausdruck, der sich bereits in dem jahrelangen lokalen Rechts-Links-Konflikt zeigt, der in Hamm auch unter Einbeziehung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung geführt wird. Dies gilt für die rechtsextremen Akteuren ebenso wie für die Antifa, die sich zu dieser Konfliktführung öffentlich bekennt, als Gruppe, aber anonymisiert bezogen auf ihre einzelnen Mitglieder. Diese autonome Aktionsform wird von ihren Mitgliedern mutmaßlich als Schutz gegen die selbst erwartete Aggressivität rechtsextremer Akteure postuliert. Dieser Schluss ergibt sich aus den Erfahrungen im Umgang mit anderen Antifa-Gruppen außerhalb Hamms, zu denen diese auch in Kontakt steht (Berlin/Dortmund/Münster). Zusätzlich allerdings schützt die autonome Aktionsform der Antifa und die damit einhergehende Anonymität ihrer Gruppenmitglieder diese ganz unmittelbar vor der Strafverfolgung durch die Polizei nach solchen Handlungen, die geltendes Recht verletzen, und die grundsätzlich zum Konzept der Antifa gehören, das sich wiederum von dem selbst genannten Ziel ableitet, „zuallererst

gegen organisierte Neofaschisten zu kämpfen“, und zwar mit sämtlichen Mitteln, ob diese nun erlaubt sind oder unerlaubt. Die Ablehnung demokratischer Problemlösungen in Bezug auf den Rechtsextremismus zeigt sich auch deutlich in der grundsätzlichen Negation der freiheitlich demokratischen Grundordnung, die als Wunsch formuliert wird, nämlich die staatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu überwinden.

„Wir wollen in einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft leben. Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen ein gutes Leben für alle! Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte, seine Überwindung angesichts der sozialen und ökologischen Katastrophen, mit denen wir fast täglich konfrontiert werden, ist notwendiger denn je“ (vgl. ebd.).

Zudem wird Abstand von Hierarchien und parteiähnlichen Strukturen genommen, ebenso von dem Anspruch einer Regierungsbeteiligung. Vielmehr versteht sich die Antifaschistische Aktion Hamm als lokaler Akteur, der im Wesentlichen „vor der eigenen Haustür aktiv“ (Antifaschistische Aktion Hamm 2014) wird und durchaus in Netzwerken organisiert ist. Die ‚Antifaschistische Aktion Hamm’ sowie die ‚Antifaschistische Initiative Hamm’ werden beide als „UnterstützerInnen“ (Haekelclub 590 2014) im Haekelclub 590 aufgeführt. Der empirische Befund kommt zu dem Schluss, dass die Antifa integraler Bestandteil des Haekelclubs ist. Aus Sicht des polizeilichen Staatsschutzes ist die Antifa in Hamm zweifelsfrei gewaltbereit und ihr Widerstand gegen den Rechtsextremismus in der Stadt verstoße demnach gegen geltende Gesetze und demokratische Regeln. Ausdrücklich wird in dem Interview jedoch ein rechtsstaatlich geführter Widerstand gegen Rechtsextremismus als legitim und wünschenswert bezeichnet. Dies ist hier bemerkenswert, da dies eine Haltung ist, die von der Antifa nicht akzeptiert wird, mit der Folge, dass sich deren Gewaltbereitschaft, die ihren gegen den Rechtsextremismus geführten Kampf begleitet, auch immer wieder gegen Polizisten richtet. Vermerkt wurde u.a. Würfe mit Steinen und Farbbeuteln. Dies gilt vor allem dann, wenn diese versuchen, das verfassungsmäßig verankerte Demonstrationsrecht anlässlich von rechtsextremen Aufmärschen in Hamm durchzusetzen.

Die Gewalt, die sich, auf die Hammer Verhältnisse bezogen, auch gegen einen Akteur richtet, der am Runden Tisch teilnimmt, nämlich die Polizei, belastet dessen Funktionalität in besonderer Weise, zumal die gewaltbereite Antifa mittelbar zu den Teilnehmern dieser Plattform gehört (über den Haekelclub) und dort von einigen anderen Akteuren bewusst geduldet wird, trotz Kenntnis des der Antifa eigenen Gewaltkonzeptes. Dieser Zusammenhang gehört zu den bislang ungelösten Problemen des Runden Tisches in Hamm.

5.5 Probleme des bürgerschaftlichen Engagements

Die Probleme des bürgerschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus zeigen sich in besonderer Weise in der Organisationsform, Wirkung und den Binnenproblemen des

Runden Tisches, der ohne einige der maßgeblichen zivilgesellschaftlichen Akteure aus Hamm auskommt. So fehlen Vertreter derjenigen Gruppen, gegen die sich die in Hamm aufgezeigte Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit richtet. Das sind vorrangig Migranten aus moslemischen Herkunftsländern, in aller Regel türkischstämmiger Herkunft, und auch Vertreter aus der ethnischen Herkunftsgruppe der Roma und solchen, die mit der jüngsten Zuwanderungswelle aus Südosteuropa nach Hamm gekommen sind, sowie Vertreter von Flüchtlingen, deren Zahl auch in Hamm wächst, und die zunehmend zum Gegenstand Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremer Agitation werden. Dieses Vakuum ist gleichsam ein Geburtsfehler des Runden Tisches, der die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gleichsam zu einer Angelegenheit der deutschstämmigen Mehrheitsgesellschaft gemacht hat, nicht zu einem umfassenden Anliegen aller in Hamm lebenden Menschen. Grundsätzlich sind die als Gruppen der passiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beschriebenen Akteure nicht in die bestehenden Netzwerke eingebunden. Stattdessen finden sich dort diejenigen Akteure wieder, die auch sonst das politisch-gesellschaftliche Leben in Hamm bestimmen, das in wesentlichen Teilen auch durch mangelnde Integration bestimmter Gruppen, häufig migrantischer Gruppen, geprägt ist. Der Runde Tisch spiegelt diesen Missstand in seiner Struktur, der wiederum ursächlich ist, nicht nur für den Rechtsextremismus, sondern auch für die Verbreitung anderer demokratiegefährdender Einflüsse der Hammer Einwanderungsgesellschaft (Salafismus, Ultranationalismus, zwischenethnische Konflikte etc.). Diese doppelte Verengung, einerseits auf den Kreis der Personen, auf die sich die aktive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beschränkt, und andererseits inhaltlicher Art auf den Rechtsextremismus als einzigen demokratiegefährdenden Einfluss, dem sich die organisierte Zivilgesellschaft stellt, stehen in einem groben Missverhältnis zu den Realitäten, die der empirische Befund ausweist. Denn Hamm ist eine ausgesprochene Einwanderungsgesellschaft, in der sich unterschiedliche demokratiegefährdende Einflüsse ausbreiten, die am Runden Tisch bislang nicht lösungsorientiert thematisiert worden sind, wie etwa die Konflikte unter einzelnen ethnischen Minderheiten, die in Hamm leben, sich aber nicht in den beschriebenen Netzwerken wiederfinden.

Im Ergebnis hat der Runde Tisch als umfassendstes Instrument der Zivilgesellschaft im Umgang mit dem Rechtsextremismus ein ungelöstes dreistufiges Problem, das ihn seit seiner Gründung innewohnt: Zunächst blieb seine Wirkung begrenzt, was die Lösung des angestrebten Problems angeht, hat sich die rechtsextreme Szene doch seit seiner Entstehung im Jahr 2000 zunehmend politisiert, organisiert und gefestigt. Damit steht diese Form der Vernetzung zwar als lokales bürgerschaftliches Engagement, dessen ursprüngliches Ziel allerdings einem politischen Selbstzweck gewichen ist, der zu keiner Problemlösung führt. Dieser Umstand und die als mangelnde durch einige antifaschistische Akteure wahrgenommene Sensibilität und das Problembewusstsein der Zivilgesellschaft führten mithin zu der Gründung einer auf Aktivismus ausgerichteten Gruppe (Haekelclub), die mit der beschriebenen autonomen Aktionsform der Antifa verbunden ist, aus Unzufriedenheit

mit der auch durch den Runden Tisch verantworteten Situation. Diese politische Unzufriedenheit mit dem Runden Tisch ist keine Einzelmeinung. Sie findet sich durchgängig in dem Datenmaterial wieder. Gleichwohl drückt sich die Unzufriedenheit mit dem Runden Tisch in unterschiedlicher Weise aus. In der Analyse des Datenmaterials kann der Runde Tisch nicht als erfolgreiche Einrichtung im Sinne seiner Zielsetzung gelten. Seine ursprüngliche Entstehungsgeschichte wurzelt in der Fragestellung, wie die Zivilgesellschaft in Hamm auf rechtsextreme Aufmärsche in ihrer Stadt reagieren sollte. Er sollte Antworten auf diese anlassbezogene Frage finden.

In den Aussagen einiger politischen Akteure in Hamm wird zweierlei deutlich: Die wahrgenommene Diskrepanz zwischen ursprünglicher Aufgabenstellung und tatsächlicher Ausgestaltung des Runden Tisches, sowie seine Zusammensetzung aus zahlreichen Akteuren, deren Teilnahme aus seiner Sicht dem Selbstzweck dient, nicht der ursprünglichen Zielsetzung. Einer derjenigen Akteure, die aus den Anfangszeiten des Runden Tisches daran teilnehmen erklärt, dass man sich trotz einer Namensgebung, die eine größere Rahmung im Umgang mit demokratiegefährdenden Einflüssen nahe legt, von Anfang in der Auseinandersetzung auf den Rechtsextremismus festgelegt hat.

Seit der Umsetzung des Verbots der Hammer Kameradschaft (2012) und der dadurch ausgelösten öffentlich geführten Debatte über den Rechtsextremismus in Hamm erkennen verschiedene Akteure des Runden Tisches einen zunehmenden Einflussverlust der ‚nicht-politischen' Akteure zu Gunsten der politischen Akteure. Zudem ließe sich erkennen, dass sich bei anstehenden Wahlen die Problematik parteipolitischer Spannungen verschärfe.

Bei Betrachtung der Netzwerke wird auch deutlich, dass dem Sprecher des Haekelclubs eine doppelte Rolle zugeschrieben werden kann, einmal als Vertreter des Haekelclubs (den er als Kreisvorsitzender der Jusos in Hamm mit gegründet hat) am Runden Tisch, zum anderen als aktives SPD-Mitglied, das innerhalb seiner Partei als maßgeblich für dieses Themenfeld mit landesweit gewachsener Bedeutung. Anhand der Diskussionen und dem letztendlichen Verbot einer Gegendemonstration am Platz der alten Synagoge lassen sich die Spannungen innerhalb des Runden Tisches in Bezug auf den Haekelclub verdeutlichen: Im Zusammenhang mit der Planung einer Gegenaktion zu einer angemeldeten rechtsextremen Demonstration entwickelte sich die Idee, dass der Haekelclub selbständig, aber in Absprache mit dem Runden Tisch, eine Kundgebung und Demonstration auf dem Platz der alten Synagoge hält. Dieses Vorhaben wurde vehement durch das Büro des Oberbürgermeisters abgelehnt, mit der Begründung, dass dieser Ort nicht für zukünftige parteipolitischen Veranstaltungen attraktiv gemacht werden solle. In den Interviews wird dazu eine parteipolitische Motivation vermutet.

Im Wesentlichen verdeutlicht das empirische Material, dass die Umsetzung der Aktionen des Runden Tisches nicht mit den Vorstellungen und dem Umgang mit dem Thema seitens des Büros des Oberbürgermeisters übereinstimmen. Gleichwohl sind sich beide Parteien in der

Frage nach der angemessenen Aufmerksamkeit und damit verbundenen Gefahr einer möglichen Aufwertung des Rechtsextremismus einig. Es fällt in verschiedenen Gesprächen mit den Mitgliedern des Runden Tisches häufig die Aussage „wir wollen nicht über jedes Stöckchen springen, das uns die Rechten hinhalten“, womit sich hier eine einheitliche Linie erkennen lässt. Der parteipolitische Konflikt um die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Hamm führt allerdings auch zu einem Wahrnehmungsgefälle des Runden Tisches, zumal in den Bezirksvertretungen, die nicht am Runden Tisch selbst repräsentiert sind. So beschreibt es ein Mitglied der Bezirksvertretung Herringen, die zwar mit den maßgeblichen Problemlagen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit konfrontiert wird, zumindest bezogen auf den Rechtsextremismus, nicht den Runden Tisch als Kooperationspartner sieht, sondern das SPD-Mitglied als Sprecher des Haekelclubs.

Mit Blick auf die Wahrnehmung und Entwicklung einer entsprechenden Agenda muss auch die Vernetzung über die Bündnispartner des Runden Tisches hinaus betrachtet werden. In den geführten Interviews stellt sich heraus, dass die Bezirksvertretungen auf der einen Seite eine abweichende bis fehlende Wahrnehmung der Aktivitäten der rechten Szene aufweisen und auf der anderen Seite die ’Institution’ Runder Tisch nur marginal bekannt ist. In anderen Interviews mit den Bezirksvertretungen finden sich ähnliche Aussagen und Befunde. Obwohl Rechtsextremismus vorwiegend lokal in Erscheinung tritt, sind die Wahrnehmung und das Bewusstsein, auch potenzielle Konfliktthemen zu erkennen, nicht ausreichend in den Stadtteilen verankert. Dementsprechend geeignete Netzwerkpartner wie den Runden Tisch zu akquirieren, bleibt somit hinfällig. Zu diesem Punkt äußert sich ein Mitglied des Runden Tisches auch dahingehend, dass der Hammer Appell zu geringfügig im Stadtbild von Hamm verankert sei.

Auch durch diese Aussage wird klar, dass die Akteure des Runden Tisches diesen in seiner Wirkung und Wahrnehmung begrenzt sehen. Ein weiteres Hemmnis dieses Gremium ist der Umgang mit den gewaltakzeptierenden Aktionsformen der Antifa, die mittelbar hier über den Haekelclub vertreten ist. Die auseinandergehenden Meinungen in dieser Sache bestanden überdies schon, bevor der Haekelclub zur Teilnahme am Runden Tisch eingeladen worden ist, was erst im Jahr 2012 erfolgte. Zumal die Antifa ihre gewaltakzeptierenden Aktionsformen auch schon vor ihrer Partizipation im Haekelclub gegen den Rechtsextremismus in der Stadt ausgerichtet hatte, und bereits schon zu dieser Zeit in Teilen der Zivilgesellschaft eine entschiedene Ablehnung dessen gab, andererseits aber auch eine stille Duldung durch andere Teile. Dieser Konflikt tritt nun am Runden Tisch offen zu Tage, zumal durch den Haekelclub keine Distanzierung von den Aktionsformen der Antifa erfolgt.

In den Interviews finden sich dazu u.a. folgende Positionen:

- Die Einbindung der Antifa wird als gelungene, wenn auch anstrengende Maßnahme angesehen

- Skepsis bezüglich dieser Einbindung, weil die Gruppe nicht kontrollierbar sei
- Ängste bezüglich der Einbindung offen gewaltbereiter Gruppen in die Netzwerke
- Ablehnung der Einbindung mit rechtsstaatlichen Argumentationen
- Sorge vor einer zunehmenden Radikalisierung der rechten Seite durch Maßnahmen linker Militanz

Das Problem um den Umgang mit der Antifa ist bislang ungelöst, bezogen auf den Umgang mit dem Rechtsextremismus bei sämtlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren in Hamm. Neben den inhaltlichen Bedenken, die einige der beschriebenen Aktionsformen aus demokratischer Sicht begleiten, steht in der Analyse des empirischen Befundes eindeutig das Ergebnis, dass dieser Konflikt zu einer anhaltenden selbstreferentiellen Spannung des Runden Tisches führt, die denselben an entscheidender Stelle blockiert. Das Problem liegt darin, dass die meisten Akteure des Runden Tisches, wie in der Hammer Zivilgesellschaft insgesamt, den Haekelclub zwar unterschiedlich bewerten, ihn aber grundsätzlich als Aktivposten in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus anerkennen. Denn grundsätzlich wird im Hinblick auf die Arbeitsweise des Runden Tisches in Gesprächen mit verschiedenen Mitgliedern ein deutlicher Anspruch eines präventiven Konzepts erhoben, bei dem diese Gruppe inzwischen eine entscheidende Rolle spielt. Auch wird deutlich, dass von Seiten der zivilgesellschaftlichen Akteure, selbst den Mitarbeitern der Beratungseinrichtungen, keine Berührungspunkte mit Rechtsextremisten vorhanden sind. In diesem Zusammenhang spielt der Haekelclub eine besondere Rolle, da er als vermeintlich einziger Akteur interne Aufklärungsarbeit bzgl. rechtsextremer Symbolik, Szene und Strukturen leistet. Dagegen fällt das Urteil über die ihm zugehörige Antifa gegenteilig aus (wegen ihrer Gewaltakzeptanz), im besten Fall als zu duldendes Übel, häufig aber als Gruppe, die selbst mit demokratiefeindlichen Einflüssen assoziiert wird. Unüberwindbare Hürde bleibt dabei die Gewaltakzeptanz der Antifa, die von den meisten demokratischen Akteuren nicht akzeptiert werden kann**.**

Ergebniszusammenfassung und Ausblick

Aufbauend auf die Bestandsanalyse über rechtsextreme Strukturen in Hamm sowie Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und einer Einordnung der Netzwerke mit ihren Aktivitätsfeldern, werden im Folgenden für die Bereiche der primären, sekundären und tertiären Prävention Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Die Vorschläge gründen sich aus den Auswertungen des empirischen Materials sowie der Analyse von Materialien anderer städtischer Handlungskonzepte gegen Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt. Der Begriff der Prävention beschreibt im Alltagssprachgebrauch zunächst Aktivitäten, die unerwünschten Entwicklungen oder Handlungen vorbeugen sollen. Sie helfen im Idealfall einen Konflikt zu verhindern. Diese Form der primären Intervention findet in der politischen Bildungsarbeit oder der Jugendarbeit statt sowie in den meisten Fällen der

Arbeit gegen Rechtsextremismus, Radikalismus und Gewalt. Die Aktivitäten sind meist universell und richten sich an die Normalbevölkerung (vgl. Johanssen 2012). In dem Bereich der sekundären Prävention sind bei den Menschen bereits problematische Einstellungen verfestigt und es werden definierte Risikogruppen fokussiert. In dem Bereich der Tertiärprävention wird mit Einzelpersonen oder Gruppen gearbeitet, bei der sich die Einstellungs- sowie die Handlungsebene bereits verfestigt haben und in der Regel schon Straftaten begangen worden sind. Ein Blick auf die Bundes- und Landesprogramme gegen Rechtsextremismus oder Radikalismus zeigt, dass in der Regel indirekte Maßnahmen im Vordergrund standen, die sich an Multiplikatoren oder Mittler der Zielgruppen richteten (Johanssen 2012: 4). Es wäre speziell im Hinblick auf die Problemlagen in den einzelnen Stadtbezirken sinnvoll, alle drei Ebenen zu fokussieren, jedoch auch im Bereich der sekundären und tertiären tätig zu werden.

6. Implikationen für ein Handlungskonzept

Das Handlungskonzept besteht aus 14 Implikationen für die Praxis in Hamm.

Demokratie erleben und lernen

Primäre Prävention ist eine unerlässliche Daueraufgabe – auch auf kommunaler Ebene. Sie umfasst mehrere Stufen im Sozialisationsprozess von Kindern und Jugendlichen und gehört in den Regelkanon von Kindertagesstätten und Schulen. Vielerorts sind Präventionsmaßnahmen noch Projekte ohne Anbindung an Regelstrukturen, was auch durch diverse Förderprogramme u.a. des Bundes gefördert wird. Nachhaltiger ist ein Prozess der Verlagerung ins Alltagsgeschäft dieser Institutionen. Dazu gehören vor allem Maßnahmen der Förderung von Beteiligung und Mitbestimmung. Bereits in der Kita können – natürlich altersbedingt in unterschiedlichen Maßen – Kinder Mitbestimmung und Partizipation konkret erfahren und somit von klein auf, Demokratieerfahrungen und demokratisches Selbstbewusstsein sammeln (vgl. Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011). Gleiches gilt auch für die Schulen. Die beste Prävention gegen Rechtsextremismus ist dort ein Schulklima, was geprägt ist durch gegenseitigen Respekt, ein hohes Maß an Öffentlichkeit und vielfältigen Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten. Je früher und selbstverständlicher Kinder und Jugendliche Demokratie lernen und erleben, desto größer ist der Präventionseffekt gegenüber autoritären Konzepten, die auf Gewalt und Unterdrückung statt auf gegenseitiger Anerkennung beruhen (vgl. Elverich 2011).

Stadtteilaktivierung

Die in der Analyse beschriebenen Konflikte der Einwanderungsgesellschaft werden auf lokaler und sublokaler Ebene, also in den Stadtbezirken und Stadtteilen, erlebbar und stellen sich dort konkret dar. Hamm ist eine stark ausdifferenzierte Stadtgesellschaft, deren

Sozialräume sich in erheblichem Maße voneinander unterscheiden, etwa durch die kulturell verschiedene Herkunft der dort lebenden Bevölkerung und die unterschiedliche Intensität einzelner Problemlagen wie Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen oder Integrationsdefizite eines wesentlichen Teils der Bevölkerung. Rechtsextremisten nutzen oft konkrete Beispiele von sozialen Missständen für ihre Propaganda. Ein wirksames Mittel gegen Rechtsextremismus ist der Kampf um die politische Deutungshoheit der lokalen Themen. Die Ethnisierung sozialer Konflikte mit der Gefahr einer zunehmenden Polarisierung zwischen der Wohnbevölkerung deutscher Herkunft und Migranten vor allem türkischer oder arabischer Herkunft ist ein zentrales Konfliktthema in den Stadtteilen. Im Bereich Integration, Islam und Islamismus ist eine Trennung geboten, denn der Islamismus ist ein eigenständiges Phänomen der Radikalisierung und gehört nicht als Zusatzthema in den Integrationsbereich.

Die Ängste der Bevölkerung zwingend berücksichtigen

Ganz wesentlich ist das durch den empirischen Befund aufgezeigte Vertrauensdefizit in diesen Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen. Dort sinkt gleichermaßen das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Lösungskompetenzen, sofern sich dort Emotionen ausbreiten, dass Menschen sich nicht ernst genommen fühlen, wenn die kommunalen Probleme nicht angesprochen und reale Konflikte womöglich noch unter dem Vehikel einer politischen Korrektheit nicht öffentlich debattiert werden. Wenn die Lösungskompetenzen hier immer weniger oder gar nicht den demokratischen Akteuren zugesprochen werden, wächst gleichermaßen das Vertrauen in nicht demokratische Akteure, die ihr Angebot einfacher Lösungen unter den Menschen verbreiten, die in diesen Sozialräumen leben. Dem Wettbewerb der Argumente, auch mit den Akteuren demokratiegefährdender Ideologie-Konzepte wie etwa dem Rechtsextremismus, kann sich die demokratische Seite hier somit nicht mehr verschließen, weil er faktisch bereits vorhanden ist, und von Teilen der örtlichen Bevölkerung so eingeordnet wird. Außerdem lebt Demokratie vom öffentlichen Austausch und dem Wettbewerb der Argumente. Dazu braucht es Foren und Möglichkeiten des Austausches über jene Themen, die die Menschen in ihren Stadtteilen bewegen. Dort müssen demokratische Akteure schließlich unter größtmöglicher Beteiligung der örtlichen Bevölkerung die politische Deutungshoheit bei den lokalen Themen gewinnen, um in die Auseinandersetzung mit den scheinbar einfachen Lösungen demokratiefeindlicher Akteure – etwa aus dem Rechtsextremismus – im Sinne und Interesse des allgemeinen städtischen Friedens für sich zu entscheiden. Um diesen Frieden in den Stadtteilen zu sichern, also dort, wo er am meisten gefährdet ist, sollten dort Veranstaltungen und Bürgerforen stattfinden, in denen die Bürger ihre örtlichen Sorgen, Anregungen und Positionen im Beisein der kommunalen Politik und Verwaltung öffentlich anbringen können. Als Organisator solcher Veranstaltungen und Bürgerforen sollten nicht potentielle Konfliktpartner auftreten. Eine denkbare Option ist es, dass die professionellen Kräfte der Demokratieentwicklung in Hamm, die über Landes- und Bundesgelder bezahlt

werden, diese Aufgabe übernehmen und so einen überaus wirksamen Beitrag in der Rechtsextremismusprävention leisten können.

Umgang mit der Partei „Die Rechte“

Der rechtsextreme Charakter der Partei „Die Rechte“ wurde in der Studie eindeutig herausgearbeitet. Als Bündnispartner für demokratische Parteien fällt sie somit selbstverständlich aus und wird auch von keiner ernst zu nehmenden Stimme in Hamm empfohlen. Über die juristische Organisationsform als Partei drängen sich die Akteure des bewegungsförmigen Rechtsextremismus in Hamm zwangsläufig in eine Position, in der sie – anders als bislang – einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Zu einer realistischen Einschätzung gehört auch, dass die Partei im Stadtrat für die Mehrheitsbeschaffung und die allgemeine Arbeitsfähigkeit unbedeutend ist. Die rechtsextremen Akteure in Hamm haben im Zuge eines methodischen Wandels gelernt, sich nicht – wie ursprünglich veranlagt – bloß auf allgemein ideologische Prinzipien, wie etwa den dem Rechtsextremismus zu Grunde liegenden Rassismus, zu beschränken. Vielmehr wenden sie ihn nunmehr am konkreten lokalen Beispiel an, wo sie allgemein wahrgenommene soziale Missstände ausmachen, um diese unverzüglich für ihre Propaganda zu nutzen. Dieser Mechanismus wird durch die rechtsextremen Akteure in Hamm seit dem Kameradschaftsverbot (2012), der dadurch ausgelösten Gründung der Bewegungspartei „Die Rechte“ in NRW und in Hamm, und dem Einzug einzelner Mandatsträger in Stadtrat bzw. Bezirksvertretung (Herringen) weiter verstärkt. Anders als vor ihrer verstärkten Politisierung und Strukturierung vor Gründung der Kameradschaft Hamm (KSH), als rechtsextreme Akteure vor allem in jenen Stadtteilen Präsenz gezeigt haben, wo ihre eigene Herkunft liegt, konzentriert sich die Agitation der nunmehr strukturell organsierten rechtsextremen Protagonisten aktuell (und sehr wahrscheinlich auch perspektivisch) auf diejenigen Stadtteile, in denen die sozialen Problemlagen der Stadt am größten sind. Daraus ergeben sich unmittelbar zwei Schlussfolgerungen für ein Handlungskonzept: Zum einen sollten die Stadtbezirke in die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Hamm (mit demokratiegefährdenden Einflüssen insgesamt) stärker als bisher eingebunden werden, zumal Hamm in besonderer Weise eine Stadt ist, deren Machtstruktur auf einem dezentralen Prinzip fußt, und die, bis hinein in die jüngste Stadt- und Entwicklungsgeschichte, dezentral gewachsen und durch örtlich verschiedene Mentalitäten innerhalb der Stadt geprägt wird. Zum anderen sollte sich das Handlungskonzept auf die unterschiedlichen Bedingungen in den Stadtbezirken und Stadtteilen einstellen und in besonderer Weise diejenigen Sozialräume berücksichtigen, in denen soziale Problemlagen besonders zu Tage treten und damit geeignet erscheinen, demokratiegefährdende Einflüsse von Agitation und Propaganda, aber auch von Radikalisierung zu beschleunigen.

Lehren aus dem jahrelangen Umgang mit rechtsextremen Parteien außerhalb Hamms

Eine Sonderstellung der „Rechten“ ist zu vermeiden. Dazu gehören z. B. auch die an vielen Orten üblichen Geschäftsordnungstricks, die zumeist recht offensichtlich dazu dienen, rechtsextreme Parteien zu behindern. Damit verbunden ist zwangsläufig ein Opferstatus der Rechtsextremisten und deren erwartbare und laute Anklage einer vermeintlichen Feigheit der Demokraten, die Tricks brauchen, um den Einfluss der Rechtsextremisten zu begrenzen, anstatt sich mit ihnen offensiv auseinander zu setzen. Auch dieser Hinweis entspricht einer Lehre aus den Erfahrungen im Umgang mit der rechtsextremistischen NPD in den Parlamenten, die punktuell in NRW gesammelt wurden, vor allem aber in ostdeutschen Bundesländern, wo die NPD – aus Gründen, die sich maßgeblich von dem Wählerverhalten in Hamm unterscheiden – großflächig in Kommunalparlamente gewählt worden ist.

Mehrere Aspekte aus anderen Kommunalparlamenten haben sich in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Vertretern bewährt: Dazu gehört das Prinzip der verabredeten demokratischen Gegenrede auf rechtsextreme Beiträge. Die demokratischen Fraktionen einigen sich vorab, wer von ihnen Beiträge der Rechtsextremisten kommentiert, inhaltlich einordnet und bei Anträgen deren Ablehnung inhaltlich begründet. Oberstes Ziel der demokratischen Akteure in Hamm sollte sein, die Wähler dieser rechtsextremen Bewegungspartei wieder für sich, für die Demokratie, zu gewinnen, die sie ja zuletzt verloren hatten. So zeigt der empirische Befund am Beispiel der Rechten deutlich, wie schon in einem viel größeren Ausmaß bei den frühen Wahlerfolgen der Republikaner, dass diese Stimmen ursprünglich aus dem demokratischen Lager stammen, hier von den beiden in Hamm dominierenden Parteien CDU und SPD, die künftig zu einem offenen und kritischen Umgang mit den Einstellungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit innerhalb ihrer eigenen Klientel kommen müssen, sofern sie dem Rechtsextremismus in Hamm langfristig und wirksam entgegentreten wollen.

Der Demokratie zugewandt statt aktiv ausgrenzend

Die Auseinandersetzung mit der Rechten sollte in erster Linie der Demokratie zugewandt, also mittelbar erfolgen, nicht in einer konfrontativ aktiven Art, die den rechtsextremen Akteuren mehr nutzt als schadet, und unnötig Ressourcen auf der demokratischen Seite, unter Umständen auch Verwaltungsressourcen, bindet. Diese Ausrichtung sollte sowohl für den Rat der Stadt Hamm als auch für die Bezirksvertretung Herringen gelten, zumal der sogenannte „kalkulierte Skandal“ eine nachgewiesene Strategie der Rechten ist, die zu jeder Zeit angewandt und wirken kann, sofern sich die demokratischen Akteure auf diese Provokation einlassen. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist, dass Mandatsträger rechtsextremer Parteien in Deutschland niemals um die Gunst einer Mehrheit ringen, weil sie wissen, dass sie selbst (noch) nicht mehrheitsfähig sind. Aber mit ihren Provokationen und Skandalen können sie eine empörte Minderheit überzeugen, sofern die demokratische Seite ihnen aus der Perspektive der Empörten die Opferrolle überlässt. So hat beispielsweise

auch das gescheiterte Verbotsverfahren gegen die rechtsextreme NPD (2001-2003) zu einem hohen Mitgliederzulauf sowie in der Folge zu den Wahlerfolgen in einigen östlichen Bundesländern geführt.

Den Mythos des rechtsextremen Tabubrechers auflösen

Besonders wichtig ist es, systematisch und vor den Rechtsextremisten zentrale Themen und vor allem auch Probleme der Stadt offen zu benennen, um so nach Lösungen zu suchen. Weder darf es dabei Tabus z. B. zu Konflikten in der Einwanderungsgesellschaft geben, noch dürfen die Rechtsextremisten bei zentralen Themen lokale Deutungsmacht oder gar ein –Monopol erlangen. Die Parteien müssen dazu vor allem auch ihre Stadtteilgliederungen aktivieren, die näher an den Konflikten vor Ort Seismographen für Probleme und Gesprächsstoffe der Hammer Gesellschaft sein müssen, die sich dann auch im Stadtrat wiederfinden müssen. Eine solche offene Kultur nimmt den Rechtsextremisten den Mythos des Tabubrechers sowie des vermeintlichen Sprachrohrs der Gesellschaft. Günstig wäre diesbezüglich ein interaktiver Ausbau der Internetpräsenzen sowohl der Parteien wie auch der Stadtverwaltung, um die Hemmschwelle der Teilhabe qua Kommunikation unter den einzelnen Bürgern abzubauen, und um den Austausch mit ihnen barrierefrei zu pflegen. Viele Menschen in Hamm fühlen sich nicht gehört; diese Einfallsmöglichkeit für demokratiegefährdende Einflüsse kann durch ein nahbares Kommunikationsangebot entkräftet werden.

Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen

Aus den empirischen Erhebungen zur Radikalisierung und Deradikalisierung ergibt sich der Aspekt, dass rechtsextreme Jugendliche bei ihrer Politisierung entscheidende Impulse auch von außen erfahren und diese Erlebnisse der „Auswärtsfahrten“ und Demonstrationen suchen und darin eine Anerkennung und Bestätigung finden. Jedoch verfügen sie trotz der Hinwendung zu einer rechtsextremen Lebenswelt über enge lokale (z.B. Schule, Sport) und familiäre Bindungen. Eine konsequente Bekämpfung (Verlust des Arbeitsplatzes, öffentliches Outing, Gewalt als Konfliktlösung) und Ausgrenzung durch die Stadtgesellschaft fördert eine Radikalisierung und Hinwendung zum organisierten Rechtsextremismus, die von außen die lokalen Situation auch mit ihren Missständen nutzen und für eigene politische Ziele instrumentalisieren. Daher muss es Schule, Zivilgesellschaft (Sportvereine, Schützenvereine) gelingen, den Kontakt zu diesen in Hamm verwurzelten Menschen zu halten, ohne das die Stadtgesellschaft und Minderheiten in dieser Schaden davon tragen.

Umgang mit türkischem Nationalismus

Fragen des Umgangs mit Ultranationalismen, die sich auf Länder jenseits von Deutschland orientieren, dürften in den Einwanderungsgesellschaften zukünftig noch häufiger auftreten. In ihr spiegeln sich häufig Erfahrungen der Desintegration wieder. In der Analyse wurde deutlich, dass – wie bei vielen anderen Deutschen und Migranten Identität und auch

kulturelle Identifikationen ein großes Lebensthema sind. In den Interviews mit (türkischen) Nationalisten spielt, nicht anders als bei anderen Bürgern der Stadtgesellschaft in Hamm auch die Frage eine Rolle, wie eine „offene“ Identität entwickelt und aufrechterhalten werden kann, die Raum für Vielfalt und Weltoffenheit einerseits und unterschiedliche Zugehörigkeitskonstellationen andererseits ermöglicht. Letztlich muss auch die Hammer Stadtgesellschaft klären, ob sie mit Migranten, die zwar bereit sind, sich zu engagieren und die dialogbereit sind, jedoch in manchen Bereichen auch rechtskonservative und diskriminierende Einstellungen (z.B. gegenüber Homosexuellen, Kurden) vertreten, trotzdem im Dialog zu bleiben oder diesen abzubrechen. Die Autoren dieser Studie ordnen die Interviewpartner als gemäßigte „Graue Wölfe“ ein, die nach der Definition Heitmeyers eben nicht über ein rechtsextremes Weltbild verfügen, jedoch aber über feste Syndrome Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Eine reine Kultur des Rausschmisses aus bestehenden Strukturen wird eher Radikalisierung fördern denn verhindern. Natürlich soll entsprechenden Ideologien kein Raum für Propaganda oder Rekrutierung gegeben werden. Der konkrete Umgang ist somit sicherlich schwierig und kann vermutlich auch nur fallbezogen – das heißt an konkreten Beispielen orientiert – entschieden werden. Günstig wären öffentliche Veranstaltungen mit externem Sachverstand zu dieser Problematik, um so neue Handlungsanregungen durch die Arbeit mit lokaler Kasuistik zu bekommen.

Umgang mit dem Islamismus/Salafismus

Die Beschreibung islamistischer Gruppen oder Einzelpersonen wird von Medien und Politik als Forderung interpretiert, Kontakte zu solchen Gruppen oder Menschen abzubrechen. Diesem Bedürfnis, so moralisch nachvollziehbar es anmutet, ist zu widersprechen. Jihadistische Gruppen und Einzelpersonen sind zunächst durch Polizei und Justiz zu verfolgen und für ihre Verbrechen zu bestrafen, doch zwischen einem radikalisierten muslimischen Jugendlichen und einem Selbstmordattentäter ist es wichtig zu differenzieren. Mit Einrichtungen wie Milli Görüs ist der Kontakt aufrechtzuerhalten. Entscheidend ist die Frage, wie ein Dialog gestaltet wird und was damit erreicht werden soll. Problematisch sind dabei Entscheidungen im sozialen Bereich, die diesen Organisationen finanzielle Mittel für Jugendarbeit bereitstellen. Bislang ist dies in Hamm nicht passiert und die Stadt Hamm verfügt über zahlreiche Kontakte zu den einzelnen Moscheegemeinden (von liberal bis konservativ/islamistisch), von Vertretern dieser Gruppen wird das Verhältnis speziell zum Oberbürgermeister als sehr gut beschrieben. Die Sensibilisierung und Aufklärung zum Islamismus/ Salafismus darf jedoch nicht nur durch in eine Richtung (Vertreter der Muslime) oder die andere Richtung (Vertreter von Kirchen/Vereinen/Zivilgesellschaft) getätigt werden, sondern es bedarf ähnlich wie beim Rechtsextremismus einer stadtteilbezogenen Arbeit zu diesen Formen des Radikalismus. Dazu müssen zwingend muslimische Vertreter ebenso wie Personen aus den zivilgesellschaftlichen Netzwerken, Schulen/Kindergärten sowie Sportvereinen aber auch engagierte Imbissbesitzer, Gaststättenbetreiber etc. sich austauschen.

Umgang mit radikalen muslimischen Jugendlichen

Radikale muslimische Jugendliche neigen oft auch schon in der Schule oder den Jugendfreizeiteinrichtungen zu kriminellen Taten. Die Strafverfahren oder falls es zu einem Prozess kommt, fallen in der Regel nicht unter eine politisch motivierte Tat, sondern unter die Straftatbestände Raub, Körperverletzung, Beleidigung etc. Hier ist eine Kooperation mit den Gerichten und der Jugendgerichtshilfe notwendig, um die Deradikalisierung der Erstauffälligen zu fördern. Auch ist eine Zusammenarbeit mit Sportverbänden (Fußball, Kampfsport) in Hamm zu überlegen, da diese einerseits Orte der Anerkennung repräsentieren und andererseits Sensibilisierungsprozesse in Hinblick auf Radikalisierung schaffen könnten.

Verhalten von Polizei und Justiz

Die Präsenzstrategie der Polizei beschränkt die Rechtsextremisten. Das ist positiv und aufrechtzuerhalten. Zu beachten sind selbstverständlich rechtsstaatliche Grenzen und die Betonung der Opferperspektive.

Auch auf der Ebene der Justiz konnte eine große Sensibilität für die Themen der Arbeit festgestellt werden. Das ist ebenfalls positiv. Besonders wichtig ist im Jugendkontext die zeitnahe Strafverfolgung, so dass Zusammenhänge zwischen Taten und Strafen deutlich werden.

In zivilgesellschaftliche Aktivitäten müssen Polizei und Justiz unbedingt mit eingebunden werden, weil sie die Schnittstellen sind, an denen radikalisierte Menschen als solche spätestens für die Hammer Stadtgesellschaft erkennbar werden. Die Kooperation mit der Jugendgerichtshilfe, der Bewährungshilfe mit dem Fokus der Durchführung sozialintegrativer Maßnahmen für radikalisierte Jugendliche ist zu empfehlen. Hier ist eine Zusammenarbeit zwischen Schule, Ausbildung, Jugendhilfe und Justiz notwendig. Günstig wäre die Einrichtung einer Fachstelle zur Förderung von Deradikalisierungsprozessen. Ziel dieser Fachstelle muss es sein, basierend auf ihrer Einbindung in Hamm Prozesse der Radikalisierung zu verhindern und deradikalisierend zu wirken. Zu empfehlen ist eine enge Kooperation der Justiz mit Projekten der Deradikalisierung. Besonders junge Menschen mit ersten Hinweisen auf Radikalisierungen sollten nachdrücklich gedrängt werden, mit diesem professionellen Projekt der Deradikalisierung zusammenzuarbeiten. Durch dieses System der Früherkennung z. B. aufgrund typischer Strafverfahren für Ersttäter könnten frühzeitig anradikalisierte Menschen erkannt werden und eine Chance der Deradikalisierung mit professioneller Hilfe bekommen. Eine solche Form der Kooperation hätte auch Modellcharakter für andere Städte.

Umgang mit Demonstrationen

Es ist richtig und notwendig, rechtsextremen Demonstrationen mit demokratischen Gegendemonstrationen zu begegnen. Dieses Wechselspiel aus Aktion und Reaktion ist aber sehr ritualisiert und für viele Hammer wenig einladend. Günstig wären Überlegungen, wie die demokratischen Aktionen attraktiver werden könnten. Vor allem Mittel des humoristischen Protestes und der selbstbewussten Bloßstellung rechtsextremen Irrsinns z. B. in deren Ideologie könnten innovativ sein. Dies geht jedoch nur, wenn die demokratischen Netzwerke sich von gewaltsamen Formen des Protestes unter dem Deckmantel des Antifaschismus klar und glaubhaft distanzieren.

Steuerung und Austausch der Aktivitäten

Die künftige Ausrichtung dessen, wie mit demokratiegefährdenden Einflüssen in Hamm umgegangen werden soll, muss öffentlichkeitswirksam vermittelt werden, unter höchster lokalpolitischer Maßgabe. Es muss zwingend deutlich werden, dass und was anders wird.

Die Auseinandersetzung der Hammer Stadtgesellschaft mit ihren radikalen Einflüssen beschränkt sich ausschließlich auf den Rechtsextremismus, wie er am Runden Tisch behandelt wird. Diese Beschränkung muss aufgehoben werden, um andere radikale Einflüsse erkennen und bewerten zu können, um mögliche Interventionen zu entwickeln. Denn: Der Rechtsextremismus ist nicht das einzige demokratiegefährdende Problem der Stadtgesellschaft und die Arbeit gegen andere radikale Strömungen darf nicht separiert erfolgen, sondern in diesem Fall ist, auch aufgrund der aktuellen Erfahrungen aus der Radikaliserungs- und Deradikalisierungsforschung.

Die Einbindung der gewaltbereiten Antifa über den Haekelclub und die SPD am Runden Tisch führt zu einer überladenen selbstreferentiellen Auseinandersetzung, die dieses Gremium blockiert und oftmals handlungsunfähig macht. Überdies zeigt die Empirie, dass der gewaltsame Rechts-Links-Konflikt, der auch über die Hammer Antifa geführt wird (die zum Haekelclub gehört), dadurch eine einseitige Parteinahme erfährt. Wie aus der Empirie hervorgeht, ist der radikal geführte Protest gegen Rechtsextremismus eine der Ursachen für die Passivität der restlichen Zivilgesellschaft, wenn es darum geht, bei wichtigen Ereignissen Gesicht zu zeigen, u.U. auf die Straße zu gehen.

Die Stadtbezirke spielen für die sozialen Prozesse in Hamm eine vergleichsweise große Rolle. Dementsprechend müssen sie ein größeres Gewicht in der Auseinandersetzung mit den demokratiegefährdenden Problemlagen in Hamm erhalten.

Der Runde Tisch ist in seiner bisherigen Arbeitsweise nicht effektiv, ja überfordert. Dort gibt es kaum Expertise (weshalb man sich auf den Haekelclub verlässt), vielmehr wird er von Berufsfunktionären getragen (Kirche/Gewerkschaft), die ihn qua Zuständigkeit

aufrechterhalten, aber selbst einsehen, dass es einer professionellen Struktur bedarf, um den demokratiegefährdenden Entwicklungen in Hamm zu begegnen.

Aus der Analyse ergeben sich konkret folgende Anregungen für die zivilgesellschaftlichen Netzwerke. Deren Entwicklung muss jedoch von innen heraus erfolgen und ist selbstverständlich freiwillig.

- Der Runde Tisch könnte zum zentralen Ort des kommunikativen Austausches aller demokratiefördernden Aktivitäten weiterentwickelt werden. Als Entscheidungs- und Steuerungsgremium ist er jedoch nur begrenzt geeignet. In ihm könnten jedoch die verschiedenen Ansätze, Projekte und Ansichten zusammenfließen und öffentlich werden, so dass die verschiedenen Ansätze der Arbeit nicht isoliert sind, sondern alle voneinander wissen können.

- Die demokratischen Akteure im Haekelclub müssen ihre Position zum gewaltbereiten Arm der autonomen Antifa klären und eventuell notwendige Abgrenzungen verdeutlichen. Gewalt und Hass können für Demokraten keine Antwort auf Hass und Gewalt sein.

- Die professionellen Träger der Demokratieentwicklung sollten ihre Aktivitäten basisnäher anbieten, indem sie sich ihre Schwerpunkte in die Stadtteile verlagern und die dortigen (strittigen) Themen aufgreifen, Bürgerforen dazu organisieren und dadurch einen wesentlichen Beitrag zur kommunalen Demokratieentwicklung leisten.

- Die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle unterliegt immer der Gefahr zu großer Einflussnahmen durch die jeweils dominierende Politik. Sinnhafter ist es, die Vernetzung mit dem Runden Tisch in die Hände der Zivilgesellschaft zu legen, wobei die Einbindung von Politik, Verwaltung und anderen staatlichen Stellen natürlich unumgänglich sind

Literatur

Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Frankfurt am Main.

Agenda 21. URL: http://www.un.org/ (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Alheit, Peter (1998): Soziokultur ist politisch – ob sie will oder nicht. In Alexander Flohé, Reinhold Knopp (Hrsg.): Drehpunkte. Kontexte und Perspektiven soziokultureller Praxis. Essen.

Alheit, Peter (1980): Leben in der Stadt. Überlegungen zur politischen Soziologie des urbanen Alltags. In: Volkhard Brandes / Joachim Hirsch / Roland Roth (Hrsg.): Leben in der Bundesrepublik: die alltägliche Krise. Berlin. S. 49-81.

Alisch, Monika / Herrmann, Heike (2002): Handlungsansätze für soziale Nachhaltigkeit. Kontinuität und Wandel – Ein Anspruch gewinnt Konturen. In: Informationen zur Raumentwicklung. H. 1. S. 33-40.

Anhut, Reimund / Heitmeyer, Wilhelm (2001): Bedrohte Stadtgesellschaft? Soziale Desintegration, Fremdenfeindlichkeit und ethnisch-kulturelle Konfliktpotenziale. In: Edda Currle (Hrsg.): Deutschland – ein Einwanderungsland? Rückblick, Bilanz und neue Fragen. Stuttgart. S. 419-432.

Antifaschistische Aktion Hamm (2014): Über Uns. URL: http://aah.noblogs.org/?page_id=445 (zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Appadurai, Arjun (2011): Vom Risiko des Dialogs. In: Susanne Stemmler (Hrsg.): Multikultur 2.0. Willkommen im Einwanderungsland Deutschland. Göttingen. S. 25-36.

Arato, Andrew / Cohen, Jean (2007): Die Zivilgesellschaft und die postmoderne Stadt. In: Ulrich Mückenberger, Siegfried Timpf (Hrsg.): Zukünfte der europäischen Stadt. Ergebnisse einer Enquete zur Entwicklung und Gestaltung urbaner Zeiten. Wiesbaden. S. 75-117.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (2005): Vergleichende Extremismusforschung. Baden- Baden.

Bannenberg, Britta / Rössner, Dieter / Coester, Marc (2004) : Arbeitsgruppe: „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere: junge Menschen“ Endbericht. URL: http://www.kriminalpraevention.de/downloads/as/gewaltpraev/hatecrime/Endbericht_Arbeitsgruppe.pdf (Zuletzt abgerufen: 23.10.2014).

Baugesetzbuch (BauGB). URL: www.gesetze-im-internet.de (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Baur, Jürgen (Hrsg.) (2009): Evaluation des Programms ‚Integration durch Sport'. ASS-Materialien Band 1 Nr. 35. Potsdam.

Becker, Heidede / Löhr, Rolf-Peter (2003): Resümee: Umsetzungserfahrungen und Perspektiven für die Soziale Stadt. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Strategien für die Soziale Stadt Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt". Bericht der Programmbegleitung. Berlin. S. 227-244.

Becker, Heidede / Franke, Thomas / Löhr, Rolf-Peter / Rösner, Verena: Drei Jahre Programm Soziale Stadt – eine ermutigende Zwischenbilanz. In: Deutsches Institut für Urbanistik Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt«. Berlin. S. 12-51.

Beckmann, Klaus J. (1996): Städtebaulicher Bericht „Nachhaltige Stadtentwicklung". Eine neue Ära der Städtebaupolitik? In: Informationen zur Raumentwicklung. 2/3. S. 117-135.

Berking, Helmuth (2010): Der Migrant. In: Stephan Moebius / Markus Schroer (Hrsg.): Diven, Hacker, Spekulanten - Sozialfiguren der Gegenwart. Berlin. S. 291-302.

Berking Helmuth / Löw, Martina (Hrsg.) (2008): Die Eigenlogik der Städte: Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main / New York.

Bielefeldt, Heiner (2007): Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft. Bielefeld.

Bogumil, Jörg / Holtkamp, Lars (2004): Local Governance und gesellschaftliche Integration. In: Uwe Schimank, Stefan Lange (Hrsg.): Governance und gesellschaftliche Integration. Wiesbaden. S. 157-184.

Bjørgo, Tore (2011). Dreams and disillusionment: Engagement in and disengagement from militant extremist groups. Crime, Law and Social Change. 55(4). S. 277-285.

Borstel, Dierk (2007): Heimat und Zukunft in Ueckermünde. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt. S. 197-206.

Borstel, Dierk (2011): „Braun gehört zu bunt dazu!". Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern. Münster.

Böttger, Andreas / Lobermeier, Olaf / Strobl, Rainer (2003): Opfer rechtsextremer Gewalt. Projektbericht zur Zwischenbegutachtung. Bielefeld.

Böttger, Andreas / Lobermeier, Olaf / Strobl, Rainer (2005): Interaktive Viktimisierung und rechtsextremistische Macht. In: Heitmeyer, Wilhelm / Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden. S. 325-339.

Brand, Karl-Werner (1997): Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projekts der Moderne unter dem Leitbild "nachhaltige Entwicklung". Zur Einführung. In: Ders. (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung: eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen. S. 9-32.

Braun, Sebastian (2001): Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland. Der rhetorische Kurswert einer sozialwissenschaftlichen Kategorie. Arbeitspapier des Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement. Berlin. URL: http://www.for-be.de/publikationen.html (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Braun, Sebastian / Hansen, Stefan / Ritter, Saskia (2007): Vereine als Katalysatoren sozialer und politischer Kompetenzen. In: Lilian Schwalb / Heike Walk (Hrsg.): Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? Wiesbaden. S. 109-130.

Bundesagentur für Arbeit (September 2014), URL:

https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/BA-

Gebietsstruktur/Nordrhein-Westfalen/Hamm-Nav.html (Zuletzt abgerufen am 24.10.2014).

Bundesministerium des Innern (BMI) / Bundesministerium der Justiz (BMJ) (Hrsg.) (2001): Erster Periodischer Sicherheitsbericht. URL: http://www.uni-konstanz.de/rtf/ki/psb1-2_10.pdf (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. URL: http://www.nachhaltigkeitsrat.de/ (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Bundestransferstelle Soziale Stadt (2008): Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt. Berlin. URL: http://www.difu.de/publikationen/2008/statusbericht-2008-zum-programm-soziale-stadt.html-0 (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Bundestransferstelle Soziale Stadt (2001): Positionspapier „Raumorientierung der kommunalen Selbstverwaltung“ vom 25. Oktober 2001. URL: www.sozialestadt.de (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Butterwegge, Christoph (1996): Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt: Erklärungsmodelle in der Diskussion. Darmstadt.

Coester, Marc / Marks, Erich (Hrsg.): Kommunale Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages (17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart). Forum: Godesberg. S. 65-98.

Coester, Marc (2008): Hate Crimes. Das Konzept der Hate Crimes aus den USA unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsextremismus in Deutschland. Frankfurt am Main.

Cohen, Joan (2008): Zivilgesellschaft. In: Gosepath, Stefan / Hinsch, Wilfried / Rössler, Beate in Zusammenarbeit mit Robin Celikates / Wulf Kellerwessel (Hrsg.): Handbuch der politischen Philosophie und Sozialphilosophie. Band 2 N–Z. Berlin. S. 1515-1521.

Cohen, Joan (1999): American Civil Society Talk. In: Robert K. Fullinwinder (Ed.): Civil Society, Democracy and Civic Renewal. Lanham. S. 55-86.

Cohen, Jean / Arato, Andrew (1992): Civil Socity und Political Theory. Cambridge / Mass.

Cohen-Bendit, Daniel / Schmid, Thomas (1992): Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie. Hamburg.

Coser, Lewis (1964): Theorie sozialer Konflikte. Neuwied und Berlin.

Cressey, Paul G. (1969/1932): Taxi Dance Hall: A Sociological Study in Commercialized Recreation and City Life. Glen Ridge.

Dalgaard-Nielsen, Anja (2010): Violent radicalization in Europe: what we know and what we do not know. Studies in conflict and terrorism. 33. S. 797-814.

Daniel, Isabelle (2013): „Ideologie bewirkt Verhalten“. „Ideologie bewirkt Verhalten“ – Ein Interview mit Daniel Köhler. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 03/2013. S. 58-71.

Dangschat, Jens S. (1997): Sustainable City – Nachhaltige Zukunft für Stadtgesellschaften? In: Brand, K.-W.: Nachhaltige Entwicklung: eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen. S. 169-191.

Dantschke, Claudia / Köhler, Daniel (2013): Angehörigenberatung und Deradikalisierung. Theoretische und praktische Implikationen sowie erster inhaltlicher Bericht über die Beratungsstelle Hayat. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 01/2013. S. 184-199.

Dechesne, Mark (2014): The strategic use of deradicalization. Ausgabe: 1/2014. S. 177-186.

Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2014): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin.

Demirel, Aycan / Niehoff, Mirko (2014): ZusammenDenken. Elf Thesen zur Islamismusprävention an Schulen. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 02/2013. S. 21-34.

Dietz, Barbara (1999): Jugendliche Aussiedler in Deutschland: Risiken und Chancen der Integration. In: Klaus J. Bade und Jochen Oltmer (Hrsg.): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück. S. 154-176.

Dubiel, Helmut (1994): Das ethische Minimum der Demokratie. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 4/1994. S. 489ff.

Laux, Eberhard / Tank, Hannes: Gutachten zur territorialen Neuordnung im Raum Hamm, Bonn-Bad-Godesberg und Düsseldorf, um die Jahreswende 1970/71 (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung). S. 191. Bonn.

Eckardt, Andrea (2003): Diskutieren, Streiten, Mitgestalten. 30 Jahre Kampf um Arbeit im weltgrößten Motorenwerk Volkswagen Salzgitter. Hamburg.

Elias, Norbert / Scotson, John L. (1993): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main.

Elias, Norbert (1989): Studien über die Deutschen: Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main.

Elias, Nobert (1988): Die Gesellschaft der Individuen. Frankfurt am Main.

Endres, Florian (2014): Die Beratungsstelle “Radikalisierung” im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 01/2014. S. 1-12.

Farrall, Stephen (2002). Rethinking what works with offenders : probation, social context and desistance from crime. Cullompton.

Fischer, Gottfried / Riedesser, Peter (2003). Lehrbuch der Psychotraumatologie. München.

Flick, Uwe (2009): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Hamburg.

Franke, Thomas (2003): Aktivierung und Beteiligung. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Strategien für die Soziale Stadt. Berlin. S. 192-207. URL: http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/endbericht/ (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Franke, Thomas / Löhr, Rolf-Peter / Sander, Robert (2000): Soziale Stadt - Stadterneuerungspolitik als Stadtpolitikerneuerung. In: Archiv für Kommunalwissenschaften. Band II. S. 243-268.

Friedmann, Rebecca (2010): Motive jugendlichen Gewalthandelns. In: DBH-Fachverband für Soziale Arbeit. Strafrecht und Kriminalpolitik (Hrsg.): Kriminalpolitik gestalten. Übergänge koordinieren - Rückfälle verhindern. Beiträge der 20. DBH-Bundestagung. Band 1. Köln. S. 133-153.

Falk, Bernhard (2001): Der Stand der Dinge. Anmerkungen zum polizeilichen Lagebild Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. In: Kriminalistik 01/2001. S. 09-20.

Gadd, David (2006): The role of recognition in the desistance process: A case analysis of a former far-right activist. Theoretical Criminology. 10(2). S. 179-202.

Glaser, Barney / Strauss, Anselm L. (1967): The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research. New York.

Greve, Werner / Strobl, Rainer (2004): Social and Individual Coping With Threats. Outlines of an Interdisciplinary Approach. In: Review of General Psychology. Band 8. Nr. 3. S. 194–207.

Greiffenhagen, Sylvia (2003): Am eigenen Zopf aus dem Sumpf? Partizipation als ambivalente Entwicklungsstrategie – Beobachtungen in einem benachteiligten Stadtteil. In: Maier, Konrad / Michelsen, Gerd (Hrsg.: Nachhaltige Stadtentwicklung. Eine Herausforderung für Umweltkommunikation und soziale Arbeit. Frankfurt am Main. S. 277-283.

Haekelclub 590 (2014): Handlungskonzept. URL: http://haekelclub590.de/?page_id=742 (zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Han, Petrus (2010): Soziologie der Migration. Stuttgart..

Heitmeyer, Wilhelm: Parallelgesellschaften. (unveröffentlichtes Manuskript).

Heitmeyer, Wilhelm (1998): Versagt die Integrationsmaschine Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer / Backes, Otto (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main. S. 443-467.

Heitmeyer, Wilhelm / Dollase, Rainer / Backes, Otto (Hrsg.) (1998): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände Folge 1. Frankfurt a. Main.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2003): Deutsche Zustände. Folge 2. Berlin.

Heitmeyer, Wilhelm (Hirsg.)(2004): Deutsche Zustände Folge 3. Frankfurt a. Main, S. 13

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2005): Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2006): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2007): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2008): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2009): Deutsche Zustände. Folge 8. Berlin.

Heitmeyer, Wilhelm/Borstel, Dierk/Grau, Andreas/Legge, Sandra/Luzar, Claudia/Marth,Julia (2009): Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund. URL: http://www.dortmund.de/media/downloads/pdf/vielfalttolernaz/Studie Analysen_ und_Handlungsvorschlaege_zum_Rechtsextremismus_in_Dortmund.pdf. (Zuletzt aufgerufen 26.12.2013.)

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2010): Deutsche Zustände. Folge 9. Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2011): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin

Hüttermann, Jörg (2000): Der avancierende Fremde. Zur Genese von Unsicherheitserfahrungen und Konflikten in einem ethnisch polarisierten und sozialräumlich benachteiligten Stadtteil. In: Zeitschrift für Soziologie. Heft 4. S. 275-293.

Imbusch, Peter / Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Integration - Desintegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaften. Wiesbaden.

Ingelhorst, Heinz (1997): Die Russlanddeutschen – Aussiedler zwischen Tradition und Moderne. Frankfurt am Main / New York.

Kessl, Fabian (2006): Sozialraum und Zivilgesellschaft. In: Scherr, Albert (Hrsg.): Soziologische Basics. Wiesbaden. S. 159-163.

Kocka, Jürgen (2003): Zivilgesellschaft in historischer Perspektive. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Heft 2/2003.

Köhler, Daniel (2013a). Über die Notwendigkeit einer deutschen Deradikalisierungsforschung und die entsprechenden Grundlagen. In: JEX Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. 1/2013. S. 20-40. URL: http://journals.sfu.ca/jed/index.php/jex/article/view/7 (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Köhler, Daniel (2013b): Family Counselling as Prevention and Intervention Tool Against 'Foreign Fighters'. The German 'Hayat' Program. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 03/2013. S. 182-204.

Köhler, Daniel (2014): Right-Wing Extremist Radicalization Processes: The Formers' Perspective. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 01/2014. S. 307-377.

Korte, Herrmann (1972): Soziologie der Stadt – Entwicklungen und Perspektiven. Eine Einführung. In: Ders. (Hrsg.): Soziologie der Stadt. München. S. 9-37.

Korte, Hermann (1986): Zielsetzung und Methoden der Partizipation. In: Ders.: Stadtsoziologie. Forschungsprobleme und Forschungsergebnisse in den 70er Jahren. Darmstadt. S. 54-62.

Koselleck, Reinhart (1992): Volk. In: Ders. (Hrsg.) 1992: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 7. Stuttgart.

Lamberty, Pia (2013): Methodologische Schwierigkeiten und Herausforderungen einer quantitativen Radikalisierungsforschung am Beispiel des Rechtsextremismus. Ein Über- und Ausblick. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 03/2013. S. 115-181.

Lamnek, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung. Band 1. Methodologie. Weinheim.

Landhäußer, Sandra (2009): Sozialraum und Zivilgesellschaft. Wiesbaden.

Lobermeier, Olaf (2006): Viktimisierung und (Des-)Integration. In: Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Berliner Forum Gewaltprävention. Dokumentation des 6. Berliner Präventionstages Männliche Sozialisation und Gewalt. Berlin. S. 85-93.

Luzar, Claudia (2014): Rechtsextreme Entwicklung, Gewalt und Viktimisierung im sozialräumlichen Kontext. (Unveröffentlichte Dissertation).

Luzar, Claudia (2013): Raumkampf in der Herzkammer. Wie Neonazis versuchten, die Deutungshoheit im sozialdemokratisch geprägten Dortmund zu erlangen und an dem Ziel scheiterten. In: Militärhistorisches Museum. Dresden. S.66-76.

Luzar, Claudia/ Sundermeyer, Olaf (2010): Gewaltige Energie. Dortmund als Hochburg der Autonomen Nationalisten. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Band 9. Berlin. S. 205-215.

Mansour, Ahmad (2013): Mum, I'm fighting for Allah now. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 03/2013. S. 24-28.

Marcuse, Peter (1998): Ethnische Enklaven und rassische Ghettos in der postfordistischen Stadt. In: Heitmeyer, Wilhelm / Backes, Otto / Dollase, Rainer (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main. S. 176-194.

Maruna, Shadd (2001). Making good: How ex-convicts reform and rebuild their lives. Washington, D.C.: American Psychological Association.

Mobile Beratung NRW gegen Rechtsextremismus (2014): Regierungsbezirk Arnsberg. URL: http://www.mobile-beratung-nrw.de/component/content/article/10-regionen/2-arnsberg (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Minkenberg, Michael (2005): Demokratie und Desintegration: Der politikwissenschaftliche Forschungsstand zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Berlin.

Münch, Sybille / Kirchhoff, G. (2009): Soziale und ethnische Mischung' - zur Persistenz eines wohnungspolitischen Leitbildes. In: Gesemann, Frank / Roth, Roland (Hrsg): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden. S. 517-531.

Neubert, Stefan/ Roth, Hans Joachim/Yildiz, Erol (Hrsg.) (2008): Multikulturalität in der Diskussion. Wiesbaden.

Pisoiu, Daniela (2013): Theoretische Ansätze zur Erklärung individueller Radikalisierungsprozesse: eine kritische Beurteilung und Überblick der Kontroversen. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 1/2013 S. 41-87.

Pisoiu, Daniela / Köhler, Daniel (2013): Individuelle Loslösung von Radikalisierungsprozessen. Stand der Forschung und eine Überprüfung bestehender Theorien anhand eines Ausstiegsfalls aus dem militanten Salafismus. In: JEX Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. 2/2013. S. 241-274. URL: http://journals.sfu.ca/jed/index.php/jex/article/view/33 (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Schiffauer, Werner (2008): Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz. Bielefeld.

Schmidt, Jürgen (2007): Zivilgesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement von der Antike bis zur Gegenwart. Reinbek.

Schneider, Hans-Joachim (Hrsg.) (2009): Internationales Handbuch der Kriminologie. Band 2. Besondere Probleme der Kriminologie. Berlin.

Sitzer, Peter / Heitmeyer, Wilhelm (2007): Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament'. 37/2007. S. 3-10.

Stadt Hamm: Einwohnerdaten. Stand 30.06.2014.

Stadt Hamm (2014): Hammer Appell: Gemeinsam gegen Radikalismus und Gewalt. URL: http://www.hamm.de/soziales-und-gesellschaft/migration/weitere-infos-aus-der-abteilung-integrationsfoerderung/hammer-appell-gemeinsam-gegen-radikalismus-und-gewalt.html (zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Statistisches Jahrbuch, Hamm (1976), S. 28: Zur allgemeinen Entwicklung der Kommunalpolitik in der Bundesrepublik: Albert von Mutius, Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik. In: Deutsche

Verwaltungsgeschichte. Bd. 5. Stuttgart 1987. S. 312-348.

Strobl, Rainer (1998): Soziale Folgen der Opfererfahrungen ethnischer Minderheiten. Effekte von Interpretationsmustern, Bewertungen, Reaktionsformen und Erfahrungen mit Polizei und Justiz, dargestellt am Beispiel türkischer Männer und Frauen in Deutschland. Baden-Baden.

Strobl, Rainer / Lobermeier, Olaf / Böttger, Andreas (2003): Verunsicherung und Vertrauensverlust bei Minderheiten durch stellvertretende und kollektive Viktimisierungen. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung. Vol. 5. 1/2003.

Sundermeyer, Olaf / Ruf, Christoph (2009): In der NPD – Reisen in die National Befreite Zone. München.

Sundermeyer, Olaf (2013): Rechter Terror in Deutschland. Eine Geschichte der Gewalt. München.

Todorov, Tzvetan (2010): Die Angst vor den Barbaren. Kulturelle Vielfalt versus Kampf der Kulturen. Hamburg.

Wagner, Bernd (2013a): Kriminalistische Grundlagen der Deradikalisierungsarbeit. Ein einleitender Beitrag zur ersten Ausgabe des Journal EXIT-Deutschland. In: JEX Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 1/2013. S. 1-16. URL: http://journals.sfu.ca/jed/index.php/jex/article/view/15 (Zuletzt abgerufen am 23.10.2014).

Wagner, Bernd (2013b). Ein Beitrag zur Geschichte und zu Formatierungen von Ausstiegsinitiativen in Sachen Rechtsradikalismus in Deutschland (1990 - 2013). In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 02/2013. S. 4-44.

Wagner, Bernd (2013c): Zur Zusammenarbeit privatrechtlicher Initiativen und staatlichen Organisationen in Ausstiegsprozessen aus politisch radikalen Bewegungen. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 03/2013. S. 4-23.

Wagner, Bernd / Wichmann, Fabian / Borstel, Dierk (2013d): Familienberatung und Deradikalisierung: Ausstiegsorientierung im familiären und sozialräumlichen Beratungskontext. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 01/2013. S. 108-153.

Wagner, Bernd (2014): Plädoyer für den Umbau der Aufgabenstellung und Strukturen von nachrichtendienstlicher Tätigkeit bei der Abwehr von kriminellem Extremismus und der Terrorbekämpfung in: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Berlin. 01/2014. S. 378-393.

Walther, Uwe-Jens (2004): Die europäische Stadt als Soziale Stadt. Das deutsche Programm 'Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt'. In: Siebel, Walter (Hrsg.): Die europäische Stadt. Frankfurt am Main. S. 332-344.

Wetherell, Margeret / Potter, Jonathan (1992): Mapping the Language of Racism: discourse and the legitimation of exploitation. London.

Willems, Helmut (1993): Gewalt gegen Fremde. Täter, Strukturen und Eskalationsprozesse. Der Bürger und Staat. 2. S. 143-148.

Willems, Helmut / Steigleder, Sandra (2003): Täter-Opfer-Konstellationen und Interaktionen im Bereich fremdenfeindlicher, rechtsextremistischer und antisemitischer Gewaltdelikte. Eine Auswertung auf Basis quantitativer und inhaltsanalytischer Analyse polizeilicher Ermittlungsakten sowie von qualitativen Interviews mit Tätern und Opfern in NRW. Abschlussbericht. Trier.